

Halle-Forum 2012

Von den Sowjets zur Stasi

Die Haftanstalt „Roter Ochse“

am Beginn der 50er Jahre

Tagung vom 21. bis 22. September 2012



Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
in Sachsen-Anhalt (Schriftenreihe Band 68)





Bildnachweis:

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt (7 einschl. Titel- und Impressumseite)

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik des Landes Sachsen-Anhalt (6)



Halle-Forum 2012

Von den Sowjets zur Stasi Die Haftanstalt „Roter Ochse“ am Beginn der 50er Jahre



Tagung vom 21. bis 22. September 2012

Abbildung: Haftanstalt „Roter Ochse“, Blick auf das Verwaltungsgebäude mit Trennungsmauer. Die Mauer wurde am Beginn der 50er Jahre mit Übergabe der Haftanstalt an die deutschen Verwaltungen des MfS (Geheimdienst) und Mdl (Strafvollzug) errichtet und trennte die Zuständigkeiten nach Abzug der Sowjets ab (Foto: 70er Jahre).

Halle-Forum 2012

Von den Sowjets zur Stasi: Die Haftanstalt „Roter Ochse“ am Beginn der 50er Jahre

Im Sommer 1950 übergab die sowjetische Besatzungsmacht den deutschen Strafvollzugsorganen drei Hafthäuser zur weiteren Nutzung.

Das Areal des sowjetisch besetzten Wirkungsbereiches innerhalb des „Roten Ochsen“ wurde durch eine Mauer getrennt.

Doch bereits kurze Zeit später waren, nach der Besetzung der Zentrale des deutschen Zweiges der Zeugen Jehovas (Bibelhaus) in Magdeburg, dem ostdeutschen Geheimdienst Haftzellen im „Roten Ochsen“ zur Verfügung zu stellen.

Bis dahin operierten deutsche Geheimdienstmitarbeiter bereits Jahre vor Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unweit dieser Haftanstalt aus einem von den Sowjets besetzten und kontrollierten Dienstkomplex heraus – nahe der Peißnitzstraße in Halle.

Das MfS der DDR nutzte seit Herbst 1950 bis zum endgültigen Abzug der sowjetischen Diensteinheiten 1952 die drei bis zu diesem Zeitpunkt betriebenen Hafthäuser des Strafvollzuges des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi).

Erst nach der vollständigen Beräumung der Haftanstalt durch die sowjetischen Diensteinheiten im Jahre 1952 belegte das MfS für mehr als 40 Jahre das Hafthaus A als Verwahrhaus der Abteilung XIV (Untersuchungshaftvollzug). In den Hafthäusern B/D und C, die dem Mdi unterstanden, waren bis April 1954 aus kriminellen und politischen Gründen verurteilte Männer und Frauen inhaftiert, darunter zahlreiche ehemals von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilte Gefangene. Dieser Strafvollzugsbereich fungierte bis zum Ende der DDR 1989 als Frauengefängnis.

Inhaltsverzeichnis

Halle-Forum 2012 – „Von den Sowjets zur Stasi“. Die Haftanstalt „Roter Ochse“ am Beginn der 50er Jahre. Dr. med. Horst Hennig, Generalarzt a.D.	4
Vortrag Stalinistische Politik und Schauprozesse, Dr. Sascha Möbius (Marienborn)	7
Die Haftanstalt „Roter Ochse“ im Gefüge der sowjetischen Repressionsorgane in Halle 1945–1952, Daniel Bohse (Magdeburg)	18
Textbeitrag zum Tagungsband zum Halle-Forum „Roter Ochse“ vom 21. September 2012. Von den Sowjets zur Stasi. Dr. Andreas Petersen, Zürich/Berlin: Vom russischen zum deutschen Schweigen	37
Vortrag Der Aufbau der Sicherheitsorgane im Osten Deutschlands (1945–1955/56), Dr. Jan Foitzik (Berlin)	52
Vortrag „Feindbilder“: Der Staatssicherheitsdienst im „Roten Ochsen“: (1950–1953), Dr. André Gursky (Halle)	70
Offener Justizterror in der SBZ/DDR – Reflexionen nach dem Ende des sowjetisch dominierten Ostblocks: – Einführungsreferat zum Podiumsgespräch auf dem Halle-Forum 2012: Ergänzte Ausführungen von Dr. Falco Werkentin (Berlin)	82
– Podiumsgespräch auf dem Halle-Forum 2012: Ausführungen von Dr. Klaus-Dieter Müller (Dresden)	90
Impressum	96

Halle-Forum 2012 – „Von den Sowjets zur Stasi“. Die Haftanstalt „Roter Ochse“ am Beginn der 50er Jahre. Dr. med. Horst Hennig, Generalarzt a.D.

Im vergangenen Jahrhundert wurden durch brutale Gewalt und Terror Millionen Menschen in Diktaturen und Krieg verschleppt und getötet, obgleich der überwiegende Teil der Bevölkerung mit ihren Familien in Frieden leben wollte. Ideologisch geführte Staaten missachteten bürgerliche Rechte, Freiheit und Menschenwürde.

In akademischen Bereichen werden gesicherte Erkenntnisse in Lehre und Forschung verworfen, unbequeme Professoren vertrieben oder Forschungsvorhaben aus unterschiedlichen Gründen behindert. Zahlreiche Wissenschaftler der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verließen die SBZ/DDR, eine Wirkungsstätte weltbekannter Reformatoren und Frühaufklärer, eine Heimstatt der Geistes- und Naturwissenschaften im 20. Jahrhundert.

Nach 1945 traf eine selbstbewusste Studentenschaft, die Diktatur und Kriegsjahre schmerzlich erfahren haben, auf die neue Diktatur der sowjetischen Administration. Die kommunistische Macht verstand Gedankenfreiheit und die Sehnsucht nach demokratischen Verhältnissen als Anti-Kommunismus.

Vor dem 1836 erbauten Universitäts-Haupt-Gebäude, heute „Löwengebäude“ genannt, standen in den ersten Wochen des Jahres 1950 einige Studenten und kritisierten eine sogenannte „demokratische Studentenratswahl“. Auf einem DIN A 4-Bogen waren etwa 20 unbekannte Funktionäre vorgegeben, die Abgabe des Papiers war „die Wahl“.

Gleichgesinnte Hochschulangehörige äußerten sich freimütig über die undemokratische Durchführung „der Wahl“. Das Hauptargument war, die Kandidaten wurden offensichtlich von einer höheren Parteiebene bestimmt.

Nach Einsicht verfügbarer Dokumente erreichte ein namentlich gekennzeichnete Spitzelbericht eines Horst Po., den Sekretär der SED-Medizinischen Fakultät, Arno Linke, den späteren Leibarzt von Walter Ulbricht, der diesen Bericht über den Vorläufer der STASI, der „K5“, an die sowjetische Militär-Administration weiterleitet.

Bis Mitte März 1950 wurden 7 Studenten ohne Wissen ihrer Angehörigen verhaftet, in einem zweiten Verfahren vor einem Sowjetischen Militär-Tribunal (SMT) ohne juristischen Beistand verurteilt: 5 Studenten zu jeweils 25 Jahren (Werner Eggers, Zuchthaus Bautzen) die anderen 4 zu 25 Jahren Zwangsarbeit in einem Regime-Lager im „Archipel GULag“ nach Workuta, nördlich des Polarkreises. Die Studentin Hannah Schaffernicht erhielt 10 Jahre Zuchthaus und Dieter Flade gleichfalls 10 Jahre. Beide kamen in das berüchtigte „Gelbe Elend“ nach Bautzen. Dieses Schicksal erlitten über 80 Hochschulangehörige. Diese sogenannten Urteile fällte bis Mitte des Jahres 1953 das SMT Halle.

Ab 1992 wurden die zum Tode verurteilten und in Haft verstorbenen Studenten von der Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert!

Als Zwangsarbeiter des Schachtes 29, Lager Nr. 10 fristeten sie teilweise im Gulag Workuta ab Januar 1951 unter menschenunwürdigen Zuständen ein Dasein, wie es vom Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn im „Archipel Gulag“ und neuerdings von Nobelpreisträgerin Herta Müller in dem Buch „Atemschaukel“ beschrieben wird. Nicht alles kann ein Zeitzeuge in Worte oder in Schrift fassen! Bei über 40 Grad C minus Kälte, Hunger, Zwangsarbeit mit hoher Norm, Krankheit, Unfällen und keiner Verbindung zu den Angehörigen ist vieles über 60 Jahre später dem Gedächtnis vorbehalten ...

Politische Häftlinge aus über 20 Nationen unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse und Glaubensgemeinschaften, Arbeiter, Handwerker, Professoren, Ingenieure, Studenten, Schüler, Russland-Deutsche, Polen, Ungarn oder Gefangene jüdischen Konfession: sie alle einte die Kritik an dem unmenschlichen sowjetischen System und dem Verlangen nach Freiheit und der Einhaltung der Menschenrechte.

Nur unter äußeren und landesinneren günstigen Voraussetzungen konnten die politischen Häftlinge die Freiheit erlangen. Verurteilte sowjetische Offiziere und ehemalige Staatsfunktionäre bereiteten sich in Gedankenspielen und Lagebeurteilungen mit den Sprechern der nationalen Landsmannschaften im Geheimen vor. Für angedachte Aktionen blieb im Polarsommer nur ein Zeitfenster von drei Monaten. Das Schicksal zeigte sich gnädig, auf die zeitgeschichtlichen Ereignisse wird reagiert:

1. 05.03.1953 wurde der Tod Stalins im Lager bekannt, die militärische Lagerverwaltung war verunsichert, die Häftlinge schöpften Hoffnung.
2. 17.06.1953 „DDR-Arbeiter-Aufstand“, Ausländer beglückwünschen uns Deutsche: nach 7 Jahren habt ihr vom Kommunismus genug, wir erleiden diesen bereits seit 1917, mit Lenin, Dscherschinski, Stalin und Berija.
3. Berija, Geheimdienst-Chef und Innenminister wird am 25.06.1953 als „amerikanischer Spion“ verhaftet. Diese unglaubliche Lüge führte bei allen Lager-Häftlingen zu einer gemeinsamen schriftlichen Forderung an das ZK der KPdSU, die Beschwerden der politischen Häftlinge entgegen zu nehmen. Bis zur Entscheidung wird die Kohle-Förderung im Schacht 29 eingestellt. Es wird gefordert:
 - Überprüfung und Aufhebung der politischen Urteile,
 - Straffreiheit für die Arbeitsverweigerung, Freilassung der Ausländer,
 - Verhandlungen nur noch mit einer Kommission aus Moskau.
4. 29.07.1953 erschien der Kandidat des ZK der KPdSU Armeegeneral Maslennikov und drohte mit Konsequenzen, wenn die Arbeit nicht sofort aufgenommen werde. Im Verlauf der Auseinandersetzungen blamierte ihn einer seiner jetzt verurteilten Offiziere: „Sie Herr General sind der

Vaterlandsverräter, Sie haben feige die Truppe verlassen, ich bin verwundet in deutsche Gefangenschaft geraten!" M. erschoss sich 1954.

5. 01.08.1953, 10.30 Uhr ließ General Maslennikov auf die Gefangenen das Feuer eröffnen, 62 Tote und 123 Schwerverletzte wurden registriert. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, das erste Lebenszeichen erreichte mit einer „Roten Kreuz-Karte“ meine Angehörigen im Januar 1954.
6. Am 20.03.1955 wurde der deutsche Anteil der Lagergemeinschaft Workuta in Etappen mit Aufenthalten in Zuchthäusern, Richtung Swerdlowsk, in das Kriegsgefangenen-Lager Rewda transportiert. Ende Mai trafen wir dort ein, wurden Anfang Dezember 1955, nach dem Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer (im Sept. 1955), über Moskau-Frankfurt/Oder bzw. über Fürstenwalde am 15.12.1955 zum Bahnhof Berlin-Zoo mit 92 Haftkameraden transportiert.

Das kommunistische Sowjetimperium bestand von 1917-1991.

Mitte 1955 endete die 1. Hälfte des Sowjet-Regimes. Es kann als eine Zäsur mit den Arbeitsniederlegungen in der Sowjetunion angesehen werden. Die Gesamtsituation beschreibt der Grazer Historiker Stefan Karner so:

„Wenn in Zukunft die Geschichte Ost-Mitteleuropas nach dem Zweiten Weltkrieg neu geschrieben wird, muss der frühe Widerstand der deutschen Studenten, aber auch der Widerstand in den Wäldern des Baltikums, der Westukraine, Westweißrusslands und anderer Gebiete des Sowjetimperiums gegen die kommunistische Diktatur einen wichtigen Platz einnehmen. Es war die Basis auf dem später die Freiheitsbewegungen 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, in den beginnenden Achtzigern in Polen und der Ukraine aufbauten. Und er war die Basis für die Erweiterung des freien Europa.“

Fazit: Die Schicksale der politischen Häftlinge ergaben sich aus Teilaspekten der weltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

- Atomspionage 1944/45, Gegensätze die 1945/46 zum „Kalten Krieg“ führten
- Uranförderung im Erzgebirge 1945, Arbeitsnormen in der SBZ/DDR zur Erfüllung der Rüstungsziele der 5-Jahrespläne der UdSSR,
- Eliminierung andersdenkender Personen in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten,
- Verurteilung zu Zwangsarbeit und Deportation in die Zwangsarbeitslager der Sowjetunion.

Der Verband deutscher Studentenschaften gab in 5. Auflage 1962 eine Publikation heraus unter dem Titel: „Dokumentation des Terrors“. In dieser Dokumentation werden in Kurzbiographien die Schicksale von über 1.100 in der SBZ/DDR verurteilten Studenten registriert.

Vortrag: Stalinistische Politik und Schauprozesse, Dr. Sascha Möbius (Marienborn) – überarbeitete Tonbandabschrift

„Und wir sollten auch nicht das Naheliegende übersehen – dass Stalin es getan hat, weil es ihm gefallen hat.“ Mit diesem Zitat aus dem Roman „Koba der Schreckliche“ leitet Jörg Baberowski sein neues viel beachtetes Buch „Verbrannte Erde – Stalins Herrschaft der Gewalt“ ein. Tatsächlich stellt sich diese Frage, wenn man sich die stalinistischen Schauprozesse und Verbrechen erneut vor Augen führt, immer wieder aufs Neue: warum ist das passiert, das millionenfache Morden, die vollkommene Absurdität der Schauprozesse und der Terror. Das sind Dinge, die schwer zu begreifen sind. Und ich werde hier auch nicht versuchen, eine eigene Interpretation zu liefern. Das können Kolleginnen und Kollegen weitaus besser, die sich seit Jahrzehnten vor dem Hintergrund intensiver Quellenstudien mit dem großen Terror auseinandersetzen. Dennoch ist es auch heute wichtig, dass wir uns diese schwarzen Jahre in Erinnerung rufen und über die Gründe der Verbrechen nachdenken. Wenn wir über die Schauprozesse der Stalin-Ära, insbesondere der Jahre 1936 bis 1938, reden, dann lohnt es sich danach zu fragen, welche Funktion diese Prozesse erfüllt haben und wie sie abgelaufen sind und vor allem in welchem Rahmen sie zu sehen sind. Denn die Schauprozesse losgelöst vom allgemeinen Terror zu betrachten würde bedeuten, nur einen winzig kleinen Ausschnitt zu nehmen und zu vergessen, dass sich um das Töten im Rahmen der großen Schauprozesse das millionenfache Töten der auf einander folgenden Wellen des stalinistischen Terrors rahmte. Nun hat die Geschichtswissenschaft auf die Frage, warum dieser Terror entstand, verschiedene Antworten gegeben. Es gibt die schon früh entstandene ideologische Erklärung die besagt, dass der Terror in der kommunistischen Ideologie wurzelt. Eine Position, die interessanter Weise sowohl im konservativen als auch kommunistischen Spektrum vertreten wird, weil viele Kritiker des Marxismus ihn vor allem als gewalttätige Ideologie sehen, und ein Teil seiner Anhänger den Leninismus-Stalinismus als logischen und aus ihrer Sicht positiven Ausfluss dieser Ideologie interpretieren. Dann gibt es den auch heute noch diskutierten Ansatz, der insbesondere in den 70er Jahren sehr stark vertreten wurde, der den Terror vor allem mit der Modernisierung der Sowjetunion erklärt. Diese These besagt, dass die Sowjetunion den Sprung von einem Agrarland, das in vieler Hinsicht noch im 18. Jh. steckte, hin zu einer modernen Industriegesellschaft des 20. Jh. binnen 10 Jahren schaffen musste, also einen Sprung, der in der entwickelten industrialisierten Welt Jahrhunderte gedauert hat, dort auch viel Gewalt mit sich gebracht hat und dieser Prozess deswegen auch in der Sowjetunion

nicht friedlich verlaufen konnte. Wobei die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen, die diese These vertreten, auch darauf hinweist, dass er durch die besondere Form der stalinistischen Herrschaft von besonders brutaler und ausufernder Gewalt begleitet war. Und dann gibt es zwei weitere Thesen, die ich noch referieren möchte. Insbesondere in der amerikanischen Geschichtsschreibung findet sich der Ansatz, der sehr starken Wert auf die Erfahrungen der Menschen legt, die den Terror erlitten und ausführten. Demnach war es gerade die Erfahrung des russischen Bürgerkrieges von 1918 bis 1921, die die Gesellschaft so gewalttätig gestaltete, weil in dieser Phase brutalste Gewalt als legitimes und normales Mittel der Politik etabliert wurde. Damit hätten die Bürgerkriegsparteien und insbesondere die Bolschewiki die psychischen Voraussetzungen für den ausufernden Terror der 1930er Jahre geschaffen. Und dann, ich hatte sie eingangs genannt, die These, die Jörg Baberowski in die Diskussion geworfen hat. Sie klingt so banal – Stalin habe es getan, weil es ihm gefallen habe. Dennoch hat Baberowski durch seine eindringliche Darstellung unseren Blick dafür geschärft, dass hier keine anonymen Kräfte am Werk waren. Er beschreibt detailliert die Boshaftigkeit und Grausamkeit der Täter, ein Töten, das Auge in Auge geschah und oft genug mit sadistischer Lust am Morden ausgeführt wurde. Baberowski unterstreicht damit seine These, dass wir untersuchen müssen, wie ein ausgemachter Psychopath – Stalin – in eine Position kam, diese Verbrechen zu begehen und dass er sie beging, weil er die Möglichkeit dazu bekam.

Die These klingt banal, aber wenn man über sie länger nachdenkt, führt sie uns doch dahin, uns mit dem notwendigen Respekt vor den Opfern erneut die Frage zu stellen: wie konnte dies geschehen? Ich werde diese Frage ganz bestimmt nicht beantworten können, möchte aber versuchen anhand von zwei Phasen der Schauprozesse, nämlich dem Prozess von 1922 gegen die Sozialrevolutionäre und den großen Moskauer Prozessen von 1936 bis 1938, der Frage nach dem Funktionieren dieser Prozesse und ihrer Funktion im stalinistischen Terror nachzugehen. Dazu werde ich am Anfang einen Überblick über die Terrormaßnahmen geben, vor deren Hintergrund sich diese Schauprozesse abspielten, dann die Schauprozesse selber vorstellen und die Frage stellen, was diese Prozesse verschleiern, weil Schauprozesse oft mehr verschleiern, als sie zeigen. Dann möchte ich der Frage nachgehen, was der Schauprozess zeigen soll, welche propagandistische Absicht hinter ihnen steckte. Abschließend möchte ich nach der Funktion der Prozesse fragen und dann überleitend zu dem Referat von Daniel Bohse auf die Konditionierung der sowjetischen Geheimdienstler einzugehen, die Verhöre und Untersuchungen in der SBZ und DDR führten.

Wenn wir über den Schauprozess von 1922 reden, der gegen die Partei der Sozialrevolutionäre gerichtet war, bedarf es eines kurzen Rückblicks auf den russischen Bürgerkrieg. Die Sozialrevolutionäre waren von allen sozialistischen Strömungen während der russischen Revolution und des Bürgerkrieges die zahlenmäßig größte. Zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution hatte die bolschewistische Partei, wir wissen es nicht genau, ungefähr 250.000 bis 300.000 Mitglieder. Die Sozialrevolutionäre lagen wahrscheinlich bei nominell ungefähr 1 Million Mitgliedern. Sie waren aber gespalten, waren Gegner, aber auch teilweise Verbündete der Bolschewiki. Und gegen sie wurde, als der Bürgerkrieg für die Bolschewiki gewonnen war, dann ein Schauprozess angestellt. Rufen wir uns in Erinnerung, was während des russischen Bürgerkrieges passiert war und welche Formen des Terrors die verschiedenen Parteien anwendeten: Das eine war der staatlich organisierte Terror der Bolschewiki. Hier zeigt die neue Forschung, dass er im Gegensatz zum weißen Terror wesentlich stärker zentral gesteuert und gewollt war. Die in der älteren Forschung vertretene Position, dass er nur eine Reaktion auf den weißen Terror oder den Aufstand der Sozialrevolutionäre im Jahre 1918 war, gilt heute als widerlegt. In weiten Teilen der bolschewistischen Partei und der sozialistischen Bewegung wurde systematischer Terror als legitimes Mittel der Politik angesehen. Der Terror allein der Geheimpolizei Tscheka forderte mehrere zehntausend Opfer. Die Tscheka selbst veröffentlichte die – viel zu niedrige – Zahl 16.000, moderne Schätzungen geben 150.000 Todesopfer an. Die Forschung geht von 250.000 – 500.000 Opfern des Roten Terrors im Bürgerkrieg aus. Der Weiße Terror richtete sich gegen Arbeiter, rebellische Bauern und vor allem die jüdische Bevölkerung in der Ukraine. Trotz einer umfangreichen Untersuchung der vorliegenden Quellen in der Habilitationsschrift von Prof. Katzer von der Bundeswehruniversität in Hamburg können auch hier keine verlässlichen Zahlen ermittelt werden. Die Schätzungen schwanken zwischen 40.000 und mehr als 100.000 Todesopfern allein bei den Pogromen in der Ukraine, die vor allem 1919 stattfanden. Unsere Unkenntnis über die genauen Dimensionen des Terrors erschreckt. Wir wissen, dass im russischen Bürgerkrieg auf beiden Seiten bestialisch gemordet wurde. Wenn weiße Einheiten in ein jüdisches Dorf eindrangen, dann wurde aus purem Judenhasse, der integraler Bestandteil des politischen Denkens von den rechtsextremen „Schwarzen Hundertschaften“ bis zu Teilen des liberalen und sozialistischen Spektrums war, systematisch die Frauen vergewaltigt, versucht aus den Opfern Geld durch Folter herauszupressen und oft genau danach ein größerer Teil der jüdischen Bevölkerung brutal ermordet.

Ähnliches passierte auf Seite der Roten. Als 1920/21 die weiße Armee des Generals Wrangel geschlagen, auf der Krim zusammengetrieben war und die Waffen strecken musste, ermordete die Rote Armee systematisch ungefähr 50.000 Menschen, die vollkommen wehr- und schutzlos waren. Auf beiden Seiten wurde dieser Terror auch propagiert. Sinowjew, Vorsitzender der kommunistischen Internationale, sagte: Wir machen Politik für 9/10 der Bevölkerung und den restlichen 1/10 der russischen Bevölkerung haben wir nichts zu sagen, sie können verschwinden. Der weiße General Denikin sagte: Wenn Russland wieder russisch werden soll, dann macht man das, indem man $\frac{3}{4}$ der russischen Bevölkerung erschießt. Es war also eine Zeit des entgrenzten Terrors, der von beiden Seiten immer mit den Gräueltaten der anderen Seite gerechtfertigt und zugleich als legitimes Mittel der Politik gesehen wurde. Das heißt, hier waren Recht und Gesetz vollkommen außer Kraft gesetzt. Auf der bolschewistischen Seite wurde das auch so propagiert. Auf der Weißen Seite gaben die jeweiligen Oberkommandierenden manchmal noch gegenüber den Alliierten USA, Frankreich und Großbritannien Erklärungen ab, sie würden rechtsstaatliche Verhältnisse anstreben, doch das waren nur Lippenbekenntnisse. De facto ordneten sie selber Terrormaßnahmen an oder schritten gegen das brutale Vorgehen ihrer Untergebenen nicht ein.

In der ersten Zeitschrift der Tscheka, also der „Außerordentlichen Kommission zur Verfolgung von Konterrevolution und Sabotage“, dem sowjetischen Geheimdienst heißt es: Der Zar hat uns in den Krieg getrieben, der Zar hat millionenfaches Elend, Analphabetismus, Kindersterben verursacht, wir schaffen dieses Regime ab, und weil wir in eine neue lichte Zukunft führen, deswegen dürfen wir alles. Damit ist die Logik des roten Terrors glasklar von seinen Tätern selber zusammengefasst. Eine gewisse Ausnahme in dieser totalen Rechtlosstellung politischer Gegner stellten allerdings die Führungsspitzen der einstmal verbündeten sozialistischen Parteien, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre dar. Einfache Mitglieder dieser Parteien wurden teilweise genauso wahllos verfolgt, wie die Angehörigen der Weißen Garden oder der Konstitutionellen Demokraten. Die Führungsspitze der gemäßigteren sozialistischen Parteien, die die Führungsspitze der bolschewistischen Partei seit Jahrzehnten persönlich kannte – man war teilweise gemeinsam vor 1917 im Exil gewesen – gehörte nicht zu den Gruppen, die einfach ermordet wurden.

Nun stellt sich die Frage, warum es 1922 dann doch zu dem Schauprozess gegen die Führung der Sozialrevolutionäre kam? Wenn es sich bei der Führungsspitze der Sozialrevolutionäre um eine der kleinen Gruppen

handelte, die nicht der Rechtlosigkeit der „Bürgerkriegsjustiz“ unterworfen war, warum werden sie 1922, wo der Bürgerkrieg für die Bolschewiki gewonnen ist, in einem Schauprozess verurteilt? Werfen wir kurz einen Blick auf die Art dieses Schauprozesses, der sehr anders funktionierte als die stalinistischen Schauprozesse. Nach außen hin waren die Bolschewiki bemüht Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Es wurden bekannte Mitglieder der internationalen Sozialdemokratie als Verteidiger der Sozialrevolutionäre zugelassen. Man bemühte sich Beweise aufzunehmen und war sehr vorsichtig damit, Beweise zu fälschen. Allerdings, und hier ist schon die Parallele zu den stalinistischen Schauprozessen, das Urteil stand trotzdem schon vorher fest. Das Urteil war schon im Politbüro der Kommunistischen Partei gefällt worden. Das Gericht fällt dann mehrheitlich Todesurteile, die dann nicht vollstreckt werden. Damit will der bolschewistische Staat noch einmal zeigen, dass er hier bereit ist, Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Um zu unseren eingangs gestellten Fragen zurück zu kehren: Was verschleiert dieser Prozess? Er verschleiert natürlich, dass die dort nach außen hin gezeigte Rechtsstaatlichkeit weder in der kommunistischen Theorie gewollt ist noch im sowjetischen Russland praktiziert wird. Die Tscheka war sowohl Untersuchungsorgan als auch Gericht und konnte die von ihr gefällten Todesurteile auch vollstrecken. Der Rote Terror des Bürgerkrieges bestand aber nicht einmal mehrheitlich aus den Verfahren der Tscheka, sondern der wahllosen Ermordungen der Menschen, die man der Kollaboration mit dem Gegner verdächtigte. Das sollte durch den pseudolegalen Prozess gegen die Sozialrevolutionäre ganz klar im Nachklang des Bürgerkrieges verheimlicht werden. Der Prozess war aber auch ein Signal nach innen, weil es auch innerhalb der bolschewistischen Partei zunehmenden Widerstand gegen den Terror gab. Minderheiten in der Partei stellten die Einparteienherrschaft und das Verbot von Fraktionen innerhalb der Bolschewistischen Partei von 1921 in Frage und forderten die Legalisierung anderer sozialistischer Parteien. Der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre war ein klares Signal der bolschewistischen Führungsspitze an diese Strömungen, dass der Terror nicht aufgegeben und schon gar keine Legalisierung anderer Parteien stattfinden würde. Die Todesurteile sollten noch einmal drastisch die Einschätzung des Politbüros unterstreichen, dass es sich bei den Sozialrevolutionären nicht um eine alternative sozialistische Partei handelte, sondern eine kriminelle Organisation. Die Begnadigungen sollten zugleich signalisieren, dass man bereit war, den Terror einzugrenzen. Tatsächlich ermordete die Tscheka nach dem Ende des Bürgerkrieges nicht mehr zehntausende von Menschen, sondern in der auf den Bürgerkrieg folgenden Periode ca.

1.200 Menschen im Jahr. Diese Zahl liegt zwar weit unter den Exzessen des Bürgerkrieges, ist aber für eine Periode des äußeren Friedens immer noch erschreckend. Diese Urteile werden nicht vor dem Hintergrund von Kapitalverbrechen gefällt, sondern treffen politische Gegner.

Der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre markiert einen Wendepunkt. Die bolschewistische Führung macht klar, dass es keine Demokratisierung nach dem Bürgerkrieg geben wird. Auch die Präsentation der politischen Gegner als moralisch verkommen und kriminell ist Symbol eines Wandlungsprozesses. Der Marxismus der bolschewistischen Partei im Jahre 1917 war ein Mittel zur gesellschaftlichen Analyse, der vor allem die Interessen sozialer Klassen in den Mittelpunkt stellte. Die aus ihm abgeleiteten politischen Perspektiven konzentrierten sich auf die Machtergreifung und den Machterhalt. Er beinhaltete die Legitimation der Gewalt, stellte diese aber nicht in den Mittelpunkt politischen Handelns. Mit dem Prozess gegen die Sozialrevolutionäre gewinnt aber eine Ideologie die Oberhand, die gar nicht mehr soziale Probleme analysiert, sondern soziale Probleme im eigenen Land immer nur als Machwerk entweder äußerer Mächte oder grundsätzlich moralisch verkommener Menschen ansieht und die Tötung politischer Gegner legitimiert. Die bolschewistische Ideologie von 1917 sah Gewalt als ein notwendiges Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung. Der Schauprozess von 1922 war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer Ideologie, die Gewalt als das Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung sah.

Wenden wir uns nun den großen stalinistischen Schauprozessen der Jahre 1936-38 zu und fragen nach dem Rahmen, in dem sie stattfinden.

Die Gewalttätigkeit des stalinistischen Regimes erreicht in den 1930er Jahren unvorstellbare Ausmaße. Wenn man hier Zahlen nennt, dann muss man das machen, um das Ausmaß des Terrors zu beschreiben. Zugleich müssen wir uns vor Augen führen, unter welchen Umständen die Betroffenen getötet, deportiert und gefangen gehalten wurden. Hier sind zuerst die Zwangskollektivierung ab 1929 und die forcierte Industrialisierung der ersten Hälfte der 30er Jahre zu nennen. Diese endet in einer Katastrophe. Mit der Zwangskollektivierung wird die Schicht der aktivsten Bauern aus dem Dorf ehrausgerissen. In der kommunistischen Propaganda werden sie als „Kulaken“ bezeichnet, also Großbauern, die die Dorfarmut ausbeuten. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um reiche Bauern, sondern Familien, die einige Kühe besitzen und ein bescheidenes Mehrprodukt erarbeiten, so dass sie sich gut ernähren und einen kleinen Überschuss verkaufen können. Diese Schicht wird durch Deportationen, die oft ge-

nug Todesmärsche sind, aus dem Dorf entfernt – in einem vollkommenen Unverständnis für die dörflichen Strukturen, die mit der Landverteilung an die Bauern nach der Oktoberrevolution gewachsen sind, wodurch der gesamte Kosmos des Dorfes durcheinandergerät. Die weitgehend misslungene Zwangskollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft führt dann zusammen mit Missernten zu einer furchtbaren Hungersnot in den Jahren 1931/1932 in der Sowjetunion, insbesondere innerhalb der Ukraine, im Kuban und Eigentlich ist Hungersnot hier eine irreleitende Bezeichnung, weil es sich um eine Hungerkrise handelt, die durch die Parteiführung hervorgerufen wurde. Wir sollten noch weiter gehen und von Hungerterror sprechen, da Stalin und seine Anhänger nicht nur nichts gegen den Hunger in der Ukraine unternahmen, sondern die Not bewusst verschärften und den Terror intensivierten. Stalin nutzte planmäßig den Hunger, um den Widerstand gegen die Zwangskollektivierung zu brechen. Dort, wo die Menschen aus der Ukraine fliehen wollen, um anderswo Nahrung zu finden, werden durch Truppen des Innenministeriums die Dörfer einfach abgeriegelt. Der Hunger wird immer mehr dadurch verschärft, dass die Abgabenquoten immer höher und höher geschraubt werden, wodurch die Bauern ihr Saatgetreide abgeben müssen und dann im nächsten Jahr nichts mehr für die Aussaat haben. Also muss ich noch mal deutlich sagen, wir können dann nicht mehr von einer Hungersnot sondern nur von Hungerterror reden, der mit unglaublichen Opferzahlen einhergeht. Man muss bedenken, nicht umsonst ist es so, dass heute noch in der Ukraine die Erinnerungsmale immer Kinder zeigen mit kleinen Engelsflügeln, weil dort eine ganze Generation von kleinen Kindern praktisch ausgerottet wurde, weil sie es waren, die am ersten durch den Hunger starben, die auf den Straßen lagen, weil die Eltern sie nicht mehr ernähren konnten. Eltern töteten sich, um ihre Kinder zu ernähren oder töteten ihre Kinder, um selber zu überleben. Dieses Verbrechen findet während der Weltwirtschaftskrise fast unbeachtet statt. Die kommunistischen Parteien im Westen und die Sympathisanten des Regimes feiern in dieser Zeit Stalin als den großen Staatsmann, der Russland in die Moderne bringt, während tatsächlich ein Menschheitsverbrechen stattfindet. Die Angaben zu den Todesopfern schwanken auch heute noch und liegen zwischen 3,5 und 10 Millionen Toten in der gesamten Sowjetunion. Schauprozesse spielten hier fast keine Rolle, der Terror bestand vor allem in Hunger und Deportationen.

Vollkommen ausgeföhrt ist der Terror dann ab dem 1. Dezember 1934, an dem von einem Einzeltäter der Leningrader Parteichef Sergej Kirow ermordet wurde und Stalin schon Stunden nach der Ermordung festlegt,

dass für diesen Mord nicht nur „Ehemalige“ – sogenannte Ehemalige sind Gegner der Bolschewiki im Bürgerkrieg, zaristische Offiziere, Menschewiki, Anarchisten, ehemalige Weißgardisten, ehemalige Liberale, ehemalige Sozialrevolutionäre – schuld sind. Damit wäre er dem damals gültigen Muster der Geheimpolizei gefolgt, diesen Personenkreis grundsätzlich zu den Hauptverdächtigen zu zählen. Vielmehr bricht Stalin ein Tabu. Denn bis dahin galt immer noch, dass politische Todesurteile nicht systematisch innerhalb der Partei angewendet werden dürfen. Stalin legt jetzt aber fest, dass die Verbindungen des Mörders zu kritischen Parteimitgliedern offen gelegt werden müssen. Damit brechen alle Dämme und in den Jahren 1937 bis 1938 kommt es zum Großen Terror, dem – das wissen wir aus den Auswertungen der GPU Bücher – mindestens 700.000 Menschen allein durch Hinrichtungen zum Opfer fallen, die systematisch ermordet werden. Einer der bekanntesten Henker Stalins, Wassili Blochin, trug eine ledernde Schlachterschürze, während er seine Opfer brutal zusammenschlug und dann mit einem Genickschuss ermordete. Dabei hatten die Täter Wodka, um das letzte bisschen Menschlichkeit in sich noch zu betäuben und Eau de Cologne, um sich den Blutgeruch abzuwaschen während sie tage- und wochenlang Menschen wie am Fließband töteten. Ein ehemaliger Henker feierte sich dann später in der Ära Chruschtschow, dass er ein fürsorglicher Vorgesetzter gewesen sei, weil er durchsetzte, dass seine Untergebenen zwei Mal in der Woche eine physiotherapeutische Behandlung am rechten Arm bekamen, weil sie sonst Nervenschäden wegen der vielen Erschießungen bekommen hätten. Man gerät hier wirklich in eine absurde Welt, die für den Nachgeborenen fast nicht mehr begreifbar ist. Der Terror der zweiten Hälfte der 1930er Jahre trifft, das hat die neuere Forschung deutlich gemacht, nicht in erster Linie die Parteimitglieder. Klar ist, die alte bolschewistische Partei wird ausgerottet und zu einer vollkommen stalinhörigen Partei im Rahmen dieser großen Säuberung. Aber wir haben hier ethnische Säuberungen, die schon 1933 die Kubankosaken treffen, dann z.B. die Chinesen und Koreaner im fernen Osten, oder vor allem oft vergessen schon lange vor dem Hitler-Stalin-Pakt viele polnischstämmige oder als polnischstämmig definierte Menschen. Säuberungen und zehntausende Ermordete, nur weil man ihnen unterstellt Polen oder polnische Juden zu sein. Schon zu dieser Zeit nutzt Stalin den Antisemitismus. Viele Opfer sind auch Menschen mit Behinderungen oder sowjetische Bürger, die das Regime als asozial definiert. In Moskau wurden in dieser Zeit 1200 Menschen ermordet, weil sie geistig behindert und damit nicht wirtschaftlich verwertbar sind. Das erreicht Ausmaße, die bis dahin nur sehr, sehr wenige Terrormaßnahmen überhaupt in der Weltgeschichte erreicht haben. Der Höhepunkt sind

dann die sogenannten Moskauer Prozesse, die sich in erster Linie gegen die alte Parteiführung wenden. Im August 1936 der Prozess gegen Sinowjew, Kamenjew und ihre Mitangeklagten. Sinowjew war ehemals Vorsitzender der kommunistischen Internationale, beide langjährige Mitglieder des Zentralkomitee und des Politbüros der bolschewistischen Partei und teilweise Verbündete, teilweise Gegner Stalins. Dann im Januar des Jahres 1937 der Prozess gegen den aus der polnischen kommunistischen Bewegung stammenden Radek, das enfant terrible der bolschewistischen Partei stammt er eigentlich aus der polnischen kommunistischen Bewegung und dann im Juni 1937 der dann aber nicht offen durchgeführte Prozess gegen die Militärführung, insbesondere den Marschall Michail Tuchatschewski, mit dem Stalin praktisch die ganze alte erfahrene Führung der roten Armee ausrottet. Im März 1938 der letzte große Schauprozess gegen den einzigen letzten Verbündeten Stalins in der bolschewistischen Partei, nämlich Nikolai Bucharin, früher Cheftheoretiker und sogenannter Liebling der Partei. Damit ist praktisch die gesamte alte Bolschewistische Partei ausgerottet.

Wir funktionieren nun diese Prozesse? Sie haben verschiedene Elemente, die so vollkommen absurd sind, dass man nach historischen Parallelen sucht. Z.B. wurden die Prozesse mit der spanischen Inquisition verglichen. Opfer der spanischen Inquisition im 16. und 17. Jh. zu werden konnte auch ohne ein abschließendes Todesurteil lebenslange und grausame Folgen haben. Aber seien wir vorsichtig mit solchen Parallelen: die Inquisition in Spanien forderte einige hundert Todesopfer. Mit dem 10.000-fachen, 100.000-fachen Morden in der Sowjetunion ist dies nicht gleichzusetzen. Auch ist der Inquisitionsprozess der frühen Neuzeit, auch wenn es absurd klingt, die erste Form des Strafprozesses, der genaueren Regeln folgen muss und auch Möglichkeiten der Verteidigung bietet. Weswegen die meisten Angeklagten der Inquisition frei kommen. Das war in den stalinistischen Schauprozessen nicht möglich. Nein, wenn es eine Parallele gibt, dann die Hexenprozesse. Wir machen uns heute lustig über die Wahnvorstellungen des 17. Jh. und der großen Hexenprozesse. Wie konnten die Menschen nur glauben, dass jemand auf einem Besen reitet und mit dem Teufel schlafen will. Die Wahnvorstellungen der sowjetischen Parteiführung waren mindestens ebenso absurd: seit ihrer Jugend in der kommunistischen Bewegung aktive Menschen, seien schon immer im Sold ausländischer Dienste gewesen und hätten aberwitzige Verschwörungen betrieben, ganze Volksgruppen seien durch und durch verkommen und kriminell. Auch hier handelt es sich um Wahnvorstellungen, an denen das 20. Jahrhundert keinen Mangel hatte. Sie gipfelten in den antisemi-

tischen Verschwörungstheorien, die nicht weniger absurd waren als der Hexenglaube und Millionen von Opfern forderten. Und nun kam hinzu, dass Stalin in die Lage versetzt war, mit Gewalt diese Wahnvorstellungen brutale Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist möglich die vollkommene Absurdität durchzusetzen, wenn man einfach die brutale militärische und körperliche Gewalt besitzt. Auch die Propaganda arbeitet mit Stilmitteln des Hexenprozesses. So wie im 17. Jahrhundert der Teufel nicht anwesend war, ist auch hier der Hauptangeklagte außer Landes: Leo Trotzki, der in Dänemark, Norwegen und dann in Mexiko ist. Er spielt jetzt die Rolle des Teufels, Trotzki steckt hinter allem. So heißen die Prozesse „Prozess gegen das trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum“, „Prozess gegen das trotzkistische Terrorzentrum“. Da klingen auch antisemitische Töne an. Die Trotzkiarikaturen der sowjetischen Presse präsentieren antisemitische Stereotype. Also hier ist der Teufel, der praktisch hinter allem steckt, und der durch die Verfolgung seiner Diener dementsprechend getroffen wird. Gegenüber den Angeklagten in Moskau sind es vollkommen abstruse Behauptungen, die zur Legitimierung ihrer Ermordung dienen. Die Führer der kommunistischen Partei sollen schon immer für die Franzosen und wechselnd dann für die Deutschen, Japaner oder die Engländer gearbeitet haben. Bei der „Beweisführung“ gab sich die stalinistische Fälscherwerkstatt nicht einmal mehr besondere Mühe. Einem Angeklagten wurde ein Treffen 1937 mit Trotzki in Kopenhagen vorgeworfen – in einem Hotel, das 1917 bereits geschlossen worden war. Aber auch das, denke ich, hatte Kalkül. Es wurden gegen 60 Verurteilte weit über 50 Todesurteile verhängt und auch sofort vollstreckt. Und Stalin gefiel dies. Er ließ sich vom Geheimdienstchef erzählen, wie z.B. Sinowjew, der um sein Leben schrie, dann noch vor seiner Hinrichtung brutal gefoltert wurde – und Stalin und seine engsten Vertrauten haben sich darüber dann eine halbe Stunde lang zynisch amüsiert. Und dann muss man sich die Frage stellen, was sind die Signale, was ist die Funktion des Prozesses. Zunächst: was verschleiern diese Prozesse. Im Grunde genommen verschleiern sie gar nichts. Sie zeigen ganz offen nach außen jedem, der einen klaren Gedanken fassen kann: diese Führung ist bereit sich alles zu leisten. Das ist auch das Signal nach innen: Es kann jeden treffen, nicht einmal mehr die Parteimitgliedschaft bietet Schutz – im Gegenteil. und die Moskauer Prozesse sind auch ein Signal nach außen. Wir müssen bedenken, zu dieser Zeit der Spanische Bürgerkrieg tobt. Hier senden die Prozesse ein doppeltes Signal. Einerseits gegenüber den auch in Spanien von Stalins Geheimpolizei bekämpften linken Strömungen der Anarchisten, Trotzkiisten, unabhängigen Kommunisten. Die Botschaft ist:

Wenn wir das schon mit unseren eigenen Leuten machen, dann tun wir das erst recht mit euch. Es fallen 3.000 Menschen dem Terror der sowjetischen Geheimpolizei in Spanien zum Opfer. Aber es ist auch ein Signal an die bis dahin verteufelten westlichen Demokratien, das stalinische Regime rechnet mit dem radikalen bolschewistischen Erbe ab und wird ein Regime, das Weltrevolution, Kommunismus und Vorstellungen von allgemeiner Gleichheit über Bord wirft und lieber den Terror nach innen vollzieht, als auch nur einen Teil seiner Macht aufzugeben.

Wofür stehen diese Prozesse? Sie stehen innerhalb des Terrors dafür, dass die stalinistische Führung eben das tun kann, was sie will. Sie stehen für die Ausrottung der bolschewistischen Partei. Sie stehen für die nach Quoten durchgeführte Ausrottung aller Menschen, die als unliebsam definiert werden. Sie kennen ja dieses furchtbare Bild eines Aktenstücks, in dem Stalin anweist nicht wie vorgeschlagen 7.500 Menschen zu erschießen, sondern 12.000, wo Recht und Gesetz nicht mal mehr nach außen vorgegaukelt werden. Sie symbolisieren die auf reine Gewalt gestützte Allmacht des Regimes und vor allem des Diktators.

Um zum Schluss zu kommen – die Schauprozesse hinterlassen einen Justizapparat – und ich sage „Justiz“ natürlich in ganz großen Anführungsstrichen – der es gewohnt ist, die Direktiven Stalins und der Parteiführung bedingungslos durchzusetzen, der darauf ausgerichtet ist, die jeweils als „Volksfeinde“ definierten Gruppen erbarmungslos zu verfolgen und für den Recht allenfalls eine Fassade ist, hinter der man den Terror teilweise verbergen muss. Das wissen Sie besser als ich, die Sie die Willkür der stalinistischen Justiz leidvoll erfahren mussten. Für die heute aufgewachsenen ist es fast nicht mehr verständlich, wie geringste „Vergehen“ oder auch nur der Umstand, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein, hohe Haftstrafen oder den Tod nach sich ziehen konnten. Für die Angehörigen der Sowjetischen Militärtribunale war dies fast immer selbstverständlich. Ein schuldiges Regime kennt keine Unschuldigen, und Terror muss auch Unschuldige treffen, sonst ist er kein Terror.

Die Haftanstalt „Roter Ochse“ im Gefüge der sowjetischen Repressionsorgane in Halle 1945–1952, Daniel Bohse (Magdeburg)

„Der Zivilbevölkerung der von der Roten Armee besetzten Gebiete droht keinerlei Gefahr. Nur diejenigen, die versuchen, gegen die Rote Armee zu kämpfen, werden nach den Kriegsgesetzen streng und schonungslos bestraft werden.“ Diese Ankündigung, welche einem am 10. Mai 1945 im gesamten sowjetisch besetzten Gebiet verbreiteten Aufruf der Roten Armee an die deutsche Bevölkerung entstammt, nahm genau das vorweg, was später zahlreiche Gegner der von der Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten vorangetriebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung erwartete. Für die Einwohner von Halle war dieser Aufruf zunächst jedoch bedeutungslos, weil in der Regel unbekannt. Schließlich war die Saalestadt im April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt worden, die nun für rund zweieinhalb Monate die Geschicke der Stadt und ihres Umlandes bestimmten. Erst ab Juli 1945 sollte sich vielen Hallensern offenbaren, welchen Umgang die sowjetische Besatzungsmacht mit jenen pflegte, die sich ihren Anordnungen und „Wünschen“ verweigerten oder die aufgrund z.T. nur schwer oder gar nicht nachvollziehbarer Gründe als „gefährlich“ oder „feindlich“ eingestuft wurden. In hunderten Fällen wurden sie zu Gefangenen der Besatzungsmacht, fanden sich wieder in der Haftanstalt „Roter OCHSE“ Am Kirchtor, teilweise als Angeklagte vor Sowjetischen Militärtribunalen (SMT).

Ziel dieses Beitrages soll es sein, mit Bezug auf die maßgeblichen Verfolgten-Gruppen die Haftanstalt „Roter Ochse“ und damit verbunden den Tribunal-Standort Halle strukturell und hinsichtlich ihrer Bedeutung im Gefüge der sowjetischen Repressionsorgane sowie der Besatzungspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) zu verorten.

1 Rahmenbedingungen – Die sowjetischen Sicherheitsapparate in Halle

Mit der sektorenweisen Übernahme des Stadtgebiets von Halle durch Truppen der Roten Armee von den abziehenden Amerikanern zwischen dem 2. und 4. Juli 1945 begannen hier auch sowjetische Sicherheitsdienste tätig zu werden: Das waren Einheiten der Inneren Truppen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der UdSSR (NKWD) sowie der Spionageabwehr bzw. Gegenaufklärung „SMERSCH“ des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR bzw. der Roten Armee. Ihre Aufgabe bestand darin, das Hinterland der Front von allen feindlichen oder für die Truppe und das Besatzungsregime gefährlichen Elementen zu säubern – d.h. diese festzunehmen. Sie operierten zunächst eigenständig, da sie den Frontabschnitten und Truppenverbänden der Roten Armee zu-

geordnet waren.¹ Nachdem das System der Militärkommandanturen in der sowjetischen Besatzungszone etabliert war und sich gefestigt hatte, arbeiteten die Sicherheitsdienste Hand in Hand bzw. im Auftrag der sowjetischen Militärverwaltung.² In Halle bestanden mehrere derartiger Dienststellen der Militärverwaltung – sowohl mit überregionaler, als auch lokaler Verantwortung. Der für die Stadt Halle zuständigen Militärkommandantur – untergebracht im AOK-Gebäude an der Moritzburg – waren fünf Stadtbezirkskommandanturen nachgeordnet. Die Stadtkommandantur unter Generalmajor Gustyschw, ab Oktober unter Oberst Shukow verfügte über eine 250 Mann starke Wachtruppe und unterstand direkt der am 6. Juli gegründeten Sowjetischen Militäradministration (SMA) der Provinz Sachsen, die bis April 1946 im Arbeitsamtsgebäude am Steintor, anschließend in der Maxim-Gorki-Straße ihren Sitz hatte.³ Jene neue Provinz Sachsen hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ebenfalls im Juli 1945 aus den bisherigen preußischen Provinzen (aus der Provinz Sachsen gebildet 1944) Magdeburg und Halle-Merseburg, aus dem Land Anhalt sowie kleineren braunschweigischen Gebieten gebildet. Halle überlebte Magdeburg vor allem deshalb als Provinzhauptstadt, weil es zum Sitz der SMA erwählt worden war und im Gegensatz zu Magdeburg nur wenige Kriegszerstörungen aufwies. Die Saalestadt entwickelte sich fortan zum politischen Zentrum der Provinz Sachsen, die seit Dezember 1946 den Namen Provinz Sachsen-Anhalt, ab Juli 1947 Land Sachsen-Anhalt führte.⁴

- 1 Vgl. Nikita Petrov: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland 1945–1953. Eine historische Skizze, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato, Bd. 1: Studien und Berichte, hrsg. von Alexander von Plato, Berlin 1998, S. 143–157; Andreas Hilger, Nikita Petrov: „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherheitsapparate in Deutschland, in: Sowjetische Militärtribunale. Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt, Köln u.a. 2003, Bd. 2, S. 59–152.
- 2 Vgl. Daniel Bohse: Kriegsende und Neubeginn im Regierungsbezirk Merseburg, in: Sachsen-Anhalt – Geschichte und Geschichten, 3/2005, Anderbeck 2005, S. 26–54, hier, S. 48f.; zur Tätigkeit des im Raum Halle stationierten 92. Schützenregiments des NKWD/MWD in den Jahren 1945 und 1946 vgl. Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA) 32925/1/101, /102, /110 und /120.
- 3 Vgl. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), 7133/1/1, Bl. 29f.; Daniel Bohse, Alexander Sperk (Bearb.): Der ROTE OCHSE Halle (Saale) – Politische Justiz 1933–1945 / 1945–1989. Katalog zu den Dauerausstellungen, hrsg. von Joachim Scherrieble, Berlin 2008, S. 298, 301.
- 4 Vgl. Mathias Tullner: Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von der Weimarer Republik bis zum Bundesland, Halle 2012, S. 31ff.; Vgl. Bohse, Kriegsende und Neubeginn, S. 48f.; Zur Struktur und zum Wirken der sowjetischen Besatzungsmacht in Halle in den ersten Nachkriegsjahren vgl. hier und im folgenden Thomas Großbölting: SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle, Halle 2001, S. 36–48; Daniel Bohse: Personeller Neuanfang, politische Instrumentalisierung und Elitenkontinuität – Entnazifizierung in Halle 1945/46, in: Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Freitag und Katrin Minner, Halle 2006, S. 327–342.

In Halle befand sich zunächst auch das Oberkommando der sowjetischen 47. Armee, später zahlreiche der 3. Stoßarmee unterstehende Truppenteile. In den Nachkriegsjahren beherrschten ca. 15.000 in Halle stationierte sowjetische Soldaten und Offiziere das Straßenbild.⁵ Jedoch belasteten zum Alltag gehörende Übergriffe durch Rotarmisten das Ansehen der Besatzer auf Jahre – nicht zuletzt, weil derartige Missstände ebenso wie das Verschwinden Unzähliger nicht offen thematisiert werden durften.⁶ Neben den Übergriffen und Wohnraumbeschlagnahmen prägten vor allem die willkürlichen und ab Herbst 1945 als Massenphänomen wahrgenommenen Festnahmeaktionen durch Einheiten der Besatzungsmacht das Bild der Bevölkerung von den Besatzern negativ. Vom Schicksal der „Abgeholt“ erhielten deren Angehörige oftmals erst nach Jahren Kenntnis. Durchschnittlich ein Drittel der in sowjetischen Speziallagern wie Torgau, Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen Inhaftierten überlebte die jahrelangen Entbehrungen nicht.⁷

Die Festnahmen betrafen entsprechend der Internierungskriterien des NKWD zunächst vor allem niedere NS-Funktionäre, Führer des Volkssturms, vermeintliche Wehrwölfe sowie allgemein Angehörige des öffentlichen Dienstes. Ab 1946 richteten sich die Maßnahmen der Besatzungsmacht zunehmend gegen Kritiker und Gegner der voranschreitenden Herrschaftssicherung der KPD/SED. Zu ihnen gehörten insbesondere selbstbewusste Mitglieder der bürgerlichen Parteien CDU und LDP. Als Gegner galten auch Sozialdemokraten, die im Vorfeld und nach der im April 1946 vollzogenen Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED den Alleinherrschaftsanspruch der Kommunisten in Frage stellten. Hinzu kamen allgemein sämtliche Personen, welche die Besatzungsmacht als Feinde einstufte oder als gefährlich erachtete. Nach der Festnahme, die meist unter dem fingierten Vorwurf von antisowjetischer Propaganda, Untergrundtätigkeit oder Spionage erfolgte, wurden viele der Betroffenen von Sowjetischen Militärtribunalen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.⁸ Auch wenn Angaben zu Gesamtzahl der Betroffenen zum gegen-

5 Vgl. Bohse / Sperk, *Der ROTE OCHSE Halle (Saale)*, S. 298–301.

6 Das wurde auch durch das NKWD als ernsthaftes Problem für die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes erkannt. Vgl. RGWA, 32925/1/120, Bl. 215, 228; allg. für Sachsen-Anhalt vgl. Wilfried Lübeck: *Die Fälle häufen sich. Übergriffe sowjetischer Soldaten in Sachsen-Anhalt 1945–1947*, Halle 2012.

7 Allg. vgl. Mironenko / Niethammer / von Plato, *Sowjetische Speziallager...* Bd. 1.

8 Allg. zu dieser Problematik vgl. Ute Schmidt: „Vollständige Isolierung erforderlich ...“: SMT-Verurteilungen im Kontext der Gleichschaltung der Blockparteien CDU und LDP 1946–1953, in: *Sowjetische Militärtribunale*, Bd. 2, S. 345–394; zu Maßnahmen der SMA gegen CDU-Funktionäre in Sachsen-Anhalt vgl. GARF, 7133/1/40, Bl. 110, 144; bezogen auf den „Roten Ochsen“ vgl. Bohse / Sperk, *Der ROTE OCHSE Halle (Saale)*, S. 323–326. Zu LDP und CDU in Halle vgl. Thomas Großbölting: *Bürgerliche Parteien und der Totalitätsanspruch der SED – Die Transformation des politischen Lebens 1945–1950*, in: Freitag / Minner, *Geschichte der Stadt Halle*, Bd. 2, S. 303–315.

wärtigen Zeitpunkt nicht möglich sind, traf dieses Schicksal auch hunderte Einwohner von Halle.

Die Grundlagen hierfür legte die Besatzungsmacht in Halle schon wenige Tage nach dem Einzug der Roten Armee. Auf Anordnung der Kommandantur hatte die Stadtverwaltung und die dieser bis dahin noch unterstehende Polizei die Bevölkerung zu registrieren. Infolge dieser Registrierung verfügte die Besatzungsmacht fortan über Angaben zur politischen Vergangenheit, zur militärischen Verwendung und eventuellen NS-Belastung sämtlicher Einwohner. Denn wie anderen Behörden auch waren dem Polizeipräsidium in der Dreyhauptstraße 2 sowie den zehn Polizeirevieren sowjetische Verbindungsoffiziere zugeordnet. Diese mussten von der Polizei über alle Vorgänge und Vorkommnisse unterrichtet werden und konnten auch Festnahmen anordnen. Viele von deutscher Polizei im Auftrag der Besatzungsmacht Festgenommene wurden dann auch zunächst im Polizeigefängnis in der Dreyhauptstraße inhaftiert. Zum Teil wurden sie dort auch von sowjetischen Offizieren verhört.⁹

In der Phase der Massenverhaftungen von August 1945 bis Januar 1946 arbeitete das NKWD in der Regel nur die Kartei der Meldebehörde im Polizeipräsidium durch, in der die Zugehörigkeit zu NS-Organisationen sowie ausgeübte Ämter und Funktionen verzeichnet waren, oder beauftragte damit die deutsche Polizei.¹⁰ Oftmals betätigten sich auch Deutsche als Denunzianten. So heißt es im Tagesbericht des 3. Bataillons des 92. Schützenregiments der Inneren Truppen des NKWD vom 18. Oktober 1945, dass nach einer mündlichen Anzeige eines Deutschen in Halle ein früherer SA-Rottenführer festgenommen wurde.¹¹ Auch auf andere Art bedienten sich die SMA und das NKWD der Hilfsdienste loyaler Einheimischer, so des Informationsdienstes der KPD bzw. ab April 1946 der SED. KPD-Funktionäre berichteten regelmäßig über Aufgeschnapptes an die SMA oder saßen direkt in der NKWD-Zentrale in der Luisenstraße. Im dort ebenfalls untergebrachten Zentralarchiv der SMA arbeiteten sie die beschlagnahmte Überlieferung diverser NS-Dienststellen durch, so der NSDAP-Gauleitung und der NSDAP-Kreisleitung Halle, um u.a. belastendes Material gegen noch nicht verhaftete oder der SED nicht genehme Personen zu ermitteln.¹²

9 Vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE; Bohse, Personeller Neuanfang, S. 332.

10 Zur Praxis in Magdeburg vgl. Daniel Bohse: (Volks)Polizeipräsidium Magdeburg 1945 bis 1952, in: Vom Königlichen Polizeipräsidium zur Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Die Magdeburger Polizei im Gebäude Halberstädter Straße 2 zwischen 1913 und 1989, hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Halle 2010, S. 93-134.

11 Vgl. RGWA 32925/1/120, Bl. 238.

12 Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (LHASA MD), Rep. C 127 OLG Naumburg, Anhang: Justiz-PA, B Nr. 698, Bd. 3, Blatt 269.

Sämtliche Kommandanturen sowie in der Regel auch die von sowjetischen Militäreinheiten genutzte Objekte verfügten über Haftzellen, in denen Festgenommene mitunter die ersten Stunden oder Tage verbrachten und auch die ersten Verhöre zu durchleiden hatten. Von dort aus gelangten sie entweder direkt in die vom NKWD bzw. ab 1946 vom Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (MGB) genutzte Strafanstalt am Kirchtor oder zunächst in die Luisenstraße. Vor allem mit dem Objekt der Operativgruppe in der Luisenstraße verbinden viele Inhaftierte wiederholte Vorladungen und Verhöre, während derer sie mit physischer und psychischer Folter zu „Geständnissen“ oder zur Denunziation anderer gezwungen werden sollten.¹³

2 Der „Rote Ochse“ als Haftort von NKWD und MGB sowie als Tribunalstandort

In der Strafanstalt Am Kirchtor hatte der Operative Sektor des NKWD der Provinz Sachsen Ende Juli 1945 ein sogenanntes „inneres Gefängnis“, d.h. eine zentrale Untersuchungshaftanstalt, eingerichtet. Der „Rote Ochse“ fungierte einerseits als Sammel- und Durchgangsgefängnis für im südlichen Teil des heutigen Sachsen-Anhalts festgenommene Deutsche, die ohne verurteilt zu werden in Speziallager des NKWD überstellt und dort interniert wurden. Zum anderen waren hier sowjetische Militärangehörige und deutsche Zivilisten inhaftiert, die zumeist nach mehrmonatiger Untersuchungshaft durch Sowjetische Militärtribunale abgeurteilt wurden.¹⁴ Angaben zur Gesamtzahl der von der sowjetischen Besatzungsmacht im „Roten Ochsen“ Inhaftierten können z.Zt. nicht gemacht werden, da Haftbücher oder Gefangenenkarteien bislang nicht aufgefunden wurden und die Abgangslisten von Internierten wie Verurteilten in Speziallager noch nicht komplett vorliegen. Bisher lässt sich für den Zeitraum September 1945 bis Juli 1947 die Deportation von 1.562 Internierten aus dem Roten Ochsen ins Speziallager Nr. 8 Torgau und von 2.416 Internierten ins Speziallager Nr. 1 Mühlberg belegen. Es gibt auch Hinweise auf einen Transport ins Speziallager Ketzschendorf im August 1945. SMT-Verurteilte verbrachten SMERSCH-Einheiten zunächst ins

13 Vgl. Bohse / Sperk, Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 302ff.; zur Luisenstraße vgl. Bohse, Personeller Neuanfang, S. 330; zu den Kommandanturen GARF 7133/1/116, Bl. 13.

14 Vgl. hier und im folgenden, soweit nicht anders angegeben, Daniel Bohse: Sowjetische Militärtribunale im „Roten Ochsen“ 1945–1952, in: Bohse / Sperk, Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 281–293; ders.: SMT-Forschung und Gedenkstättenarbeit am regionalen Beispiel: Der „Rote Ochse“ Halle (Saale) als NKWD/MGB-Gefängnis und Sitz Sowjetischer Militärtribunale (1945–1952), in: Sowjetische Militärtribunale in der SBZ/DDR (1945–1955), hrsg. im Auftrag des Landesverwaltungsamtes Sachsen Anhalt von Daniel Bohse und Lutz Miehe, Halle 2007, S. 93–107; ders.: Sowjetische Militärtribunale im „Roten Ochsen“ 1945–1952, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, H. 2/2011, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, S. 37–48.

NKWD-Gefängnis Nr. 7 in Frankfurt/Oder, später in die Speziallager Nr. 4 Bautzen, Nr. 7 Sachsenhausen und Nr. 10 Torgau. Bisher sind weit mehr als 1.600 Personen bekannt, die Sowjetische Militärtribunale (SMT) im „Roten Ochsen“ zwischen August 1945 und Juli 1952 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und lebenslänglich, in mindestens 123 Fällen auch zum Tode verurteilt hatten.¹⁵ Es können z.Zt. Transporte von 27 SMT-Verurteilten nach Frankfurt/Oder, von 365 Verurteilten nach Torgau, von 693 nach Bautzen und von 216 nach Sachsenhausen nachgewiesen werden.¹⁶ Der Gesamtumfang der Transporte nach Sachsenhausen, von Transporten ins Gefängnis Alt-Strelitz sowie der von Deportationen in die Sowjetunion kann im Moment noch nicht beziffert werden.

Zu den in der Haftanstalt tätigen Angehörigen des NKWD bzw. MGB ist derzeit nur wenig bekannt. Ende Oktober 1945 oblag die Bewachung der Haftanstalt der 11. und der 12. Kompanie des 92. Schützenregiments der Inneren Truppen des NKWD. Zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 4 Offiziere, 11 Unteroffiziere und 32 Soldaten des NKWD in der Haftanstalt stationiert.¹⁷ Im Januar 1946 bestand die Wachmannschaft des „Roten Ochsen“ aus 59 Angehörigen der 12. und der 15. Kompanie des o.g. NKWD-Regiments – unter dem Befehl von Oberleutnant Bererlja (12. Kp.) und Oberleutnant Udostov (15. Kp.).¹⁸ Zu den sowjetischen Kommandanten des „Roten Ochsen“ liegen lediglich in zwei Fällen nähere Informationen vor. Von Juli bis November 1946 nahm diesem Posten Stepan A. Bogdanov ein, der zuvor Leiter der NKWD-Operativgruppe Sangerhausen war und anschließend bis Juni 1947 MGB-Abteilungsleiter in Wernigerode. Von 1949 bis Februar 1951 war Oberleutnant Kyrill I. Mitschura (1911–1978) Kommandant der Haftanstalt. Seit 1947 im MGB-Apparat in der SBZ tätig, wechselte Mitschura im Februar 1951 nach Berlin, wo er bis zu seiner Rückkehr in die UdSSR im August 1953 als Kommandant des MGB-Gefängnisses Berlin-Lichtenberg fungierte.¹⁹ Für den Zeitraum Dezember 1946 bis Mai 1947 findet der Name Chomjakov und für Juli 1947 bis Januar 1949 der Name Shishkin jeweils mehrfach Erwähnung als Chef des Untersuchungsgefängnisses des MGB-Operativsektors der Provinz Sachsen bzw. Sachsen-Anhalt, also der Haftanstalt „Roter Ochse“.²⁰ Zu

15 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2008), S. 288; ders., Sowjetische Militärtribunale (2011), S. 43.

16 Vgl. ebenda; zu dem Transport nach Sachsenhausen, hier am 26./27.9.1946, vgl. RGWA 32925/1/102, Bl. 192.

17 Vgl. RGWA 32925/1/110, Bl. 115f.

18 Vgl. ebenda, Bl. 186.

19 Zu Bogdanow und Mitschura vgl. Nikita Petrov: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954. Biografisches Nachschlagewerk. Berlin 2010, S. 468, 717.

20 Vgl. ebenda, S. 719, 754.

den Angehörigen der sowjetischen Militärjustiz, die jeweils die Tribunale bildeten, ist wenig bekannt. Die Tribunale setzten sich in Halle in der Regel aus einem Militärrichter und zwei Offizieren der hier stationierten Truppenverbände – bis Ende 1947 der 47. Armee, anschließend der 3. Stoßarmee – zusammen. Ihre Namen finden sich ebenso wie vereinzelt die Namen von Untersuchungsführern des MGB auf in zahlreichen Fällen vorhandenen Urteilen bzw. auf einigen der Anklageerhebung vorausgehenden Untersuchungsberichten.²¹

Bis Ende 1946 waren im „Roten Ochsen“ jedoch auch noch deutsche Justizbedienstete tätig: z.T. alte Beamte, die nach der Entnazifizierung im Dienst bleiben durften, z.T. Neueingestellte, die zumeist über ein Parteibuch der KPD verfügten. Die deutschen Beamten waren zunächst als Schließer, aber auch noch in der deutschen Restverwaltung sowie in den nach wie vor bestehenden Werkstätten innerhalb der Haftanstalt tätig.²²

Die Sowjetischen Militärtribunale tagten im „Roten Ochsen“ nach Zeitzeugenberichten in den meisten Fällen in dem heute als Sitz der Anstaltsverwaltung genutzten sogenannten Torhaus.²³ Über die Haftbedingungen innerhalb der Anstalt sowie über die Verhöre geben zahlreiche Berichte ehemaliger Häftlinge Auskunft. Hiernach setzte das NKWD bzw. das MGB während der Untersuchungshaft auf Schlafentzug durch grundsätzlich nachts stattfindende Verhöre, auf Nahrungsentzug, Dunkelhaft, Kältefolter sowie physische und psychische Gewalt, um den Inhaftierten Geständnisse im Sinne der oftmals konstruierten Tatvorwürfe abzupressen. Die Untersuchungshäftlinge hatten vom Inhalt der die Grundlage der Verurteilung bildenden Verhörprotokolle – auch wenn sie diese unterschreiben mussten – oftmals ebenso wenig Kenntnis wie später vom Inhalt der Anklageschrift. Denn letztere bekamen sie in der Regel erst unmittelbar vor der Hauptverhandlung zur Kenntnis. Die Hauptverhandlung wurde nur eröffnet, nachdem die von der Militärstaatsanwaltschaft erstellte Anklage in einer vorbereitenden Sitzung des Tribunals auf ihre „Zuverlässigkeit“ geprüft worden war. Die Urteile standen daher in der Regel bereits vor der auf russisch und ohne Anwesenheit eines Verteidigers geführten Hauptverhandlung fest.²⁴

21 Vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

22 Vgl. Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE.

23 Vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

24 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2008), S. 286; Allg. vgl. Andreas Hilger, Nikita Petrow: „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ Sowjetische Militärjustiz in der SBZ / DDR von 1945 bis 1955, in: „Erschossen in Moskau ...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, hrsg. von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky, Berlin 2005, S. 19–35.

Zumeist bezogen sich Anklagen und Urteile auf die in Artikel 58 des russischen Strafgesetzbuches abgefassten Vorschriften über „konterrevolutionäre Verbrechen“: Hierzu gehörten u.a. die Tatbestände „bewaffneter Aufstand“, Spionage, „Schädlingstätigkeit“ und „antisowjetische Propaganda“. Das in der Regel bei der Aburteilung tatsächlicher oder vermeintlicher NS- und Kriegsverbrecher angewandte Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 9. April 1943 (Ukaz 43) sah ebenso wie der o.g. Tatbestand „bewaffneter Aufstand“ die Todesstrafe vor.²⁵



Abb. 1: Das sogenannte Torhaus, heute Sitz der Anstaltsverwaltung der JVA Halle I, Aufnahme um 1880. Quelle: Sammlung GS ROTER OCHSE

25 Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über Maßnahmen zur Bestrafung der deutschen faschistischen Übeltäter, schuldig an der Tötung und Misshandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der gefangenen Rotarmisten, der Spione, der Vaterlandsverräter unter den sowjetischen Bürgern und deren Mithelfer“, erlassen im April 1943. Vgl. Andreas Hilger, Nikita Petrov, Günter Wagenlehner: Der „Ukaz 43“. Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943, in: Von Plato, Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1, S. 177 – 200; Allg. vgl. Friedrich Christian Schroeder: Rechtsgrundlagen der Verfolgung deutscher Zivilisten durch Sowjetische Militärtribunale, in: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2, S. 37–58.

3 SMT-Urteile und -Verurteilte im „Roten Ochsen“

Bis 1947 urteilten SMT in der SBZ auf Grundlage des Artikels 58, des Ukaz 43 und des Gesetzes des Alliierten Kontrollrates Nr. 10²⁶ bis 1947 mehrheitlich wegen tatsächlicher oder unterstellter Teilnahme an NS-Verbrechen und Kriegsverbrechen, wegen Misshandlung von sowjetischen Bürgern, z.B. von Fremd- und Zwangsarbeitern, oder wegen illegalen Waffenbesitzes. Unter den Abgeurteilten finden sich Angehörige von während des Krieges im Osten zur Partisanenbekämpfung eingesetzten Polizeibataillonen ebenso wie frühere Angehörige von Wehrmachtkommandanturen, Wachleute von Kriegsgefangenenlagern, Gefängnis- und Polizeibedienstete, aber auch Bauern und Arbeiter, denen ihr Kontakt zu Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern zum Verhängnis wurde. Eine nicht unerhebliche Gruppe von mehrheitlich zu Zeitstrafen zwischen 10 und 20 Jahren, aber auch zur Höchststrafe Verurteilten stellten Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren, denen die Besatzungsmacht unterstellte, angeblichen Wehrwolf-Gruppen, „Edelweiß-Piraten“ oder sonstigen „terroristischen“ bzw. „anti-sowjetischen“ illegalen Organisationen anzugehören. Unter den in Halle sowie den anderenorts abgeurteilten Jugendlichen, die in Halle z.T. über Monate bis zur Deportation in ein Speziallager inhaftiert waren, finden sich angebliche Wehrwölfe u.a. aus Eisleben, Dessau, Ilsenburg, Morl bei Halle, Mücheln, Naumburg, Nebra, Niederschmon bei Querfurt, Nienburg (Saale), Oranienbaum, Profen, Roßleben, Roßlau, Stolberg, Wittenberg und Zeitz.²⁷ Zu den Jüngsten wegen angeblicher Wehrwolf-Betätigung Verhafteten zählt Georg David aus Mücheln, den das NKWD zwei Tage vor seinem 13. Geburtstag am 25. August 1945 festnahm. Vier Jahre später verurteilte ihn das SMT Halle zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager. Karl-Heinz Gola aus Benndorf bei Eisleben war gerade 15 Jahre alt, als ihn ein SMT in Merseburg am 4. März 1948 wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilte. Die Festnahme des Tischlerlehrlings Willi Lenz aus Sennewitz erfolgte zwei Wochen vor seinem 15. Geburtstag, am 24. Mai 1946, im Februar 1947 verurteilte ihn das SMT der Provinz Sachsen zu 10 Jahren Arbeitsbesserungslager, die er bis Anfang 1950 in Sachsenhausen und anschließend bis zu seiner vorzeitigen Entlassung im März 1951 in Torgau

26 Kontrollratsgesetz Nr. 10 „Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben“ vom 20. Dezember 1945, für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluss des Ministerrats der UdSSR vom 20. September 1955, veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland S. 50, S. 241.

27 Vgl. Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt; BArch, D01, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte; zur Verhaftung der insgesamt 19 als „Wehrwölfe“ verdächtigten Schüler und Lehrer sowie des Hausmeisters der Klosterschule Roßleben am 2./3.10. und 11.11.1945 vgl. RGWA 32925/1/120, Bl. 106, 108, 202f., zur Aburteilung von 8 der Verhafteten vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

verbüßte. Auch zu 10 Jahren verurteilte das SMT im März 1947 den zum Zeitpunkt seiner Verhaftung im Mai 1946 15jährigen Schüler Harry Messerschmidt aus dem Nachbarort Morl. Seine Haftgeschichte entsprach der von Willi Lenz. Im Januar 1951 kam er aus der Strafvollzugsanstalt Torgau wieder in Freiheit²⁸.



Abb. 2: Georg David (geb. 1932), Haftfoto von 1950, Quelle: BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte



Abb. 3: Harry Messerschmidt (geb. 1930), Haftfoto von 1950, Quelle: BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte

Unter „antisowjetischer Betätigung“ ahndete die Besatzungsmacht aber auch offene Kritik an bzw. Widerstand gegen von ihr angeordnete Maßnahmen, z.B. die Bodenreform oder die Demontage von Industriebetrieben. Den Tatvorwurf der Sabotage belegten die Tribunale in der Regel mit 20 Jahren Straf- oder Arbeitsbesserungslager, so im Falle des KPD-Mitgliedes Wilhelm Kitzing (geb. 1898) aus Roßlau, den das SMT der Provinz Sachsen am 27. Juni 1946 wegen angeblicher „Sabotage auf einem Bodenreformgut“ aburteilte.²⁹

Ab 1947 rückten Tatvorwürfe bzw. Deliktategorien in den Fokus der sowjetischen Militärjustiz, die im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Sicherheit der Besatzer und des Besatzungsregimes zu sehen sind. Denn aus sowjetischer Sicht war die SBZ/DDR ihr Vorposten gegenüber dem Westen. Diesbezüglich bemühten SMT Tatbestände wie „antisowjetische Propaganda“, „illegale Gruppenbildung“, „Sabotage“ und „Spionage“. Deren Heranziehung diente der Kriminalisierung politischer Opposition – ob in den bürgerlichen Parteien LDP und CDU, aber auch innerhalb der SED –, politisierte oftmals aber auch kriminelle Handlungen, einfache

28 Vgl. jeweils Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt; BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte.

29 Vgl. ebenda.

Ordnungswidrigkeiten oder naive Unbedarftheit. Sie bezog sich aber auch auf tatsächliche, z.T. im Kontakt mit westlichen Geheimdiensten und Organisationen (z.B. Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit [KgU], Ost-Büro der SPD) entstandene Betätigung gegen die sowjetische Besatzungsmacht oder die SED.³⁰

In deutlich geringerer Zahl als bisher rückte die sowjetische Militärjustiz Tatvorwürfe wie „Gründung illegaler Organisationen“ und „antisowjetische Untergrundtätigkeit“ in den während der ersten beiden Nachkriegsjahre dominierenden Kontext angeblicher „Wehrwolf-Betätigung“. Dies erfolgte, wie im Fall des am 25. November 1948 vom SMT Halle abgeurteilten 20jährigen Bodo Skrobek aus Meisdorf bei Ballenstadt, nach wie vor in der Regel in Verbindung mit oftmals unterstelltem illegalem Waffenbesitz.³¹ Bei den mitunter auch in derartigen Zusammenhängen stehenden hundert Aburteilungen wegen „antisowjetischer Propaganda“ konnten die Verbreitung von gegen die Besatzungsmacht oder die SED gerichteten Flugblättern, mitunter aber auch belanglosere Handlungen der Beschuldigten ursächlich sein. Dem 17-jährigen Maschinenschlosser Rudi Ernst aus Dessau wurden bei einer Kontrolle einige in Westdeutschland gekaufte „antisowjetischen“ Zeitungen und Zeitschriften zum Verhängnis. Das SMT Halle verurteilte ihn am 13. September 1950 zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager, die er u.a. im Zuchthaus Bautzen verbüßte.³²



Abb. 4: Rudi Ernst (geb. 1932), Haftfoto von 1950, Quelle: BArch, D01, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte



Abb. 5: Johanna von Saal (geb. 1925), Haftfoto von 1950, Quelle: Sammlung GS ROTER OCHSE

30 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2008), S. 285.

31 Vgl. Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt; BArch, D01, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte.

32 Vgl. Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt.

In rund 40 % der derzeit bekannten etwa 1.600 Fälle von in Halle von Sowjetischen Militärtribunalen Abgeurteilten bemühten die Tribunale den Vorwurf der Spionage bzw. des Nichtanzeigens von Spionage. So auch im Falle der damals 25-jährigen Stenotypistin Johanna von Saal aus Torgau, die eine Woche nach ihrer Festnahme am 6. Oktober 1950 in den „Roten Ochsen“ eingeliefert wurde. Die Vernehmer des MGB warfen ihr antisowjetische Propaganda, illegalen Grenzübertritt und Spionage vor. Das SMT Halle verurteilte sie am 25. Dezember 1950 zu 25 Jahren Arbeitserziehungslager, die sie bis zu ihrer vorzeitigen Entlassung im Januar 1954 überwiegend im Zuchthaus Waldheim verbüßte.³³ Knapp 20 % der für Halle bekannten Verfahren hatten unter der Klammer „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ subsumierte Delikte als Tathintergrund. Fast die Hälfte dieser Verfahren fiel auf die Jahre 1945 bis 1947. Die Militärtribunale setzten sich u.a. in mehreren Verfahrenskomplexen mit früheren Bediensteten des Zuchthauses Halle, mit Angehörigen der Polizeibataillone 112 und 61, Angehörigen der Kommandantur des Kriegsgefangenlagers Altengrabow sowie mit in den Massenmord an KZ-Häftlingen bei Gardelegen involvierten Personen auseinander. Zur Anklage gebracht und in diesen Fällen im Dezember 1948 mit lebenslänglichem Straflager geahndet wurde u.a. auch die Beteiligung an Massenerschießungen sowjetischer Juden. Nicht gegen alle wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ abgeurteilte Personen lagen konkrete Tatvorwürfe vor. Selbst die Tribunale gingen in nicht wenigen Fällen von nur mittelbarer Verantwortung oder von Kollektivschuld aus.³⁴

4 SMT-Urteile als Mittel zur Durchsetzung der Sowjetisierung von Politik und Gesellschaft

Unter den von Tatvorwürfen wie antisowjetische Betätigung und Propaganda, Spionage und Untergrundtätigkeit Betroffenen finden sich unzählige Frauen und Männer, die die Besatzungsmacht als unbequem erachtete und mit Mitteln der Militärjustiz auszuschalten gedachte. Denn in viele Festnahmeaktionen waren auch die Abteilung Inneres der SMA Sachsen-Anhalt unter Gardeoberst Porfiri A. Stachanowski (1896-1973) sowie ab 1947 auch die Rechtsabteilung der SMA eingebunden. Diese überwachten und steuerten nicht nur die deutsche Verwaltung, Polizei und Justiz. Sie arbeiteten auch auf das engste mit dem NKWD bzw. MGB und auch mit der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft zusammen,

33 Vgl. ebenda. Zu Johanna von Saal vgl. Bohse / Sperk, Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 309.

34 Vgl. BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheim-Verurteilte; Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt; Daniel Bohse: Herrschaftssicherung durch Repression – zur Tätigkeit sowjetischer Sicherheitsdienste und Militärjustiz in Magdeburg 1945–1955, in: „Magdeburg lebt!“ Kriegsende und Neubeginn 1945–1949 (= Magdeburger Museumsschriften, Nr. 13), Magdeburg 2011, S. 87–105, hier S. 99f.

die unweit der Strafanstalt am Kirchtor in der Jentzschstraße 5³⁵ (heute Ernst-König-Straße) residierte.³⁶ Seit Anfang 1946 gestaltete sich die Zusammenarbeit enger, da der SMA nun das neugebildete Militärtribunal der Provinz Sachsen sowie die für den südlichen Teil der Provinz Sachsen zuständige Militärstaatsanwaltschaft unterstellt war. Es war der SMA von nun an möglich, z.B. gegen unliebsame Sozialdemokraten wie Fritz Gebühr, Karl Behle, Georg Otten und Hans Bonkas, die sich der Zwangsvereinigung mit der KPD entgegenstellten oder nach dieser illegal weiterarbeiteten, mit Mitteln der Militärjustiz vorzugehen.³⁷ Oder gegen Studenten der Martin-Luther-Universität wie Günter Abramowski, Siegfried Fiedler und Horst Wenzel, die sich gegen die Vereinnahmung des Studentenrats durch die FDJ-Hochschulgruppe und die SED verwahrten.³⁸

So wurde der Stadtrat von Halle, aber auch die Arbeit des im Oktober 1946 gewählten Landtages von Sachsen-Anhalt ständig von sowjetischen Offizieren überwacht. Letztere waren mitunter auch bei Beigeordnetenbesprechungen bzw. bei Ausschuss- und Fraktionssitzungen anwesend und machten sich zumeist im Stillen Notizen, über deren Inhalt und Konsequenzen sich niemand sicher sein konnte. In nicht wenigen Fällen griff die Besatzungsmacht ein und machte den einbestellten Vertretern der bürgerlichen Parteien mit Drohungen und Erpressungen deutlich, welche Politik diese führen durften – und welche nicht.³⁹ Von der SMA gesteuerte oder zumindest unterstützte Kampagnen gegen führende Politiker von CDU und LDP waren nur die Spitze eines Eisberges aus Intrigen und Repressalien, die letztlich beide bürgerlichen Parteien stär-

35 Vgl. LHASA MD, Rep. P 15 SED-Kreisleitung Burg, IV/4/1/82, Bl. 140.

36 Vgl. hierzu GARF 7133/1/247, Bl. 16, 23f., 155, 164; LHASA MD, Rep. K 19 Magdeburg, Nr. 122, Bl. 79, 131ff.; ebenda, Rep. K 4 MJ, Nr. 595, Bl. 18f., 31; Bohse, Personeller Neuanfang, S. 332f.

37 Vgl. GARF 7133/1/247, Bl. 155; Andreas Schmidt: „Mitfahren oder abgeworfen werden.“ Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen / im Land Sachsen-Anhalt 1945–1949, Münster 2004, S. 326–333; zu Bonkas vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv sowie BArch, D01, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte.

38 Vgl. Andreas Schmidt: KPD, SPD und SED in Halle 1945–1942, in: Freitag / Minner, Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, S. 343–358, hier S. 351ff.; Daniel Bohse: Vom „akademischen Workuta“ zur Kaderschmiede. Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zwischen Neuaufbau und Gleichschaltung (1945–1950), in: Jens Blecher, Gerald Wiemers (Hg.): Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945–1955. Von der Universität in den GULAG – Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern, Leipzig 2004, S. 58–81, hier S. 73f.; Sybille Gerstengarbe, Horst Hennig: Opposition: Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961, Leipzig 2009.

39 Vgl. StA Halle, Besatzungsamt, Nr. 23 und Nr. 91; Ewald Ernst: Ein guter Kampf. Fakten, Daten, Erinnerungen 1945–1954, S. 30, 42f.; Christina Trittel: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung, Halle 2007, S. 17f.; Mathias Tullner, Wilfried Lübeck (Hg.): Erhard Hübener – Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt. Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmanns und Ministerpräsidenten, Halle 2001, S. 254f.

ker auf Linie der SED zwingen.⁴⁰ Betroffen waren u.a. der stellvertretende LDP-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Landtag Carl Delius und der seinerzeitige CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Prof. Erich Fascher. In beiden Fällen führten diese Verleumdungskampagnen zum erzwungenen Rücktritt der Politiker. In diesem Zusammenhang zu sehen sind auch Verhaftungsaktionen gegen Funktionäre und aktive Mitglieder der LDP im Raum Anhalt, vor allem in Köthen und Dessau.⁴¹

Zum Skandal geriet im März 1947 die Festnahme des CDU-Abgeordneten und hauptamtlichen Jugendreferenten beim CDU-Landesverband Ewald Ernst. Der per Gesetz durch sein Abgeordnetenmandat vor Strafverfolgung Geschützte wurde verhaftet und nach Wochen der Untersuchungshaft im „Roten Ochsen“ durch ein Militärtribunal in Berlin wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Die Besatzungsmacht hatte deutlich gemacht, dass sie die Regeln der von ihr installierten Demokratie nicht einzuhalten gedachte.⁴²

Wie Unterlagen in Moskauer Archiven zeigen, rückten die Abteilung Inneres und die Rechtsabteilung der SMA ab 1948 Politiker und Funktionäre sowie leitende Bedienstete von Behörden und Großunternehmen, wenn sie als politisch unzuverlässig galten, in das Blickfeld der Sicherheitsdienste, indem sie u.a. Hinweise auf vermeintliche Agententätigkeit streuten. Zu nennen wäre hier der hallesche Stadtrat für Handel und Versorgung, Wolf-Dietrich von Rohrscheidt, LDP. Er wurde im März 1948 verhaftet und im „Roten Ochsen“ u.a. wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt. Von Rohrscheidt verstarb im Juli 1951 in Bautzen an TBC.⁴³ Auch der Präsident des Oberlandesgerichts Halle, Hans-Dietrich Schmidt, ebenfalls LDP-Mitglied, galt der SMA für die Umsetzung der geforderten „Volksjustiz“ nicht mehr als zuverlässig. Die SMA-Rechtsabteilung drang beim SED-Landesvorstand auf Schmidts Absetzung, zeitgleich setzte sie die Militärstaatsanwaltschaft auf ihn an.⁴⁴ Hans-Dietrich Schmidt ereilte im März 1949 das gleiche Schicksal wie im Jahr zuvor Stadtrat von Rohrscheidt. Er kam jedoch im Januar 1954 aus der Haft, die er in Bautzen und Brandenburg-Görden verbüßte, frei.⁴⁵

40 Vgl. Großbölting, *Bürgerliche Parteien*, S. 303-315; Tullner / Lübeck, Erhard Hübener, S. 252-257, 304f.; Trittel, *Die Abgeordneten*, S. 112ff.

41 Vgl. Christian Grobler: Die Verfolgung von deutschen Zivilisten in Köthen/Anhalt zwischen Juli 1945 und März 1953 durch sowjetische Sicherheitsorgane, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, 2008/1, S. 80-103, hier S. 100ff.; Projektdatenbank SMT-Verurteilte Sachsen-Anhalt.

42 Vgl. Ernst, *Ein guter Kampf*, S. 50ff., 58-63.

43 Vgl. BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte; Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

44 Vgl. GARF 7133/1/247, Bl. 13f., 58, 63.

45 Vgl. BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte.

5 Todesurteile Sowjetischer Militärtribunale

Nach derzeitigem Kenntnisstand verhängten Sowjetische Militärtribunale im „Roten Ochsen“ mindestens 123 Todesurteile. Allein 74 betreffen die Jahre 1945 bis 1947. 35 dieser Todesurteile wurden durch eine übergeordnete Instanz revidiert oder nach vorübergehenden Abschaffung der Todesstrafe am 26. Mai 1947 auf 25 Jahre Haft umqualifiziert. 39 Urteile sind nachweislich vollstreckt worden. Unter den zumeist „an unbekanntem Ort“ oder „bei Halle“ von SMERSCH-Kommandos Erschossenen finden sich neun der Mitgliedschaft zum „Wehrwolf“ oder sonstigen „antisowjetischen Untergrundorganisationen“ verdächtige Jugendliche, zwölf im November 1945 aufgrund ihrer Tätigkeit im Zuchthaus Halle zum Tode verurteilte frühere Bedienstete, sowie u.a. ehemalige Bürgermeister, Richter und Fabrikbesitzer.⁴⁶ Unter den Erschossenen Jugendlichen gehörte auch Heinz Mingramm (1926–1947) aus Stolberg (Harz). Die NKWD-Operativgruppe Sangerhausen warf ihm, seinem Bruder Siegfried (1930–1951) dem im gleichen Zusammenhang im Oktober bzw. November 1946 festgenommenen Werner Karthäuser (1927–1947) sowie 11 weiteren Jugendlichen aus Stolberg die Mitgliedschaft in einer antisowjetischen Untergrundgruppe, Heinz Mingramm darüber hinaus illegalen Waffenbesitz vor. Kurze Zeit später in den „Roten Ochsen“ überstellt, wurden Heinz Mingramm und Werner Karthäuser am 27. Februar 1947 durch das SMT der Provinz Sachsen nach Artikel 58 („bewaffneter Aufstand“) zum Tode verurteilt, die Urteile vier Tage später vollstreckt. Das am 12. Mai 1947 gegen seinen Bruder Siegfried ergangene Todesurteil wurde am 10. Juni gleichen Jahres in 25 Jahre Arbeitsbesserungslager umgewandelt. Doch auch Siegfried Mingramm erlebte die Freiheit nicht mehr. Er verstarb, schwer an Tuberkulose erkrankt, im April 1951 im Zuchthaus Bautzen. Die meisten der 11 zu Zeitstrafen verurteilten Stolberger Jugendlichen verstarben während ihrer Inhaftierung.⁴⁷ In ähnlichem Kontext fällten SMT im „Roten Ochsen“ Todesurteile gegen weitere Jugendliche, u.a. aus Annaburg, Dölau bei Halle, Eisleben, Großörner und Leimbach bei Hettstedt, Harsleben bei Oschersleben, Kölleda, Laucha (Unstrut), Sennewitz bei Halle und Sundhausen (Kreis Sangerhausen).⁴⁸ Wie diese mussten andere Jugendliche, nachdem sie anderenorts, z.B. in Eisleben, Querfurt, Naumburg oder Merseburg abgeurteilt worden waren, in den Todeszellen der hallischen Haftanstalt die Zeit bis zu ihrer Begnadigung oder Hinrichtung verbringen.⁴⁹

46 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2011), S. 43f.; Edda Ahrberg, Dorothea Harder: Abgeholt und verschwunden (1). Von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen, Magdeburg 2009, S. 38–46.

47 Vgl. Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv; Benno Prieß: Erschossen im Morgengrauen, Calw 1997, S. 109.

48 Vgl. BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheim-Verurteilte; Projektdatenbank SMT-Todesurteile Sachsen-Anhalt.

49 Vgl. ebenda.



Abb. 6: Heinz und Siegfried Mingramm, um 1944, Quelle: Privatbesitz

Nach Wiedereinführung der Todesstrafe Anfang 1950 fällten SMT im „Roten Ochsen“ bis 1952 erneut 49 Todesurteile: 44 dieser Urteile wurden in Moskau vollstreckt. Die diesen Verurteilungen zu Grunde liegenden Vorwürfe betrafen in der Hälfte der Fälle die Bildung „illegaler Gruppierungen“ in Verbindung mit Waffenbesitz oder Spionage. Letztere Anschuldigung lag jedoch den meisten Urteilen zugrunde.⁵⁰ Im Moskauer Butyrka-Gefängnis bereitete am 10. April 1951 ein Erschießungskommando des MGB dem Leben des 29jährigen Formers Theodor Wesche und des 24jährigen Drehers Rudi Rose, beide aus Großmühlingen (bei Calbe/Saale), ein Ende.

Theodor Wesche war am 27. Juli 1950 durch die Schönebecker Dienststelle des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) festgenommen worden. Das MfS verdächtigte ihn, Kopf einer illegalen Kampfgruppe zu sein, der man bei Haussuchungen in Großmühlingen beschlagnahmte Flugblätter, Namenslisten und Waffen zuschrieb. Im gleichen Zusammenhang erfolgte auch die Festnahme von Rudi Rose und fünf weiterer Personen. Unter Missachtung des Artikels 10 der DDR-Verfassung von 1949, der die Auslieferung von DDR-Bürgern an eine fremde Macht ausschloss, überstellte das MfS die Verhafteten an die sowjetische Kontrollkommission für Sachsen-Anhalt (Nachfolger der SMA). Die sowjetische Militärstaatsanwaltschaft leitete Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation, antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda, Spionage und Aufstands gegen die Verhafteten ein. In der hallischen Haftanstalt „Roter Ochse“ verurteilte ein SMT Rose und Wesche aus den oben aufgeführten Gründen zum Tode durch Erschießen, die anderen Angeklagten zu Haftstrafen bis zu 25 Jahren.⁵¹

6 Das Nebeneinander von MfS und MGB im „Roten Ochsen“ 1950–1952

Wie am Fall von Theodor Wesche und Rudi Rose ersichtlich, arbeitete das MGB mit seinem im Februar 1950 gegründeten ostdeutschen Pendant auf die gleiche Art und Weise zusammen, wie zuvor schon mit der Polizei. Ab

50 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2008), S. 287.

51 Vgl. Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse: Verurteilt zum Tode durch Erschießen. Opfer des Stalinismus aus Sachsen-Anhalt, 1950–1953, Magdeburg 2006, S. 106, 112; Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

Oktober 1950, als offenbar auf sowjetische Weisung der seit Sommer 1950 vom Ministerium des Innern der DDR zu Strafvollzugszwecken genutzte Bereich der Haftanstalt „Roter Ochse“ binnen 24 Stunden zu räumen und an das MfS zu übergeben war⁵², gestaltete sich die Zusammenarbeit der beiden Geheimdienste noch enger. Denn in Halle bestand nun bis zum Sommer 1952 die besondere Situation, dass innerhalb des „Roten Ochsen“ der sowjetische und der DDR-Staatssicherheitsdienst ihre zentralen Untersuchungsanstalten für das Land Sachsen-Anhalt betrieben. Das MGB betrieb weiterhin den südlichen Bereich mit dem A-Block, in dem sich seit 1945 auch die Zellen der zum Tode Verurteilten befanden. Das MfS hingegen verfügte mit den Hafthäuser B-D und C über erheblich mehr Haftraum. Im größeren B-D-Block hielt es seine Gefangenen in Isolationshaft. Hatte es von ihnen Geständnisse erpresst, wurden sie in den C-Block verlegt.⁵³ Regelmäßige gegenseitige Übergaben von Ermittlungsverfahren sowie auch Überstellungen von U-Häftlingen können als Charakteristikum des Nebeneinanders von MGB- und MfS-U-Haft im „Roten Ochse“ angesehen werden. Die im MfS-U-Haft-Bereich des „Roten Ochsen“ ansässige Untersuchungsabteilung der Landesverwaltung für Staatssicherheit Sachsen-Anhalt bzw. ab August 1952 der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle gab im Jahre 1950: 53, 1951: 109, 1952: 18 und 1953: sechs Untersuchungsvorgänge an das MGB ab. Zum Teil wurden Akten wie Häftlinge nach Tagen oder Wochen wieder an das MfS rücküberstellt. In mindestens 69 Fällen resultierten jedoch aus der Abgabe von MfS-Häftlingen an das MGB Verurteilungen durch sowjetische Militärtribunale, darunter auch mehrere Todesurteile.⁵⁴ Im Fall des 45-jährigen Maschinenschlossers Friedrich Wurzler aus Sangerhausen, des 39-jährigen Holzfällers Gustav Metz aus Morungen sowie zunächst fünf Anderer im Oktober und November 1950 durch Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle Sangerhausen wegen des Verdachts der Untergrundtätigkeit Festgenommener überstellte die Abteilung IX zunächst die Ermittlungsergebnisse und am 29. November 1950 auch die Inhaftierten an das MGB. Die Verhafteten hatten z.T. Kontakt zu der in Westberlin ansässigen KgU gehabt sowie im Vorfeld der Volkskammerwahlen von 1950 Flugblätter der KgU verbreitet. Das SMT Halle urteilte im April 1951 in dieser Sache schließlich 11 Angeklagte ab: Friedrich Wurzler, Gustav Metz, den 24-jährigen Lehrer Heinz Löffler,

52 Vgl. Bohse / Sperk: Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 369, 373.

53 Vgl. ebenda, S. 365; Alexander Sperk: Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950 bis 1989. Eine Dokumentation Magdeburg 1998, S. 31; André Gursky, Justus Vesting: Der „Rote Ochse“ als Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1950-1989), in: Bohse / Sperk: Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 351-361, hier S. 351.

54 Vgl. BArch, DO 1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte; Roginskij / Rudolph / Drauschke / Kaminsky, „Erschossen in Moskau...“; Rudolph / Drauschke / Sachse, Verurteilt zum Tode durch Erschießen.

den 29-jährigen Schlosser Ernst Kindler und den 22-jährigen kaufmännischen Angestellten Karl-Heinz Kurch – alle drei ebenfalls aus Morungen bei Sangerhausen – wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation, antisowjetischer Betätigung und Verbreitung antisowjetischer Flugblätter zu jeweils zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager, den 28-jährigen Schlosser Karl Weißenborn aus Morungen zu 10 Jahren Arbeitsbesserungslager. Die übrigen Angeklagten erhielten ebenso Strafen von 25 bzw. 10 Jahren Arbeitsbesserungslager. Friedrich Wurzler und Karl Weißenborn mussten die Strafe bis zur vorzeitigen Entlassung im Januar 1954, Gustav Metz und Karl-Heinz Kurch bis Juli 1956 im Zuchthaus Bautzen verbüßen. Heinz Löffler wurde in den hohen Norden der UdSSR deportiert, wo er in Workuta Zwangsarbeit leisten musste. Im Dezember 1953 kam er wieder in Freiheit. Ernst Kindler ereilte ein ähnliches Schicksal: Die Zwangsarbeit in verschiedenen Lagern des GULAG dauerte für ihn sogar bis Dezember 1955 an.⁵⁵ Das Nebeneinander der U-Haftbereiche des MGB und des MfS innerhalb der Haftanstalt „Roter Ochse“ endete im Juli 1952. Das MGB gab im Rahmen einer mit einer erheblichen Personalreduzierung verbundenen Strukturreform seines Apparates in der DDR⁵⁶ die U-Haft im „Roten Ochsen“ auf und verfrachtete fortan in Sachsen-Anhalt über keine eigene Untersuchungshaftanstalt mehr.⁵⁷ In Sachsen-Anhalt vom MGB Festgenommene wurden nun in der Regel ins Gefängnis der Ermittlungsabteilung im Apparat des MGB-Bevollmächtigten in Berlin-Karlshorst überstellt und dort abgeurteilt.⁵⁸

7 Strafvollzug an SMT-Verurteilten im „Roten Ochsen“

Für viele SMT-Verurteilte, aber auch Internierte, war die Haftanstalt „Roter Ochse“ auch ein Ort der Strafverbüßung. Dies betraf in den Jahren 1946/47 vor allem Gefangene, die von SMT anderenorts abgeurteilt und nach Halle überstellt worden waren, aber auch in Halle Abgeurteilte. Im „Roten Ochsen“ waren sie nun über Wochen, z.T. auch über Monate als Strafgefangene inhaftiert, bis sie in ein Speziallager deportiert wurden.⁵⁹ Im Zuge der Auflösung der letzten Speziallager 1950 nutzte die Besatzungsmacht die Haftanstalt erneut zu Unterbringung von SMT-Verurteilten. Von Februar bis September 1950 inhaftierte sie hier 138 von insgesamt 649 SMT-Verurteilten, die nicht wie die meisten entlassen oder zur weiteren Strafvollstreckung an die DDR-Behörden übergeben worden waren, sondern wegen angeblicher „besonders schwerer Verbrechen

55 Vgl. BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Nr. 1235; BArch, DO1, Kartei SMT- und Waldheimverurteilte; Sammlung GS ROTER OCHSE, Personenarchiv.

56 Vgl. Petrov, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter, S. 24.

57 Zum genauen Zeitpunkt des Rückzugs des MGB aus dem „Roten Ochsen“ in Halle können aufgrund fehlender Quellen keine Angaben gemacht werden.

58 Vgl. Petrov, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter, S. 24f.

59 Hierzu liegen im Sammlungsbestand der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) zahlreiche Berichte ehemaliger SMT-Verurteilter vor.

gegen die Sowjetunion" in diese verbracht werden sollten. Unter diesen Gefangenen sahen sich nicht wenige zum zweiten Mal in den „Roten Ochsen" eingeliefert. So auch Wolfgang Schwertfeger (geb. 1931) und Erich Busch (geb. 1930) aus Köthen, die das SMT des Landes Sachsen-Anhalt im Mai 1949 wegen „Bandenbildung" und Diversion jeweils zu 25 Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt hatte.⁶⁰ Auch der Sozialdemokrat Fritz Drescher (1904–1982) aus Weißenfels gehörte zu jenen SMT-Verurteilten. Er hatte im „Roten Ochsen" einen Teil einer 1937 gegen ihn wegen illegaler Betätigung gegen das NS-Regime verhängte Zuchthausstrafe verbüßt. Im September 1948 erfolgte seine erneute Festnahme und Einlieferung, weil er sich als damaliger Leiter der Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalt geweigert hatte, Anordnungen der SED-Landesleitung zu befolgen. Das SMT des Landes Sachsen-Anhalt verurteilte ihn nach monatelanger Untersuchungshaft im Sommer 1949 zu dreimal 25 Jahren: wegen Verleumdung der Besatzungsmacht, Führung einer sozialdemokratischen Untergrundgruppe sowie angeblicher Spionage. Seiner nun dritten Inhaftierung im „Roten Ochsen" folgte ab Ende 1950 Zwangsarbeit in Workuta, von wo er erst 1955 wieder entlassen wurde.⁶¹

Auch nach dem vollständigen Rückzug des MGB aus der Haftanstalt „Roter Ochse" im Juli 1952 blieb diese ein Haftort für SMT-Verurteilte. In den Jahren 1953 und 1954 waren im Strafvollzugsbereich der Haftanstalt insgesamt 912 männliche SMT-Verurteilte inhaftiert, die z.T. von dort vorzeitig entlassen, zumeist jedoch im Frühjahr 1954 in andere Haftanstalten des Ministeriums des Innern der DDR verlegt wurden. Bis 1955 unterstanden diese Gefangenen weiterhin der Gerichtsbarkeit der Sowjetunion, ebenso wie jene weiblichen SMT-Verurteilten, die ab 1954 in der nunmehrigen Strafvollzugsanstalt Halle I ihre Strafe verbüßen mussten, in einzelnen Fällen bis 1964.⁶²

Die unmittelbare Einbindung der Haftanstalt „Roter Ochse" in das System der sowjetischen Sicherheitsapparate in der SBZ/DDR hatte mit der Aufgabe der MGB-Untersuchungshaft im Juli 1952 ein Ende gefunden. Dennoch blieb die Haftanstalt für den MGB-Apparat in der DDR weiter von Bedeutung. Nicht nur als Ort der Strafvollstreckung an SMT-Verurteilten, wie oben aufgezeigt, sondern vor allem wegen der Nutzung eines Teils der Haftanstalt als Untersuchungshaftanstalt des MfS. Denn über die im MfS-Apparat – zunächst auch in der MfS-UHA „Roter Ochse" – eingesetzten sowjetischen Berater konnte es die Tätigkeit des ostdeutschen Geheimdienstes weiter kontrollieren und auch steuern.⁶³

60 Vgl. Grobler, Die Verfolgung von deutschen Zivilisten, S. 95f.; GARF 9409/1/572.

61 Vgl. Bohse / Sperk, Der ROTE OCHSE Halle (Saale), S. 232; GARF 9409/1/572.

62 Vgl. Bohse, Sowjetische Militärtribunale (2008), S. 288.

63 Vgl. Sperk, Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse" Halle/Saale, S. 26; Gursky / Vesting, Der „Rote Ochse", S. 351.

(Während der Veranstaltung erfolgte an dieser Stelle eine Lesung aus dem Buch: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat; und die Aufführung von Ausschnitten aus dem Film: Erwin Jöris – Zwischen Hitler und Stalin, gefolgt vom Autorengespräch mit Dr. Andreas Petersen (Berlin). Hierzu:)

Textbeitrag zum Tagungsband zum Halle-Forum „Roter Ochse“ vom 21. September 2012. Von den Sowjets zur Stasi. Dr. Andreas Petersen, Zürich/Berlin: Vom russischen zum deutschen Schweigen

„Wir sind die Letzten. ‚Fragt uns aus! Wir sind zuständig.‘ – Hans Sahl's Aufforderung an die Nachgeborenen kann inzwischen nur noch für wenige gelten. Erwin Jöris ist einer dieser Jahrhundertzeugen. Weltrevolution, Widerstand, Krieg, Utopie und Enttäuschungen, Zuchthäuser, Lager – ein extremes Leben in einem extremen Jahrhundert. Ein letztes Mal wurde der heute 100-Jährige an der Schnittstelle zwischen sowjetischer und deutscher Repression in der neu gegründeten DDR verhaftet.

Jöris Lebensweg bis dahin: Als Sohn eines spartakistischen Schlossers in Berlin-Lichtenberg geboren und durchlebte er die Weimarer Republik aus linksradikaler Perspektive – von den Märzkämpfen 1919, über die Beerdigung Luxemburgs und Liebknechts, den Wirtschaftskrisen und der KPD-Stalinisierung bis hin zum Fall in die Diktatur. Als charismatischer KPD-Jugendführer prügelte er sich durch die Straßenschlachten der untergehenden Republik, musste ab 1933 in die Illegalität und wurde einer der ersten Gefangenen im KZ Sonnenburg, zusammen mit der linken Politprominenz der Zeit.

Nach der Entlassung ließ er sich nach Moskau rufen, wo er 1934 mit den kommunistischen Größen der Internationale im Hotel Lux lebte – und sie in den Stalinschen Schauprozessen untergehen sah. Er erlebte, eingesetzt von der kommunistischen Jugendinternationale, den sowjetischen Aufbaugigantismus in einem Schwerindustriekombinat hinterm Ural, dem Uralmasch. Angesichts der Verhaftungen im Schreckensjahrs 1937 rang er sich zur Rückkehr nach Deutschland durch, wo gegen ihn eine Klage wegen Hochverrat lief. In der deutschen Botschaft in Moskau besorgte er sich unter abenteuerlichen Umständen einen Pass und wurde – zurück in Swerdlowsk – gefasst, kam ins dortige NKWD-Gefängnis und wurde später in die Moskauer Lubjanka überführt.

Monate später wurde Erwin Jöris vom NKWD an die Gestapo ausgeliefert. Nach den Verhören und der Entlassung aus dem Gefängnis Berlin-Moabit kam 1939 die Zwangsrekrutierung in die deutsche Wehrmacht mit Marschbefehl Richtung Osten. Nach sechs Jahren Krieg wurde er in der Kesselschlacht von Halbe, vor den Toren Berlins, schwer verwundet – und kam in ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager vor Moskau. Bei seiner Rückkehr 1946 lag Berlin in Schutt und Asche und Lichtenberg in der

Sowjetisch Besetzten Zone. Während er Kohlen austrug, etablierten seine KPD-Genossen von einst die zweite deutsche Diktatur. Immer wieder fragten ihn die alten Genossen: Wie es denn in Moskau 1937/38 gewesen war. Manchmal erzählte er.

Lebensstationen, die in der in diesem Jahr veröffentlichten Biographie „Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris“ festgehalten sind. Im Folgenden das Kapitel zur Verhaftung 1949. In den Anführungszeichen die Interview-Zitate von Erwin Jöris.

„Zu sitzen, ohne zu schreien“ – Dienstag, 19. Dezember 1949, ein bedeckter grauer Tag: „Ich hackte den ganzen Vormittag Holz, weil die Maschine kaputt war. Riesige Berge. Dann nahm ich Kienholz mit, um es hinter den Kachelofen zu stecken. An Weihnachten sollte es gut riechen. Ich ging rüber. Gerda hatte gekocht. Später wollte sie beim Bauern Fleisch für Weihnachten kaufen. Als es klingelte, machte sie auf. ‚Da sind zwei Herren, die wollen dich sprechen.‘“ Irmer kannte er von der Kartenstelle in der Rittergutstraße. „Tag Genosse. Du sollst mal ins Parteilokal kommen.“ Magdalenenstraße 9, das SED-Büro für Lichtenberg-Süd. Es wäre was zu klären. „Um drei Uhr muss ich wieder bei der Arbeit sein! – ‚Um drei Uhr bist du wieder hier.‘“

„Wir stiegen die Treppe runter.“ In der garagenförmigen Durchfahrt ging das zweiflügelige Tor zur Straße, das weinrote zum Hinterhof. „Ich wunderte mich noch, dass die Straßentüren abgeschlossen waren. Wir mussten durch den Hinterausgang. Und da standen sie dann.“ Zwei in Ledermänteln mit gezogenen Pistolen. Auf dem Trümmergrundstück eine schwarze Limousine. „Poschli! Mitkommen! – Wieder aus. Wieder in deren Pfoten. Ab nach Sibirien.“ Ein ärztlicher Gutachter für Haftfolgeschäden schreibt von „TBC“ oder „Sibirien“ in den Erzählungen ehemaliger Häftlinge als Stellvertreterbegriffe für Todesangst.

2003: Noch immer knarren die Treppenstufen. Nun aber belegt mit blankgebohnertem Linoleum. Der Verputz ist aufgestemmt. Graffiti an den Wänden der Hofdurchfahrt. Auf den gesprungenen Fußbodenkacheln – wohl denen von damals – erzählt Erwin Jöris von seiner Verhaftung. „Im Auto saßen sie links und rechts von mir. Mit Pistole in der Hand: ‚Sie müssen nicht fürchten. Wir sind kein Gestapo.‘“ Unterschrift im Haftprotokoll: Nikitin und Stepanwo. Die Limousine fuhr die Frankfurter Allee stadtauswärts, bog in die Treskowallee. Erwin Jöris überlegte, das Lenkrad rumzureissen. „Dann bist du vielleicht tot. Aber die mit.“ Im Übergang zur Waldowallee, am Anfang von Karlshorst, steuerte der Fahrer links in eine Einfahrt. Eine alte Polizeidienststelle.

Ein Haus voller uniformierter Russen. Die offizielle Eröffnung: Er sei verhaftet. Die Deutschen verschwanden. Jöris saß auf einem Stuhl im Parterre. Vor dem Fenster sah er die Fußgänger. „Wie sind sie aus der Kriegsgefangenschaft gekommen?“

Ein zweistöckiger Bau direkt an der Straße. Mit blätternden Fensterrahmen im Jahr 2003. Noch immer unscheinbar und hässlich. Ein Schild verweist auf neue Firmen im Hinterhof. 400 solcher Orte soll es in der SBZ und späteren DDR gegeben haben. „GPU-Keller“ im Volksmund. Mit Haft- und Folterzellen. Erste Verhörräume für Tausende. In den zwei Monaten nach Kriegsende auch in West-Berlin.

Das Gefühl dieser Stunden „könne man nicht schildern. Zu sitzen, ohne zu schreien, ohne, dass einer weiß, wo du bist.“ Verzweiflungsattacken, Gedankenstürze, Selbstvorwürfe. Immer wieder schoss ihm durch den Kopf: „SA-Keller, Spandau, KZ, Lubjanka, Moabit, Kriegsgefangenschaft – hört das denn nie auf?“ Wie Gerda informieren? Ihre gemeinsamen Pläne – alles dahin. Warum war er nicht in den Westen gegangen? Was würden sie in der Wohnung finden? Nichts. Da war nichts. „Aber die schieben einem irgendetwas unter. Wie die Gestapo.“ Wer hatte ihn angeschwärzt? Ihn beobachtet? Der deutsche Irmer murmelte während der Verhaftung nur: „Wird schon nicht so schlimm werden ...“ Der andere, „ein Langer“, schwieg. Ihre Stellen in der Rittergutstraße waren Deckgeschichten. Volkspolizisten in Zivil oder Stasi-Leute. Zuarbeiter der „Freunde“, benötigt und verachtet. „Die machten die ganze Vorarbeit, beobachteten, sammelten. Und dann wurden sie vorgeschickt. Und irgendwoher mussten sie ja auch den Schlüssel für das Haustor gehabt haben – Schweinehunde.“ Gedankenschübe über Stunden. Dazwischen ohnmächtige Selbstaufforderungen: „Jetzt musst du alle Sinne zusammenhalten, durchhalten.“

Die Deutschen kamen wieder. Das Untersuchungsprotokoll von diesem Tag verzeichnet: „Nichts gefunden, nichts mitgenommen.“ Die Russen gaben den Deutschen Zigaretten. „Und sie machten noch einen Diener: ‚Spasibo, bolschoje spasibo! Danke, großen Dank! – Armselige Kreaturen!‘“

Für die sich aufbauende Staatssicherheit spitzelten, denunzierten und provozierten Ende 1950 2.700 „Geheime Mitarbeiter“. Daneben hatten sich 3.084 Deutsche direkt bei den russischen Tschekisten verpflichtet. Späher im „Feindesland“, meist Kommunisten, viele eifertig wetteifernd, die „Freunde“ mit Informationen als Loyalitätsbeweise zu versorgen, an deren Ende Verhaftung um Verhaftung stand.

Ein dunkler Himmel lag schon über der kalten Stadt, als sie Jöris wegführten. Immer nach Norden, immer die Siegfriedstraße, Hohenschönhausen. „Militärstädtchen“, keine fünf Kilometer Luftlinie von der Atzpodienstraße entfernt. „Schranke hoch, Schranke runter, weiter, wieder Schranke hoch und runter.“

Dann die Genslerstraße. Das Rattern auf dem Kopfsteinpflaster, eine hölzerne Umzäunung aus Barackenwänden, der Schein greller Lampen, eingemummte Wachen auf hölzernen Türmen.

Die Limousine rollte durch das Haupttor, hielt links neben einem zweistöckigen Backsteinbau. Die Dezemberkälte beim Aussteigen, eine schmale Kellertreppe, das matte Tageslicht am Abendhimmel, ein grell erleuchteter Keller, menschenleere Gänge, Rohre an der Decke, graue Zellentüren. Ein Teppich schluckte ihre Schritte. Eine der Türen wurde aufgeschlossen und hinter ihm wieder zugeschlagen. Ein Verlies, ohne Fenster, feucht, mit einer Luft zum Schneiden. Drei saßen auf den Kanten von Holzpritschen und starrten ihn an. „Abgemagert und bleichweiß, wie Leichen.“ Es stank entsetzlich. Neben der Tür stand ein Fäkalienkübel. Kein Außengeräusch war zu hören. Eine grelle Glühbirne brannte hinter dem Eisengitter über der Tür – sie sollte nie verlöschen. Eine schall- und lichtisolierte Welt. Das Ende von Tag und Nacht. Lebendig begraben. Später erfuhr er, wie die Häftlinge den Ort nannten: „Das U-Boot“.

[...]

„In der Zelle hockten die drei mit den Klamotten, die sie bei ihrer Verhaftung an hatten.“ Ihm war nicht zum Reden zumute. Die Enge, die Luft, das Schweigen. Es war nicht vorstellbar, dass man in diesem Kerkerpfersche Tage verbringen müsste. Um 22.00 Uhr ging ein Ton durch die Gänge, wie das Schlagen an einen Eimer. Hinlegen! Das alte Heu in den Matratzen stank. Die Decken waren löchrig. Die Schnürsenkel hatten sie ihm abgenommen. Die Hände auf der Decke, das Gesicht im gnadenlosen Lichtstrahl. „Alle drei, vier Minuten ging der Spion. Wenn man nicht richtig lag, donnerten sie gegen die Tür.“ Es stank und war heiß. „Luft kam nur durch ein kleines Röhrchen oben in der Wand, aber minimal.“ Er bekam Beklemmungen.

Über das schwere Atmen der anderen rasten seine Gedanken. Ihr Ziel? Er kann sich nicht mehr erinnern – irgendwo im Schock zwischen Herausgerissensein und Selbsterfleischung. Die Anfangsstunden, die erste Nacht, die ersten Tage. Keine Befragung, keine Anwürfe, keine Folter. Nur die eigene Selbstzermarterung: Was war in den letzten Wochen? Was könnten die Vorwürfe sein? Was waren rettende Antworten? „Zum Verhör gerufen wurde ich nicht. Die übliche Zermürbungstaktik – wie in der Lubjanka.“ Eine Beschreibung in der Rückschau, in der sich der Schrecken kaschiert.

Natürlich schützte das Wissen. Aber die Verzweiflung eines zusammengebrochenen Lebensplans blieb, ja die Todesangst. Er versuchte zu kämpfen und dämmerte doch durch den Tag. Am Morgen nach der Verhaftung wurden seine Personalien aufgenommen. Stempelkissen, jeder Finger, beide Hände. Das Häftlingsfoto gab es schon, wieder jenes 1937 in der Lubjanka aufgenommene. Eine Kopie war von Moskau zur Berliner Gestapo gewandert, und nun lagen das Original aus Moskau mit den Akten beim Berliner NKWD.

Unter der Rubrik: „Soziale Herkunft?“ findet sich die Antwort: „Händler“. „Unterdrückung durch die faschistische Regierung?“ – „Nein.“

Auch sonst waren die Tage wie in der Lubjanka: Das Aufstehen um sechs, das Treiben ins „Scheißhaus“, die Wassertropfen-Wäsche, „die Arschbackenbrühe“ als Kaffee in den Essschüsseln, das glitschige Brot, die „Fußblappen“ gekochter Weißkohlblätter, die „Handvoll Sago“ am Abend und der ständige Hunger.

Sogar das Liege-Verbot konnten sie hier im Gegensatz zu den überfüllten Zellen in Moskau durchsetzen. Nicht hinlegen, nicht die Augen schließen, nicht an die Wand lehnen. „Nix schlaffen!“ bummerte es sofort an die Tür.“ Sonst gab es Eiszelle. Man saß und wartete, wartete, wartete. Bettkanten-Tage. Nie wurde die Zelle gelüftet. Die Tür blieb immer geschlossen. Auch wenn sie im Waschraum waren. „Abends war man todmüde – nur vom Sitzen.“

Im Gespräch mit den anderen hielt er sich zurück. „Vielleicht war einer Spitzel.“ Auch Frager kamen schnell in den Verdacht. Aber das heranrückende Weihnachten ließ Erinnerungen, Hoffnungen, Wehmut aufkommen. „Da wurden die ganz weich.“ Misstrauen wich. Lebensgeschichten setzten sich über erwarteten Stunden zusammen.

„In die Hände von geisteskranken Kopfjägern“ – Am ersten Weihnachtsfeiertag, sechs Tage nach seiner Verschleppung, stand ein Wachmann in der Tür zu ihrem Loch und deutete auf Jöris. Namen sollte man in den Nachbarzellen nicht hören. Raustreten. Mit dem Gesicht gegen die Wand. Abtasten nach Waffen. Zwei Uniformierte führten ihn aus dem Keller nach oben. „Ins Zimmer 41.“ Auf dem Tisch lagen Akten. Vorarbeit des Lichtenberger NKWD. Sie hatten sich die Akten aus Moskau kommen lassen. Erwin Jöris wurde wieder zu Ernst Blindenberg. Der Haftbefehl lag wohl schon länger auf Halde, unterschrieben vom NKWD-Leiter Lichtenbergs, Oberstleutnant Portnoy, genehmigt vom Generalmajor Grigori Alexandrowitsch Melinikow, dem stellvertretenden Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland, einem fleißigen Ausbauer des ostdeutschen Agentennetzes in Ostdeutschland. Nur das Datum musste – nach gängigem System – von Hand eingetragen werden. Beschluss, Genehmigung, mittägliche Verhaftung – alles am selben Tag.

„Sprechen Sie Russisch?“ Jöris schüttelte den Kopf.

„Die Anklage hat drei Teile“, erklärte ein Uniformierter in knarrendem Russisch den Umstehenden: „Seine Spionage für die Botschaft. Dann seine Kontakte mit der Gestapo nach seiner Rückkehr. Und seine Verbindung nach Westberlin.“ In Jöris rutschten die Spekulationen der Tage und Nächte in sich zusammen. „Nicht schon wieder der ganze Mist.“

Der Uniformierte ging. Mirsojan, Oberleutnant der Justiz, Militärstaatsanwalt der Berliner Garnison. Mit den Anweisungen unterschrieb

er auch noch den Beschluss zur Wohnungsdurchsuchung, Nr. 803, 11 Tage später.

„Nun erzählen sie mal von ihren Verbrechen“, begann ein NKWD-Offizier.“ Der Übersetzer suchte nach den richtigen Worten. Da war sie wieder, die Mühle. „Die Nazis werfen dir was vor. Und die Russen wollen immer, dass du dich selber beschuldigst – das ist der Unterschied.“ Im Sprechen erinnerte er sich an seine Antwortschleifen vor 13 Jahren in Moskau. Hunderte Male war das gegangen. Die Minuten zerronnen über Fragen, seinen Antworten, den ungenauen Übersetzungen, dem verdrehten Protokollieren. Auftakt zur Endlosgeschichte. Benommen brachten sie ihn am Abend in den Zellen-Keller. Abgekämpft, ohnmächtig, ahnend, was da kam. Die Fragen der anderen ignorierte er.

Laut klang der lange Schlüssel nachts im Schloss. „Das Verhör ging bis drei Uhr morgens.“ Dieselben Fragen, dieselben Antworten, die zerrinnende Zeit. Zurück in die Zelle. Drei Stunden Schlaf. Dann Wecken. „Den ganzen Tag war man todmüde, in der schlechten Luft. Und dann das Essen.“ Nachts kamen sie wieder.

Nacht für Nacht ging das so. „Manchmal ließ er mich kommen und las in einem Roman. Stundenlang. Und ich kippte fast vom Schemel. ‚Du wirst so lange hier sitzen, bis wir alles wissen.‘“ Wenn der Venehmer müde wurde, löste ihn jemand ab.

„Das Wecken, wenn du gerade eingeschlafen warst, war das schlimmste.“ In seinem Kopf drehte sich alles. Sein Bein schwoll an. Hochlegen durfte er es nicht. Den Stützstrumpf hatten sie ihm weggerissen.

Der Untersuchungsführer hieß Morosow. Erst nach Tagen wurden seine Fragen konkreter: „Weswegen wurden sie in Sonnenburg entlassen?“ Wer gab ihnen die Spionageaufträge? Wann sind Sie zum Faschismus übergelaufen?“ Wieder kam die erzwungene Aussage von Herbert Bester, „ich hätte ihn zum Fliehen überreden wollen“, wieder der Vorwurf systematischer Hetze gegen die Sowjetunion. Wieder sein Brief an die Deutsche Botschaft. „Kennen sie den?“ – ‚Scheint meiner zu sein! – ,tschitai! Lies!‘“ Wieder der Beweis für Spionageaufträge.

Dann die Fortsetzung zum Moskauer Verschwörungswahn vom faschistischen zum kapitalistischen Agenten: „Wie sind sie aus der Kriegsgefangenschaft herausgekommen? Wer war ihr Auftraggeber gegen die SED und DDR im Westen?“ Irgendwann ging es um Paul Deppelmann, auf der Suche nach dem Agentenführer.

Jöris versuchte sich an die Vorwärtsstrategie zu klammern. Felix Halle. Zugeben, was klar ist. Begründen. „Einmal habe ich davon gesprochen, dass es in Russland wie bei den Hottentotten war. ‚H‘ haben die Russen ja nicht, daher suchte der Übersetzer vergeblich im Lexikon unter Gottentotten. ‚Was soll das heißen?‘ – ‚Ein Stamm im Urwald! Da war was los.“

„So hab ich das nicht gesagt“, rutschte es Jöris einmal raus, als der Übersetzer Irova eine Aussage verdrehte. Morosow stutzte und schrie: „Dieses Schwein spricht doch russisch! Ab da waren alle Verhöre auf Russisch, ohne Dolmetscher.“ Manchmal saßen nun zwei, drei, vier Vernehmer am Tisch und bombardierten ihn mit Fragen. „Kreuzverhöre.“ Dann ein Foto: „Kennen Sie den?“, „Nein.“ Auf dem Bild war Wilhelm Kuhl. „Na und hier?“ Auf dem Bild war Jöris mit Kuhl, bei einer Verabschiedung Siemens- Ecke Beusselstraße. „Das Bild war schon etwas älter. Sie spitzelten also schon länger hinter mir her. Wie bei der Gestapo 1933.“

Kuhl interessierte Morosow. Warum, war nicht klar. „Wenn sie uns helfen, dass wir Kuhl im Osten ergreifen können, lassen wir sie frei.“ Wie ernst das war, wurde nicht klar. „Das erzählten die doch einfach.“ Jöris weigerte sich. Morosow kam nie mehr darauf zu sprechen.

Zwischen den Verhören das Grübeln, das fieberhafte Suchen, die still geschlagenen Rededuelle, die Habacht-Stellung im Ungewissen. Die Zermürbung, die Last des Hungers, das Dumpfe der Müdigkeit – lange war das nicht auszuhalten.

Dann eine Gegenüberstellung. „Ich sah ihn kurz beim Reinkommen, und es gab ein Hin und Herr von Zimmer zu Zimmer“ Dazwischen eine Wand, nur die Tür offen. „Während du Schwein dich mit Faschisten arrangiert hast, ist der Fritz Kleber als Partisan gefallen“, schrie Schneidewind.

Eines Tages war im Vernehmerzimmer eine Frau. Auf der Couch saß Mirsojan, der Militärstaatsanwalt. Sie führte das Gespräch, scheinbar eine Deutsche. „Was wir jetzt sprechen, wird nicht protokolliert – ‚Ich möchte aber, dass alles protokolliert wird.‘ – ‚Sie sind ein Sonderfall. Wir wollen uns nur mal mit Ihnen unterhalten.‘ – ‚Ach, Sie wollen wohl feststellen, wie weit ich im Kopf noch in Ordnung bin?‘ – ‚Ich bin keine Psychologin.‘ Dann fingen sie an: ‚Faktisch sind Sie durch das Zentralkomitee in die Sowjetunion gekommen, aber praktisch über die Gestapo.‘“ Jöris kochte. „Auf diesen Quatsch konnte ich schon gar nicht mehr antworten.“ Die Fragen ärgerten ihn immer mehr. Dann setzte der Staatsanwalt in russischem Deutsch an: „Warum nahmen Sie sich Hitler zum Vorbild? Die Deutschen haben doch auch einen Goethe, einen Schiller, einen August Bebel. Warum gerade Adolf Hitler?“ – „Da müsste ich ja schon 1927, als ich zur Jugendweihe ging, Adolf Hitler als mein Vorbild gehabt haben. Da hab ich Hitler noch gar nicht gekannt. Und wissen sie was: August Bebel hat mal gesagt, guckt euren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Finger. Und genau das hab ich getan.‘ Da kriegte die Olle so einen Kopf.“ – „Als sie 1938 die Sowjetunion verlassen haben, hatten Sie da feindliche Gefühle gegenüber dem sowjetischen Volk?“ – „Wenn sie das sowjetische Volk so achten würden, wie ich es getan habe, dann wären die Gefängnisse da nicht so überfüllt.“ – „Das sind alles genau solche

Volksfeinde wie sie', brüllte sie rum und fuchtelte mit den Pfoten in der Luft: ‚Mit ihnen rechnet das deutsche Proletariat noch ab!‘

Der Standardsatz ließ Jöris die ganze Nacht nicht los. „Vielleicht steht die Sache gar nicht so schlecht, und die Russen wollen mich an die Deutschen abschieben.“

Jöris glaubte in der Frau die „Rote Hilde“, Hilde Benjamin, die Vizepräsidentin des Obersten DDR-Gerichts, erkannt zu haben, berüchtigt als Beraterin und als Vorsitzende, bei Schauprozessen Terrorurteile verkündend. Möglich wäre der Beisitz, über die Akten lässt er sich nicht bestätigen.

Sicher ist, dass er Glück hatte. „Nicht alle in der Wachmannschaft waren hundertprozentige Kommunisten. Das waren Soldaten. Mancher gab dir einen Tritt in den Arsch, ein anderer führte mich mit lächelnder Miene rauf und sagte: ‚Nun schwinde denen da oben mal wieder was vor! Und wenn sie mich runterholten: ‚Na, was sagt der Olle?‘“

Es ging um „Beweismaterial“ für ein Urteil, das längst feststand. Wenn nötig mit Folter. Ganz offiziell, wie in der Sowjetunion. Stehen bis zum Zusammenbruch, Fausthiebe, Stiefeltritte in alle Körperteile, Schläge mit Gummiknüppeln, Lederpeitschen, Eisenstangen, Stahllineale, Kabelenden, Platzwunden ohne Behandlung, ausgeschlagene Zähne, Prügelorgien bis zur Ohnmacht, Steh- und Wasserzellen – alles findet sich in Häftlingsberichten aus Hohenschönhausen. „Ich entkleidete mich im Baderaum“, heißt es bei Josef Schölmerich, einem Arzt, der kurz zuvor im U-Boot einsaß. „Schuhe, Strümpfe, Anzug und das Unterhemd werden vom Posten in die Ecke unter das Waschbecken geschleudert. Nur die Unterhose bleibt. ‚Dawail! Der Karzer ist etwa einen Meter breit, drei Meter lang und zwei Meter hoch, ein Sarg, grell erleuchtet von mehrhundertkerzigen Glühbirnen. Oberhalb einer vergitterten Öffnung in der Decke surrt der Ventilator, der die Kaltluft des Kellers in einem ununterbrochenen Strom nach oben saugt. ... Ich beginne zu frösteln. Man muss sich bewegen. Ich gehe auf und ab: drei Schritte vor, drei Schritte zurück. Um mich zu erwärmen, reibe ich die Haut meiner Arme und meiner Brust. Alles ist vergeblich. Es ist unmöglich, nicht zu frieren. Nach einer Stunde schon sind die Fußsohlen ohne Empfindung. ... Von Tag zu Tag nehmen meine körperlichen Beschwerden zu. Die Beine schwellen an, die Haut spannt sich prall über riesige Ödeme. Zeitweise bin ich an der Grenze des Bewusstseins. Ich höre die Geräusche im Gefängnis wie in einem fernen Film.“ Um der Folter zu entkommen, ritzt er sich mit einem Nagel die Pulsadern auf.

Auch Erwin Jöris wurde die Wasserzelle, in der man Stunden, Tage und Nächte im kalten Wasser stand, beim Verhörang gezeigt. Immer wieder. Aber Morosow ordnete sie nie an. „Und so ging alles weiter.“

Hauptmann Walentin Wasiljewitsch Morosow. 26 Jahre, nach hinten gekämmte dunkelblonde Haare, ein kantiges, und doch jungenhaftes Gesicht. Er war gelernter technischer Zeichner, war ein Jahr Student der NKWD-Schule in Moskau gewesen, bevor er 20-jährig mit der vorrückenden Front nach Berlin gekommen und direkt in Hohenschönhausen eingesetzt worden war. Über die Jahre hatte er das große Sterben des Speziallagers miterlebt und sich im Lauf der Zeit zum Oberuntersuchungsführer der Abteilung OS des MGB – wie der NKWD nun hieß – der Sowjetunion in Deutschland hochgearbeitet. Jöris war ihm ausgeliefert. Völlig. Erleichterung, Folter, Vernehmung bis zum Zusammenbruch – alles konnte er anordnen. Aber Jöris meinte im Wechselbad der stundenlangen Verhöre etwas anderes zu spüren. „Wenn ich dem erzählte, wie wir in Deutschland von den KPD-Führern betrogen worden sind und was ich in Russland alles gesehen habe, dann saß er manchmal da, nickte leicht mit dem Kopf, klopfte mit dem Bleistiftende auf den Tisch und sagte nur: ‚Da, da, da. Ja, ja, ja.‘ Es schien mir fast, als wenn ihn das interessierte, ja er sich amüsierte. Als wenn er sagen wollte: ‚Na ja, hättest du mal lieber die Schnauze gehalten.‘“

Das war eine große Ausnahme. „In die Hände von geisteskranken Kopfgängern gefallen zu sein“, kam es Josef Schölmerich angesichts des Weltbildes seiner russischen Vernehmer vor. Diese Offiziere, die oft mit dem Krieg das erste Mal im Ausland waren, agierten in der Tradition des Säuberungsterrors der 30er Jahre, angeheizt von Stalins Paranoiasystem. Gegen die Heimtücke ostdeutscher Saboteure mit nationalsozialistischem Hintergrund im Dienst englischer oder amerikanischer Agenten – so das gängige Feindbild – wappneten sich viele mit dem Vorsatz noch größerer tschekistischer Wachsamkeit – also totaler Realitätsverweigerung.

Zwischen Morosow und Jöris gab es den einen oder anderen Schlagabtausch, aber die Verhöre eskalierten nicht. „In einem Rechtsstaat steht eigentlich immer erst am Ende einer Untersuchung fest, ob man schuldig ist“, meinte Jöris einmal. „Was bilden sie sich ein, sich hier solche Frechheiten rauszunehmen! – ‚Unsere Rechte vor Gericht haben wir auf der Parteischule gelernt.‘“

„Einmal sagte er zu mir: ‚Wenn sich schon der RIAS für Sie interessiert, dann müssen Sie doch mit denen etwas zu tun haben.‘“ Da wusste Jöris, dass seine Verhaftung im Radio bekannt gegeben worden war.

Vielleicht war es Taktik, vielleicht war Jöris aber auch im tristen Verhöralltag ein besonderer Häftling mit einer besonderen Akte aus Widerstand, Parteigeschichte, Konzentrationslager, Lux und Lubjanka – vielleicht Morosows ehemaligem Arbeitsort. Ein „Insider“. „Manchmal war mir Morosow sogar sympathisch. Er schien kein Kommunist. Auf jeden Fall ist er mit mir ziemlich korrekt umgegangen. Er musste eben

seine Norm erfüllen, die Akten fertig machen." Hoffnungsschimmer im Ausweglosen. Und die Beurteilung aus einem 50-Jahres-Rückblick.

Hotels, Drehorgel, Besuche – Tage, Wochen, schließlich Monate gingen so. Fensterlosigkeit, Dauerlicht, das Abhandenkommen von Zeit und Ort, der modrige Gestank und die katastrophale Hygiene. Bald war es weniger der alptraumartige Schrecken als die endlose Langeweile in hungrieriger Total-Übermüdung mit den Dauerschleifen der Selbstvorwürfe und Spekulationen. Die Anspannung ewiger Nachtverhöre und die nagende Ungewissheit. Der Körper wurde schwächer. Demoralisierung und Aussichtslosigkeit unterhöhlten den Widerstandswillen. „Es gab keinen Grund, verzweifelt zu sein. Aber ich hatte die Schnauze voll. Ich kann das gar nicht so beschreiben. Man war immer zufrieden, wenn ein Tag vorbei war, und sehnte sich danach, dass sie mal sagen: ‚Ihre Akten sind abgeschlossen‘, – ganz gleich, was da drin stand.“

Um die Langeweile zu überwinden, unterhielt man sich in den Zellen „über Politik oder sonst irgendwas“. Jöris kam in eine neue Rolle. „Ich erklärte den anderen, wie sie sich verhalten sollen. Auf dem Gang hörte ich dann auf Russisch: ‚Der hält schon wieder Vorträge.‘“

Dann ging das Licht aus. Sie hockten im Dunkeln. Die Luft war stickig. Es war unheimlich. Nach Stunden schloss ein Wärter die Tür auf. Die Stromleitung sei defekt. Er stellte ein Talglicht in den Lüftungsschacht. „Da waren die anderen erleichtert. Aber mir war klar, dass es nur darum ging, dass noch mehr Sauerstoff verbraucht wurde und wir vor Müdigkeit schneller unterschrieben. Das sagte ich den anderen. Beim nächsten Verhör fauchte mich Morosow an: ‚Ob ich meine faschistische Tätigkeit da unten wieder fortsetze?‘ Also war klar: Einer plaudert. Und als der, den ich vermutete, oben war, warnte ich die anderen. ‚Na, was hast du oben gequasselt?‘ empfang ich ihn.“

Nach wenigen Tagen wurde Jöris verlegt. Der übliche Zellenwechsel zum Unterbruch von Kontakten und reger Spitzeldurchschleusung.

Mit den Wechseln hörte er andere Haftgeschichten: „Da konnte man oft nur einen Lachkrampf kriegen.“ Er traf auf den Leierkastenmann der Frankfurter Allee. „Als die HO die Geschäfte übernahm, machte er keck ein Schild auf seine Drehorgel: ‚Heute letzter Tag. Morgen übernimmt mich der Konsum! Weg war er.‘ – „Dann war da noch Lachmann aus Weißensee. Er hatte einen ehemaligen Kollegen im Westen besucht. Als er zurück vom Treffen erzählte, meinte einer: ‚Der denkt wohl nicht mehr an uns im Osten!‘ – ‚Nein, nein!‘, meinte Lachmann. ‚Der hat sich nach allem, was ihr so macht, erkundigt! Er wurde wegen Wirtschaftsspionage denunziert.“ – „Und einer hatte ein Hotel auf Usedom, das der ‚Freie deutsche Gewerkschaftsbund‘ haben wollte. Aber er wollte es nicht hergeben.“

Eines Tages kam ein angeblicher Gast. ‚Wo kann man denn schön spazieren?‘ Der Wirt zeigte ihm Wege, aber dort solle er nicht langgehen. Da läge russisches Militär. Tage später wurde der Wirt verhaftet: ‚Verrat militärischer Geheimnisse!‘ Der „Gast“ war vom NKWD gewesen.“

Der Wirt starb später in der Gefangenschaft – ein Vorläufer von vielen anderen, deren 640 Hotels, Pensionen, Gaststätten, Wohnhäuser und Betriebe zwei Jahre später in der „Aktion Rose“ an der Ostseeküste und auf Rügen „kalt“ enteignet wurden“

(...) Das Urteil wird Erwin Jöris im neobarocke Gefängnisbau in der Magdalenenstraße 14 in Lichtenberg verkündet: 25 Jahre Workuta. Während er in einer Sammelzelle auf den Abtransport wartet, suchte seine Frau Gerda, deren Wohnung in der Magdalenenstrasse 1 liegt, verzweifelt bei den deutschen Behörden ihren Mann. Sie wird ihn erst fünf Jahre später wieder sehen. (...)

Vor der Schweigewand – Gerda Jöris erschien am 19. Dezember 1950 nichts ungewöhnlich. Bis diese Männer wiederkamen. „Gegen ihren Mann liegt etwas vor“. 2001 erzählte sie von auseinander gerissenen Betten, offenen Schubladen, den versteckten Gesichtern an den Fenstern gegenüber. Wie ein Lauffeuer habe es sich rumgesprochen: „Der Erwin ist abgeholt worden.“ Die herbei geeilte Elli musste bleiben. Als Zeugin.

Vielleicht waren Irmer und sein Stasi-Kollege am nächsten Tag, dem Mittwoch, 20. Dezember 1950, abends dabei, als Erich Mielke im alten Finanzministerium zwei Straßen weiter, gegenüber dem Gefängnis Magdalenenstraße, vor seinen 50 Hauptamtlichen das Glas zu Stalins 70. Geburtstag erhob. „Eiserne Disziplin in unseren Reihen“, fing er seine Rede an, „frei sein von Panik und Schwankungen, ehrlich, bescheiden, selbstkritisch, frei von Hochmut und Egoismus, die Reinheit der Partei hüten wie unseren Augapfel, bis in den Tod ein Freund der Sowjetunion, die Feinde der Sowjetunion sind auch unsere Feinde, wer zum Verräter an der Sache Stalins wird, wird vernichtet, wohin er sich auch verkriechen möge, kühn und mutig den Kampf gegen die Feinde des Fortschritts.“

Und bei Familie Jöris? Immer derselbe Satz – immer und immer wieder: „Der hat nichts gemacht, der kommt wieder.“ Vater Jöris versuchte seine Schwiegertochter zu beruhigen, dabei konnte er es selber kaum fassen. Aber Jöris kam nicht wieder. Nicht am Abend, nicht am nächsten Morgen, nicht am nächsten Tag. Alfred ging aufs Polizeirevier. Dann auf die Verwaltung in Pankow. Er schrieb an Wilhelm Pieck. Einmal, zweimal. Ein drittes Mal. Vater Jöris sprach im Volkspolizeipräsidium vor. Dann im Innenministerium, bei der Justiz in der Scharnhorsterstraße, dann in der Littenstraße. Zuletzt bei der Staatssicherheit zwei Straßen weiter. Man werde der Sache nachgehen, hieß es. Von keinem Amt hörten sie etwas.

Über Nacht verschlug es sie zu den Tausenden, die über das sphinxartige Schweigen und die ewigen Lügen auf der Suche nach ihren Verwandten fast verrückt wurden.

Gerda lief von Gefängniseingang zu Gefängniseingang, schrieb Bittbriefe, redete mit Nachbarn, klagte bei Kunden. „Wenn der schon abgeholt wird“, meinte ein Nachbar, Vopo und Parteimann, „dann muss er auch Dreck am Stecken haben.“ Aber das war die Ausnahme: „Viele weinten damals um Erwin“, berichtete sie.

Gerda klammerte sich an jeden Strohalm. Geschäfte mit dem Elend hatten Hochkonjunktur. Lange hoffte sie auf einen Detektiv, bis sie merkte, dass er hinter geschäftigen Erklärungen nichts für ihr Geld unternahm. Dann ließ sie sich von einer Zigeunerin für 50 Mark Weissagen, ihr Mann „sei an einem großen Wasser“.

Alfred stellte Irmer, den Stasivorarbeiter. „Sowjetische Ermittlungen“ – mehr wüsste er auch nicht. Nächtelang brütete Gerda über eine Nachricht, die sie auf Zigarettenpapier schreiben sollte. Vater Jöris musste für den fehlenden Sohn einen Arbeiter einstellen. Der vermutete Erwin in Hohenschönhausen, kenne einen Kollegen mit Zugang zum Sperrbezirk, der vielleicht eine Zigarettschachtel über den Zaun werfen könne. Nirgendwoher gab es ein Lebenszeichen.

Aber wer hatte Jöris denunziert? Kunden flüsterten, die „Lehne“ habe immer am Fenster gestanden. Gerda Lehne, Straßengruppenvorsitzende, gleichalt wie Erwin Jöris, Mutter zweier Kinder, wohnte im Haus der Eltern Jöris. Eine „1000-Prozentige“. Ihr Mann war im Krieg vermisst. Enthusiastisch war sie sofort nach der SED-Gründung eingetreten, hatte emsige Kreisparteischullehrgänge absolviert. Seit drei Jahren arbeitete sie als Stenotypistinnen im ZK der SED – und zwar an der Wallstraße in der Abteilung Propaganda bei Schneidewind. So zumindest vermutet Erwin Jöris heute. Gerda Lehne im Beobachtungsauftrag Schneidewinds. Belegen lässt sich das nicht. Eine Stasiakte ist nicht auffindbar. Der Vorgang „Jöris“ ging nach Moskau, wo alle Ermittlungs-Dokumente vom FSB zurückgehalten werden.

Später mühte sich Gerda Lehne zielstrebig durch die SED-Hierarchie, wurde Kaderleiterin am Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut, dann Mitglied der Parteileitung in einem Volkseigenen Betrieb. 1971 „Verdiente Aktivistin“. Auf Anfrage – heute im Altersheim in Spandau – kennt sie keinen mehr aus der Atzpodienstraße.

Nicht zu übersehen aber waren die Männer in den Lederolmänteln gegenüber dem Kohleladen. Der Eckplatz auf der anderen Straßenseite bewährte sich – egal ob unter dem Straßenschild der Stalinallee oder der Frankfurter Allee des Jahres 1933.

„Frau Jöris, gerade ist im RIAS über ihren Mann berichtet worden“, flüsterte die Blumenhändlerin aus der Hubertusstraße. In der wöchentlichen

„Suchsendung für die Opfer des SSD“ – des Staatssicherheitsdienstes. Eine Sendung der „Kampfgruppe“.

Wieso wusste man dort von der Jöris' Verhaftung? Rudi Hase hatte sich von Charlottenburg aus aufgemacht, um auf den Lichtenberger Ämter Auskunft über den Verbleib seines alten Freundes zu verlangen. In den Gängen begegnete er alten Bekannten aus dem Jugendverband, der Illegalität, den gemeinsamen Zuchthausmonaten. Ihr Schweigen und Abwimmeln ärgerte ihn derart, dass er am nächsten Tag im Büro der „Kampfgruppe“ stand.

Acht Monate und keine Auskunft, kein Zeichen, nichts. Und als Gerda wieder einmal im Kohleladen bitterlich weinte, nahm sie Frau Scheerer, die tiefgläubige Katholikin, welche ihnen einst die Wohnung angeboten hatte, beiseite. Sie würden zusammen zur „Kampfgruppe“ fahren. Vielleicht wüssten die etwas.

Freitagmorgen, 24. August 1951. Die beiden Frauen saßen in der S-Bahn, mit Kopftüchern, schweigend, Blick nach unten. Spitzel gab es genug. Zehlendorf. Bahnhof Nikolassee. So weit war Gerda noch nie in den Westen Berlins gefahren. Nach wenigen Schritten standen sie in einer ruhigen Wohnstraße mit hohen Bäumen. Ernst-Ring-Straße. Sie musste nur den Frauen, die vor ihnen gingen, folgen. Ein Kopftuchstrom. Vor der Hausnummer Nr. 3-5 standen zwei Polizisten, hinter der Mauer lag eine Villa.

Niemand redete. Auf einem Schild: „Ausweise geschlossen bei der Anmeldung übergeben“. Der Pförtner notierte schweigend die Namen, teilte Nummern zu. Im vollen Warteraum ein Schild: „Vorsicht bei Gesprächen“.

Erwin Jöris? murmelte der Sacharbeiter, schaute nach und fand keinen Vermerk. Dafür schilderte er ähnliche Fälle, Urteile, mögliche Gefängnisse. Und er ließ sich von ihnen die Verhaftungsfälle, von denen sie in Lichtenberg wussten, erzählen.

50 Angestellte trugen bis 1955 in der Such- und Zentralkartei 492.400 „verschwundene“ Personen zusammen. Vieles doppelt, manches vermutet. Die Todeslisten der Speziallager entstanden einzig mit diesem Material. Wo dem Roten Kreuz in Ost und West jede Nachforschung untersagt war, wurde Rainer Hildebrandts Schar enthusiastischer Jugendlicher für Tausende zum letzten Hoffnungsanker. Aber auch zum Begehrlichkeits- und Missbrauchsobjekt im westlichen Geheimdienstkampf. Besonders wegen der Namenskartei der 44.542 Ost-Spitzel. Glühend vor Zorn lauschten die Männer der DDR-Geheimpolizei zwei Mal pro Woche, wenn nach Mitternacht im RIAS die Namen und Adressen deutscher und russischer Spitzel verlesen wurden. Konspirativ inszeniert mit Käuzchenruf, drei kurzen und einem langen Paukenschlag, wie beim deutschen BBC

der Kriegsjahre. Und dann betont sachlich. Zu empfangen in ganz Ostdeutschland. Die Angaben mussten durch drei unabhängige Quellen bestätigt sein. Über tausend Namen veröffentlichte man so in all den Jahren. Nur zwanzig schienen nicht zu stimmen. Für die Männer in der Magdalenenstraße wurde die Villa in Zehlendorf zur Feindzentrale schlechthin. Von den 941 Besuchern im November 1951, als Gerda dort war, kam jeder fünfte in ihrem Auftrag.

Bruder Alfred wandte sich wieder an Wilhelm Pieck. Und auch ein drittes Mal bekam er keine Antwort. Aus Protest trat er aus der SED aus. „Die Frau und die Eltern sind mit den Nerven herunter“, schrieb er im November 1952 an die Redaktion der *Berliner Zeitung*, die wie der *Berliner Rundfunk* mit Anfragen überschwemmt wurde, da sich keine Stelle für zuständig erklärte. „Bis heute, also fast nach zwei Jahren, wissen die Angehörigen noch nicht einmal, wo der Mann, Sohn und Bruder ist. Nach der Verfassung der DDR und nach dem neuen Strafgesetzbuch § 143 sind die Angehörigen innerhalb von 24 Stunden zu benachrichtigen. Stellen Sie sich doch einmal diese seelischen Qualen vor, einmal für die Angehörigen und schließlich für den Inhaftierten selbst, der ja von der Welt abgeschnitten irgendwo schmachtet. Das ist ja bald unfassbar. So etwas dürfte es doch in einem demokratischen Staat überhaupt nicht geben.“ – Da war nicht mehr viel von der anfänglichen DDR-Hoffnung.

Die Redaktion fragte in der Stasi-Zentrale an, was dem Leserbriefschreiber zu raten sei. Eine Antwort blieb aus. Noch zwei Mal hakte die Zeitung hartnäckig nach. „Nach Rücksprache mit Gen. Generalmajor Last soll diesbezüglich nichts veranlasst werden. Karoos“, ist auf der Rückseite der letzten Anfrage vermerkte. Der Briefwechsel hat – wie bei so vielen verzweifelten Angehöriger – in den MfS-Akten überlebt. Aber selbst, wenn es eine Bereitschaft zur Auskunft gegeben hätte, wäre von hier nichts zu erfahren gewesen. Die sowjetischen Organe ließen die deutsche Verwaltung ebenso im Ungewissen wie die Verwandten.

„Es war nicht einfach für mich nach unserer Geschichte in der DDR“, meinte Gerda Jöris lapidar. Das Alltags-Zermürende für die Frau eines „Volksverrätters“. 40 Mark Miete, 60 Mark Verdienst in der Kohlehandlung. Dazu der Blumenladen. Sie bewarb sich um eine Neubauwohnung in der Pfarrstraße. Die könne sie haben, wenn sie sich von ihrem Mann trenne. Als ihre Vermieter, Herr und Frau Blume, ins Altersheim zogen, konnte sie die Wohnung nicht übernehmen, sollte stattdessen als Untermieterin zu einem Mann, zu dem sie auf keinen Fall wollte. Aber sie fand nichts anderes.

Also fuhr Woldemar Jöris mit dem Laster seines Fuhrunternehmens vor. Die Brüder schleppten die Möbelstücke nach unten. Gerda trug alte Koffer,

während sie versuchte die Fassung zu wahren. Da trat Ernst Speckmann aus seiner Eisdiele. Gerda tat ihm leid. Sie könne zu ihnen kommen.

So zog Gerda ins Eckhaus Stalinallee Ecke Magdalenenstraße, in den dritten Stock. Es war eine glückliche Lösung: ein größeres Zimmer, 30 Mark Miete, Benutzung der Küche und Stube, und Speckmanns waren fast immer in der Eisdiele. Abends brachten sie Obst mit.

Unten im Haus war die alte Magdalenen-Apotheke. Gegenüber auf der Ecke ein HO, dessen Räume zuvor das Kasino zur Sowjet-Kommandantur der Schottstraße beherbergt hatten. Vermutlich verkehrten die Offiziere, die für die Verhaftung von Erwin Jöris entscheidend waren, hier. Daneben lag ein Jugendheim der Freien Deutschen Jugend, in dem auch dessen Vorsitzender, der Dauerjugendliche Erich Honecker, auftauchte. Darüber das Polizeirevier 251, dessen Einsatzwagen im Hausflur der Nummer 2 stand.

Am Morgen lief sie unter den alten Ahornbäumen der Magdalenenstraße zum Blumenladen, vorbei am Trümmergrundstück der alten Post, am Schaufenster des Versammlungslokals der SED, entlang am ehemaligen Finanzamt, vorbei an den uniformierten Doppelposten der Einfahrt. Sie übersah nicht die schwarzen EMW-Limousinen in den Hof rollen und die Männer mit den Ersatzledermänteln. Sie wussten von den immer neuen „Behördenangestellten“, die in die umliegenden Wohnungen zogen. Referate wurden ausgebaut, auch jenes zur „Kampfgruppe“, Besucher-Überwachung. Auch die „Obfrau“ im Haus interessierte sich für alles, was die Frau des „Volksverräters“ machte. Gerda war das alles egal. Ihr Interesse galt einzig und allein der rechten Straßenseite, dem grün getünchten, hohen Zaun gegenüber. Sie sah nicht hoch zu den stoischen Posten in ihren Wachtürmen, die keinen zu beachten schienen, aber nachts beim kleinsten Geräusch die Magdalenenstraße mit Scheinwerfern ableuchteten. Ihr Blick hing immer an den Fenster-Sichtblenden der Gefängnisfassade. „Ob er wohl hinter einem dieser Bleche ist?“

Und der weitere Lebensweg? Jöris überlebte fünf Jahre im Gulag – in der Arbeitsbrigade mit einem nationalsozialistischen KZ-Bewacher. Adenauers Moskau Besuch 1956 beendete die Haft der letzten Deutschen in der Sowjetunion. Zurück in Ostberlin floh er mit seiner Frau nach Westdeutschland. Seit 1957 lebt er in Köln und arbeitete jahrzehntelang als Vorarbeiter eines Kühlhauses. Am 5. Oktober 2012 feierte er seinen 100. Geburtstag.

Andreas Petersen, „Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris, 520 Seiten mit DVD, marixverlag, Wiesbaden 2012.

Vortrag Der Aufbau der Sicherheitsorgane im Osten Deutschlands (1945–1955/56), Dr. Jan Foitzik (Berlin)

Vorbemerkung

Im Zentrum des Interesses stehen weniger die Staatssicherheitsorgane in ihrer Gesamtheit, sondern vorrangig ihre Funktion im System der totalitär verfaßten Diktatur. Mit anderen Worten geht es vor allem um den geheim-polizeilichen Aspekt ihrer Tätigkeit. Obwohl das Thema recht gut erforscht ist¹, bleibt generell auf die Folgen des allgemeinen geheimdienstlichen Prinzips „Deckung geht vor Wirkung“ hinzuweisen. Dieser ressortspezifische Arbeitsgrundsatz schlägt sich auch in den archivalischen Quellen nieder. Spezielle Probleme der amtsinternen Aktenführung sind damit noch gar nicht berührt. So ist beispielsweise zu beachten, daß die Aktenbildner selbst aufgrund der Dienstvorschriften nicht viel wußten oder nicht alles, was sie wußten, wahrheitsgemäß verschriften durften bzw. die behördliche Aktenhinterlassenschaft immer auch vor dem Hintergrund sowohl der internen Archivierungsvorschriften als auch der geschichtspolitischen Imagebildung analysiert werden muß. Dienstbedingt selektiv erinnern auch ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (weiter: MfS) ihre Vergangenheit, so daß man dazu zugespitzt bemerken könnte, daß auch die Geschichtsschreibung über Geheimdienste ein Teil ihrer Deckung sein kann.

Das zweite methodische Problem betrifft die Übertragung russischer Maßstäbe auf deutsche Verhältnisse und umgekehrt. Ein sehr komplexes und schwieriges Thema. Die institutionelle und funktionelle Analogie zwischen der sowjetischen und der ostdeutschen Staatssicherheit, von der üblicherweise ausgegangen wird, ignoriert jedoch das eigenständige sowjetische Sicherheitsinteresse in Deutschland. Dieses stützte sich auf eine eigene Sicherheitsarchitektur, deren Details bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Konkret geht es hier insbesondere um die sicherheitspolitische Funktion der Besatzungstruppen: Sie ist 1952 zweifellos gewachsen; in diesem Jahr wurde beispielsweise auch die Deutsche Grenzpolizei aus der Zuständigkeit der Besatzungstruppen, unter deren Oberbefehl sie bis dahin stand, in das MfS eingegliedert. Noch nicht einmal berührt sind damit etwa Fragen nach der Funktion der internen Kommunikationsnetze der ostdeutschen Verwaltung und der separaten Polizeikommunikationsnetze als Instrumente sicherheitspolitischer Überwachung. Diese Kommunikationsnetze sind nach 1945 eben-

1 Vgl. vor allem: Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006; alle zentralen Titel werden genannt in: Foitzik, Jan/Petrow, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953, Berlin 2009, S. 49–50.

falls von der Besatzungsarmee aufgebaut worden. Und ob der 1955 in der DDR errichtete einheitliche Zentrale Kurierdienst wie sein Vorläufer in die Kompetenz der „Sicherheitseinrichtungen“ fiel, ist nicht einmal bekannt.

In ihrer geschichtspolitischen Inszenierung legen MfS-Veterane großen Wert auf die angebliche „Selbständigkeit“ und „Emanzipation“ des MfS vom „großen Bruder“. Stalins Tod 1953 gilt dabei als Zäsur: „Kooperation“ habe die „Subordination“ abgelöst.² Als Beleg für die eigene „Leistungsfähigkeit“ dient die angeblich erfolgreiche Westspionage.³ In Wirklichkeit handelt es sich aber um ein Feigenblatt für die politische Repression im Inland, von der sie ablenkt. Buchstabengläubige Historiker setzen das Handwerk manchmal fort, ohne zu prüfen, ob die archivierten oder veröffentlichten „geheimen Informationen“ auch tatsächlich stimmen. Es war nämlich sehr viel dummes „Hühnerfutter“ („chicken food“) dabei, das nur als „ideologisch richtig“ laut begackert wurde, was die „Kerle drei Meter groß“ wirken läßt, – mit dieser sachlichen Einschätzung bremste in den 1960er Jahren der Chef des britischen Geheimdienstes seine Spionageabwehr.

Spezialisten, wie Gieseke⁴, aber auch Wollé und Mitter, Nikita Petrow oder Markus Wolf, lassen die Aufbauphase der „DDR-Staatssicherheit“ im Jahr 1953 enden. Danach sei das MfS nur ausgebaut und verfeinert worden, hieß es einmal aus der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die ostdeutschen Papiere erwecken tatsächlich den Anschein, daß die DDR-Staatssicherheit 1953 definitiv als Vollstreckungsorgan der SED etabliert wurde: Das 1953 erarbeitete Statut und die 1953/54 durchgeführte Reorganisation der SED-Parteioorganisation in der DDR-Staatssicherheit übertrug die Verantwortung für die parteipolitische Arbeit in den MfS-Dienststellen den zuständigen territorialen SED-Leitungen. An der Spitze waren 1953 mit der „Abteilung für Sicherheitsfragen“ des ZK der SED und der „Sicherheitskommission des Politbüros“ Lenkungsgremien geschaffen worden, deren Fäden der Erste Sekretär der SED Walter Ulbricht in der Hand behielt.⁵ Die SED übernahm damit *pro forma* die frühere Führungskompetenz der sowjetischen Staatssicherheit. *Pro forma* auch deshalb, weil Mielke 1948 mit dem Satz: „Gute [...] Deklarationen [...]

2 Stellvertretend: Großmann, Werner/Schwanitz, Wolfgang (Hg.): Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde, Berlin 2010.

3 Stellvertretend: Eichner, Klaus; Schramm, Gotthold: Konterspionage. Die DDR-Aufklärung in den Geheimdienstzentren, Berlin 2010.

4 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt, Berlin 2000, S. 86.

5 Schumann, Silke: Die Parteioorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit Berlin 1950–1957. Aufbau und Tätigkeitsfelder. Hausarbeit Humboldt-Universität zu Berlin, 1996, S. 32–33, S. 44, S. 64.

sind nur der Anfang der Sache, denn sie bedeuten lediglich den Wunsch [...]“ richtig Stalin zitierte⁶, außerdem stand damals noch die SED samt ihrem Politbüro unter der Detailkontrolle der Besatzungsmacht⁷. Die Rechnung mit der zäsurbildenden Wirkung von Stalins Tod geht nicht auf, wenn man den gesamten Aufbauprozeß beachtet. Daher setze ich die „weiche“ Zäsur erst mit dem Jahr 1955/56 fest. Dies vor allem aus zwei Gründen: **Erstens:** erst Ende 1955 gewann die innere „Staatssicherheitsarchitektur“ der DDR ihre spätere Kontur, als man dem MfS auch die operative Tätigkeit der Volkspolizei unterstellte. Auf der Volkspolizei lastete nämlich damals noch der Hauptteil der Ermittlungstätigkeit in politischen Sachen.⁸ **Zweitens** aus formalen völkerrechtlichen Gründen, denn erst im September 1955 wurde das Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aufgelöst. Ihm oblag „die Vertretung der Interessen der Sowjetunion in Deutschland und die Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der DDR“.⁹ Weitere völkerrechtliche Aspekte, insbesondere der Sonderstatus von Berlin, müssen hier zur Seite geschoben werden. Das sowjetische Vertrauen in die SED war übrigens so gering, daß 1954 auf einen DDR-Volkspolizisten acht Schuß Munition im Jahr entfielen.¹⁰

Da ich nicht auf alle Aspekte des Aufbaus der DDR-Staatssicherheit eingehen kann, skizziere ich zunächst schematisch den sowjetischen Apparat als „Lehreinrichtung“, dann in drei Schritten die ostdeutschen Strukturen.

-
- 6 So Stalin am XVII. Parteitag der WKP(B) 1934, in: Stalin, J. W.: Fragen des Leninismus, Moskau 1946, S. 577, zitiert nach: Mielke, Erich: Personalpolitik in der Verwaltung, in: Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948, S. 60. – Mielke, Erich (1907–2000), 1927 KPD, 1931 Flucht in die UdSSR, 1946–49 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern, 1949/50 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft des Mdl, 1950–53 Staatssekretär im MfS, 1953–55 stellvertretender Staatssekretär, 1955–57 stellvertretender Minister und 1957–89 Minister für Staatssicherheit; ab 1971 Kandidat und 1976–89 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 1980 Armee-General; 1993 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, 1995 vorzeitig auf Bewährung entlassen.
- 7 Vgl. hierzu: Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–54, München 2012, S. 78–79.
- 8 1955 „bearbeitete“ die Volkspolizei mit 5.618 noch doppelt so viele Personen wegen sogenannter Staatsverbrechen als das MfS mit 2.784. Vgl. Herbstritt, Georg: Die La-geberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989. Eine Chronik der Wende im Bezirk Neubrandenburg. Mit einem Anhang: Studie über das Verhältnis von Volkspolizei und Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die mecklenburgische Landeskirche. Schwerin 1998, S. 249.
- 9 Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Bd. 1. Berlin (Ost) 1957, S. 319–320.
- 10 ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen/Aktennotiz vom 9. Jan. 1954, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (weiter: SAPMO BArch) DY 30/IV 2/12/119, Bl. 1–9.

Außer Acht bleibt dabei vor allem die sogenannte „Parteiinformation“, also das innerhalb der SED bestehende politische Informationssystem. 1953 hieß es dazu: „Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, seine Grundorganisation über alle wichtigen Fragen und Ereignisse zu informieren“. Die regulären Monats- und die außerplanmäßigen operativen Meldungen liefen bei den 2. Sekretären der Kreis- und Bezirksleitungen ein, die für die ständige Verbindung zu regionalen Dienststellen des MfS zuständig waren.

Der sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ/DDR

Schon im Mai 1945 waren Einheiten des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) in der SBZ befohlen worden, „die örtlichen [d. h. die deutschen – J. F.] Machtorgane [als Informantennetz] zu nutzen, wobei alle eingehenden Informationen ständig durch Agenten zu überprüfen sind“.¹¹ „In [...] deutschen Einrichtungen [...] angeworbene Agenten [waren] in Führungspositionen zu bringen, um von ihnen nicht nur gegenwärtig, sondern auch in Zukunft [...] Dokumente und andere nachrichtendienstliche Informationen zu bekommen.“¹²

Laut Nikita Petrow entstand die ostdeutsche Staatssicherheit als direkter Ableger der sowjetischen Staatssicherheit. 1950 verfügte der sowjetische Apparat in der DDR über etwa 4.000 besetzte Stellen, damit mehr als die reguläre Besatzungsverwaltung; noch 1953 verfügte er über mehr als 2.000 Stellen. Bis 1955 wirkte der sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ/DDR **unmittelbar** als Verfolgungsorgan für „antisowjetische Handlungen“, also für Spionage und für politische Delikte, und **mittelbar** durch die ihm unterstellten ostdeutschen Polizei- und Sicherheitsorgane. Der Chef der „Sicherheitsinspektion“, wie er offiziell hieß, war schon ab 1950 dem Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen unterstellt und fungierte als dessen Stellvertreter. Was das im Detail bedeutete, ist nicht bekannt. Hier soll nur generell festgehalten werden, daß die Aufstellung der sowjetischen Sicherheitsdienste in der SBZ/DDR komplexer war als gewöhnlich angenommen wird. Verflochten war der sowjetische Sicherheitsapparat mit den Besatzungstruppen im Bereich Grenzpolizei oder auch der Kasernierten Volkspolizei, für deren Spionageabwehr „so-

11 Mitteilung des amtierenden Kommandeurs des 157. Grenzregiments der NKWD-Truppen Oberstleutnant Mokryschew an den Stab der NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der 1. Belorussischen Front über die Auswertung der Direktive Nr. Sch1-001326 des Truppenstabs vom 21. Mai 1945 und die Erweiterung des Agentennetzes vom 27. Mai 1945, in: Foitzik/Petrow, *Die sowjetischen Geheimdienste* 2009, S. 212-213.

12 Schreiben des Volkskommissars der Staatssicherheit der UdSSR Merkulow an den Volkskommissar des Innern der UdSSR Berija über die Aufgaben der tschechistischen Organe in Deutschland vom 19. Juni 1945, in: Ebda, S. 215-216.

wjetische Sicherheitsberater" aus den Besatzungstruppen zuständig waren¹³, bzw. im Bereich Zollverwaltung mit den bis 1957 in der DDR stationierten sogenannten Inneren Truppen des sowjetischen Staatssicherheits- bzw. Innenministeriums. Dabei herrscht Unklarheit über die Kommunikationsstrukturen (Post, Telefon), die ursprünglich ebenfalls in die Kompetenz der Armee fielen und bis 1949 unmittelbar durch Moskauer Sonderbehörden überwacht wurden. Wenn man davon absieht, daß die Dienststellen des MfS der DDR vom sowjetischen Apparat weisungsabhängig waren, blieben die Kompetenzen und Tätigkeitsbereiche zwischen beiden Sicherheitsdiensten nach Bildung der DDR nur vage abgegrenzt. Dies steigerte lediglich ihre terroristische Effizienz, weil es ihnen erlaubte, sich wechselseitig zu entlasten. In diesem Dunkelfeld kam es vor, daß das MfS sogenannte politische Gegner verhaftete und an den sowjetischen Dienst auslieferte, wobei keiner der Dienste eine entsprechende Akte anlegte. Belegt sind in diesem Dunstkreis sogar Todesfälle, deren genaue Umstände anhand der Aktenlage nicht mehr geklärt werden können.

Nach Stalins Tod beließ Berija nur 328 Mitarbeiter des sowjetischen Innenministeriums in der DDR. Nach dem 17. Juni 1953 wurden die Planstellen verdoppelt und der Vertretung wieder das Recht eingeräumt, die DDR-Staatssicherheit „unmittelbar zu kontrollieren“ und anzuleiten.¹⁴ – Diese ältere Deutung beruht wohl auf einer Desinformation, weil – wie schon erwähnt – „die Überwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der DDR“ noch bis September 1955 generell dem Hohen Kommissar der UdSSR in Deutschland zustand und damals nachweislich sogar das Politbüro der SED noch präventiv penibelst kontrolliert wurde. – Nach deutscher Aktenlage verfügte der sowjetische Apparat 1953/54 über 56 Planstellen für „Berater“ in Berlin und 161 weitere für die DDR-Bezirke.¹⁵ Im November 1958 wirkten beim MfS der DDR noch 76 Berater und 20 Dolmetscher des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (weiter: KGB)¹⁶, davon jeweils zwei bis drei Berater bei jeder Bezirksverwaltung¹⁷. 1958/59 wurde der sowjetische Apparat auf 32 Verbindungsoffiziere des KGB reduziert. Die entsprechende Quelle ist jedoch in zwei unter-

13 Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Baden-Baden 1995, S. 297–361, hier S. 302.

14 Petrov, Nikita: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953). Eine historische Skizze, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato, Bd. 1, Berlin 1998, S. 143–157, hier S. 155.

15 Petrov, Nikita: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland, Berlin 2010, S. 49.

16 Mielke MfS/Otto Schön – Büro des Politbüros/13. Sept. 1958, in: SAPMO BArch DY 30/3675, Bl. 122–123.

17 SAPMO BArch DY 30/3675, Bl. 124–127.

schiedlich datierten Fassungen überliefert, wobei weitere Zweifel an ihrer Rechtsverbindlichkeit bestehen. Dies ist hier jedoch unerheblich. Interessant ist vielmehr, daß die „Berater“ bzw. „Verbindungsoffiziere“, wie sie in ostdeutschen Unterlagen genannt wurden, in russischen Quellen „leitende KGB-Offiziere bei den Bezirksverwaltungen“ der DDR-Staatssicherheit¹⁸ hießen. Außerdem führte die DDR für den Unterhalt des 217 Mann starken KGB-Apparats in der ersten Hälfte der 1950er Jahre jährlich 28,1 Millionen Mark ab¹⁹. Die Summe stammt aus russischen Quellen, die Stärkezahlen aus deutschen: Allein schon die Kosten von 130.000 DM pro Mann/Jahr weisen darauf hin, daß nicht alle Zahlen stimmen. Die Reduktion der sowjetischen Sicherheits-„Berater“ spiegelte jedoch einen allgemeinen Trend: Auch in der Tschechoslowakei sank ihre Zahl von 50 (1957) auf 18 (1959) und schließlich 1962 auf zehn.²⁰ Die Lesart, daß die „Berater“ keine Weisungskompetenz gegenüber dem MfS mehr hatten und die KGB-Residentur in Karlshorst mit zuletzt 800 bis 1.200 Mitarbeitern lediglich Spionage nach Westdeutschland betrieben hätten²¹, beruht auf Selbstauskünften von MfS-Veteranen. Man kommt bereits zu anderen Schlußfolgerungen, wenn man deren „Erinnerungen“ zweimal liest, denn auch von Befehlen Moskaus ist darin durchaus die Rede.²² Nebenbei wird auch die vom MfS übernommene sowjetische

18 Petrov, Geheimdienstmitarbeiter 2010, S. 60.

19 Mitteilung des Außenministers der UdSSR W. M. Molotow [an das ZK der KPdSU] über die Notwendigkeit der Beseitigung einiger Besatzungsinstitutionen in der DDR/28. Mai 1956, in: Fursenko, A. A.: Presidium ZK KPSS 1954–1964, tom 2, Moskwa 2006, S. 324–327, hier S. 325, und Beschluß des ZK der KPdSU vom 16. Juni 1954 [sic!], in: Ebda., S. 327. – Außerdem leistete die DDR die gleiche Summe für die personell wesentlich stärkeren „Inneren Truppen“ des MWD.

20 Koudelka, Frantisek: Statni bezpecnost 1954–1968, Praha 1993, S. 165.

21 Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Herausgegeben im Auftrag der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik von Roger Engelmänn, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkler, Arno Polzin, Walter Süß, Berlin 2011, S. 56.

22 Laut: Großmann, Werner/Schwanitz, Wolfgang (Hg.): Fragen an das MfS. Auskünfte über eine Behörde, Berlin 2010, S. 68, waren bis 1960 sowjetische Chefberater und Instruktoren des KGB beim Minister, in den wichtigsten Hauptabteilungen, selbständigen Abteilungen, in den Bezirksverwaltungen sowie in den Kreis- und Objektdienststellen des MfS tätig. Bis zum Staatsvertrag von 1955 hätten sie Weisungsrecht und eingeschränkte Einsicht in operative Dokumente besessen. Laut Stationierungsvertrag von 1957 war das MfS auch für die Außenabsicherung der Einrichtungen der sowjetischen Truppen in der DDR zuständig. Verfügt wurde dies aber regional erst 1962 (laut: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (weiter: BStU-Archiv), Bezirksverwaltung Leipzig/Leitung 01215) bzw. 1963 (laut MfS-Dienstanweisung Nr. 3/63 vom 1. Juni 1963, in: BStU-Archiv, Archiv der Außenstelle Chemnitz/XVIII/2382). Außerdem bleibt unklar, wie der Truppenschutz zwischenzeitlich gewährleistet wurde.

Methodik der geheimdienstlichen Geschäfts- und Aktenführung gestreift. Wenn man diese Verfahrensaspekte vertieft, kommt man nicht umhin festzustellen, daß diskrete Formen der Kontrolle und Lenkung bereits in die administrativen Routinevorgänge im MfS integriert waren. In diesem Zusammenhang stellt etwa die im Sommer 1948 bei der Polizei eingezogene organisatorische Sonderstruktur der „politischen Kultur“, die „in engster Zusammenarbeit und gestützt auf die Sowjetunion [...] den Willen der fortschrittlichen demokratischen Kräfte“ zu vollstrecken hatte²³, in dem in der Tiefe breit gestaffelten Kooperationsverfahren nur einen Nebenaspekt dar.

Glaubt man den Statistiken, dann haben deutsche Staatssicherheitsorgane erst 1952 in der DDR mehr Personen verhaftet als die sowjetischen.²⁴ Von 1947 bis 1953 verhaftete das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (weiter: MGB) in der SBZ/DDR nach – sehr unvollständigen – amtlichen Statistiken 16.137 Deutsche, mit Ausnahme von 195 Personen ausnahmslos wegen „antisowjetischer Tätigkeit“²⁵. Die Statistiken sind wegen der Namensänderung der „Organe“ unvollständig: Ab 1953 war wieder das sowjetische Innenministerium zuständig, das allein in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1953 in der DDR 3.361 Personen verhaftete (zum Vergleich: das MfS 909 Personen)²⁶. In den Jahren 1945 bis 1949 waren in der SBZ durch Sicherheitsdienststellen der Besatzungsmacht nach amtlichen sowjetischen Angaben 122.700 und nach neueren Erhebungen 154.000 Deutsche interniert worden, etwa 43.000 von ihnen starben in der Haft.²⁷ Gerichtet waren diese Maßnahmen gegen frühere „Aktivisten

23 Aufgabenstellung für die Leiter für politische und kulturelle Arbeit in der Polizei. Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 95 (II) der Sitzung des Zentralsekretariats des PV der SED vom 19. Juli 1948, in: „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Hg. und eingeleitet von Günther Glaser, Frankfurt/M. 1995, S. 143–147, hier S. 144.

24 Das sowjetische MGB verhaftete in der DDR 1951 1.604 und 1952 608 Deutsche. Das MfS verhaftete in den ersten elf Monaten des Jahres 1952 2.625 „Spione, Diversanten, Terroristen und Saboteure“. Vgl. Petrow, Nikita: Po scenariju Stalina. Rol organow NKWD-MGB SSSR w sowetisazii stran Zentralnoi i Wostotschnoi Ewropy 1945–1953, Moskwa 2011, S. 160.

25 In der Statistik sind ganz offensichtlich die nach dem 17. Juni 1953 Verhafteten nicht berücksichtigt, die streng genommen nicht mehr vom MGB, sondern vom MWD festgenommen wurden. Angaben nach: Mosochin, O. B.: Prawo na repressii. Wnesudebnyje polnomotschija organow gossudarstwennoi besopasnosti (1918–1953). Moskwa 2006, S. 383–468. – Danach wurden vom MGB in der SBZ/DDR 1947 4.450, 1948 4.215, 1949 2.908, 1950 2.091, 1951 1.604, 1952 608 und 1953 261 Deutsche verhaftet.

26 Sokolowski-Semjonow/ Molotow-Bulganin/Telefonogramma po WTsch iz Berlina, 18. Juni 1953, in: Archiw wneschnei politiki Rossijskoi Federazii, d.i. Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau (weiter: AWP RF) 082/41/93/280, Bl. 11–12.

27 Plato, Alexander von: Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland, in: Mironenko, Sergej u.a. (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1, Berlin 1998, S. 19–75, hier S. 54.

der NS-Bewegung", „Kriegsverbrecher" und auch schon gegen „andere Aktivisten des Faschismus" und „Kriegsinteressenten" – diese Kategorien waren nur vage definiert und damit rechtsmißbräuchlich auslegbar.²⁸ Dies traf auch auf den „Antisowjetismus" zu: Die strafrechtliche Tabuisierung des Verhältnisses zur Besatzungsmacht diente neben dem ebenso unspezifischen „Faschismusvorwurf" als Hebel der politischen Disziplinierung, zumal sich die politische Diskussion in der SBZ/DDR nur um ein einziges Thema drehte: die Politik der Besatzungsmacht.

Deutsch-russische Melange als Ursprung der deutschen Staatssicherheit

Die Entwicklung der ostdeutschen Strukturen verlief aufgrund von Kompetenzkonflikten zwischen Deutschen und Russen, zwischen diktatorischen Zentralisierungsbestrebungen und aus den Ländern kommenden rechtsstaatlichen und föderalistischen Widerständen sehr unförmig. Dabei entstandene Unklarheiten und Unebenheiten harmonisierte ich nicht immer, denn grundsätzlich bleibt zu beachten, daß es sich bei der „Staatssicherheit" nicht um ein isoliertes bürokratisches Phänomen handelte, sondern dabei immer die gesamte Konstruktion der totalitären Diktatur zu berücksichtigen ist. Der Aufbau vollzog sich in drei Phasen:

1. Ab Frühjahr 1945 waren auf der lokalen Ebene „antifaschistisch eingestellte" Personen als „Informatoren" der Besatzungsmacht zu gewinnen, um die Stimmung der Bevölkerung auszuforschen.²⁹ In Ost-Berlin waren dafür 1948 400.000 RM eingeplant.³⁰ Mit der „Beobachtung des politischen Verhaltens" der Bevölkerung war auch die unter der Leitung der sowjetischen Ortskommandanten stehende deutsche Polizei beauftragt. Das war zwar völker- und besatzungsrechtlich ausdrücklich verboten, doch dies kümmerte niemand.

Initiativ waren auch deutsche Kommunisten. Nach Kriegsende riefen sie den „KPD-Abwehrdienst" wieder ins Leben. Innerhalb der Kaderabteilung war 1945 „auf Wunsch der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland" (weiter: SMAD) ein Informationsdienst „zur Erforschung der Stimmung der Bevölkerung" geschaffen worden. Von dessen Existenz erfuhr der aus der SPD kommende Mitvorsitzende der SED Grotewohl erst im März 1947 aus der Westberliner Presse und ordnete des-

28 Vgl. dazu: Die Wahlordnung für die Gemeinde- und die Landtags- und Kreistagswahlen in der SBZ ist abgedruckt in: Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle [1947], S. 28-44 und S. 47-65.

29 Entwurf/Weisungen der Militärräte der Fronten, der Militärräte der Armeen/[o.D.], in: AWP RF 457a/1/13/2, Bl. 111-116.

30 Gossudarstweny archiw Rossijskoi Federazii, d.i. Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau (weiter: GARF) R-7317/8/61, Bl. 28-30.

sen „sofortige Beseitigung“ an³¹. Ebenfalls aufgrund einer mündlichen Weisung des Chefs der SMAD Marschall Schukow entstanden bei den Landesverwaltungen deutsche Nachrichten- oder Informationsämter mit nachgeordneten Kreisdienststellen. 1947 hielt man auch schon in westdeutschen Industriezentren „ein möglichst lückenloses Netz von Vertrauensleuten und Informatoren für unerlässlich“.³² Ursprünglich sollten in den Nachrichtenämtern nur KPD-/SED-Mitglieder beschäftigt werden, was aber wegen der dünnen Personaldecke nicht machbar war; so hielt man wenigstens nach Möglichkeit Mitglieder der „Blockparteien“ fern. Anfang 1947 entstand beim Parteivorstand der SED ein „Hauptreferat „Widerstandsbewegung“ mit Filialen in den Ländern. Es sammelte Erinnerungsberichte zur „Parteigeschichte in der Illegalität“³³, die als Grundlage für sicherheitspolitische Personalüberprüfungen in der SED dienten.

Gleichzeitig entstanden zahlreiche Einrichtungen, die aus völkerrechtlichen Gründen als Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht legalisiert waren, aber deutsche Mitarbeiter beschäftigten. Oder als deutsche Einrichtungen unter sowjetischer Leitung standen. Die Beschäftigten durchliefen oft mehrere solche Einrichtungen, um ihre fachliche und politische Eignung zu prüfen. Dann wurden solche Organisationen aus der direkten Abhängigkeit der Besatzungsmacht entlassen und als deutsche Dienststellen profiliert. Ein frühes Beispiel bietet etwa die „Berliner Zeitung“, ursprünglich ein Blatt der sowjetischen Armee. Im September 1945 beantragte die Zeitung die Genehmigung zur Bildung einer „Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Dokumente“, um im Auftrag des ZK der KPD Dokumente aus der NS-Zeit zu sammeln. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, „an deren Spitze unsere Leute stehen“, sollte zu einem Drittel dem Berliner Magistrat, der „Berliner Zeitung“ und der „Deutschen Volkszeitung“, dem Zentralorgan der KPD, gehören, um „eine Mehrheit des Magistrats zu verhindern“.³⁴ Schukow stimmte zu. Ob diese Einrichtung mit der am 1. März 1946 in Berlin gebildeten „Zentralstelle für Zeitgeschichte“ identisch war, die im September 1946 vom Magistrat bevollmächtigt wurde, NS-Material zu sammeln und bei Bedarf Überprüfung von Personen vorzunehmen³⁵, läßt sich nicht

31 SED-Provinz Sachsen/Zentralsekretariat der SED/Halle, den 24. März 1947, in: SAPMO BAArch, Zentrales Parteiarchiv/Nachlaß Grotewohl/305, Bl. 88.

32 Landesregierung Sachsen/Expose: Das (neue) Landesnachrichtenamt und seine Aufgaben vom 5. Dez. 1947, in: BStU-Archiv, AS 299/66, Bl. 273.

33 Groehler, Olaf: Zur Genesis der Widerstandsforschung in der SBZ und in der DDR, in: Jansen, Christian/ Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd (Hg): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, S. 506-516, hier S. 511.

34 Berliner Zeitung/Generalleutnant Bokow/7. Sept. 1945 sowie Bericht von Major Wolkow vom 13. Sept. 1945, in: AWP RF 457a/1/10/2, Bl. 53-54.

35 Groehler, Olaf: Zur Genesis der Widerstandsforschung in der SBZ und in der DDR 1995, hier S. 508.

feststellen. Auch nicht, ob die im Bundesarchiv überlieferten Materialien des Innenministeriums der DDR auf deren Vorarbeiten zurückzuführen sind: Sie enthalten zwar vier Millionen Namen von „NS-Belasteten“, das „Belastungsmaterial“ sei allerdings so unprofessionell zusammengestellt, daß es für historische Forschungszwecke nicht benutzbar ist. Aus politischen Gründen traut sich aber niemand, dieses wertlose Archivmaterial kassieren zu lassen.

Viele archivalische Spuren lassen sich gar nicht einordnen. Beispielsweise ein durch den Geheimbefehl der SMAD im November 1946 geschaffenes „deutsches Büro zum Studium der Presse“, dessen 113 deutsche Mitarbeiter aus deutschen Haushalten zu finanzieren, aber der Propagandaverwaltung der SMAD zu unterstellen waren.³⁶ Oder ein mit 250 Planstellen ausgestattetes „Büro für Aufklärung und kulturellen Aufbau“, das ebenfalls die Ausforschung der Stimmung der Bevölkerung betrieb. Formell war es der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zu unterstellen, tatsächlich hatte es aber nach Weisungen des Sekretariats des Parteivorstands der SED zu arbeiten.³⁷

Mehrere institutionelle Metamorphosen machte das Informationsbüro der SMAD, auch Sowjetisches Nachrichtenbüros (weiter: SNB) genannt, durch, das an „Informationen über politische und ökonomische Fakten in allen vier Besatzungszonen“³⁸ interessiert war. 1946 beschäftigte es 184 sowjetische Mitarbeiter sowie deutsche Korrespondenten. Es handelte sich um „Antifaschisten“, wobei „die wichtigsten Informationen über die innenpolitische Lage in Berlin durch Menschen gemacht werden, die in der UdSSR geschult worden sind“³⁹, hieß es im Bericht nach Moskau. In der Berliner Zentrale waren 1946 31 deutsche Mitarbeiter beschäftigt, sie verdienten zwischen 400 und 1.500 RM im Monat und erhielten zusätzlich Lebensmittel.⁴⁰ 1947 wurden 245 Planstellen für Deutsche genehmigt.⁴¹ Filialen bestanden in den Ländern, größeren Städten und in den Kreisen.⁴² Mit der Lizenzierung des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“

36 SMAD-Befehl Nr. 0361 vom 30. Okt./4. Nov. 1946, in: GARF R-7317/7s/27, Bl. 294–297. – Entlang der deutschen Überlieferung wurde rekonstruiert, daß die „Zentralstelle für Zeitgeschichte“ 1947 mit dem „Institut für Publizistik“ zusammengelgt wurde.

37 Tjulpanow/Semjonow/5. Nov. 1948, in: AWP RF 457a/5/7/28, Bl. 213–214.

38 Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im 1. Quartal 1946, in: GARF R-7317/7/33, Bl. 1–192, hier Bl. 14.

39 Ebda., Bl. 15.

40 SMAD-Befehl Nr. 48 vom 12. Feb. 1946 mit Anlagen, in: GARF R-7317/8/36a, Bl. 61–63.

41 Stabschef der SMAD Generalleutnant Dratwin/Planstellenverzeichnis des Informationsbüros der SMAD vom 29. Jan. 1947, in: GARF R-7317/8/51, Bl. 68–71.

42 Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (weiter: AsD), Ostbüro/03226. – Das Institut wurde mit einem SMAD-Befehl vom 5. Apr. 1946 gebildet und mit dem SMAD-Befehl Nr. 7 vom 20. Jan. 1948 um 66 Planstellen für deutsche Mitarbeiter erweitert. Vgl. GARF R-7317/8/14, Bl. 26.

(ADN) ging 1946 ein Teil der Funktionen des SNB in deutsche Hände über. Im ADN „bekleiden leitende Positionen und verantwortliche Stellungen [...] in der Hauptsache ehemalige KPD-Mitglieder“, hieß es wieder im Bericht nach Moskau.⁴³ Deutsche Mitarbeiter des SNB wurden in Tarnagenturen wie „Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme“ überführt.⁴⁴ Glaubt man dem damals veröffentlichten Haushalt, kostete das Institut im Jahr 1949 etwa 3,4 Millionen Mark, das waren fast zehn Prozent der Ausgaben des künftigen Innenministeriums der DDR, dem es bald angegliedert wurde.⁴⁵ Ehemaliger leitender SNB-Mitarbeiter war auch der spätere Generalleutnant der DDR-Staatssicherheit Franz Gold⁴⁶.

Wesentlich weniger, nämlich höchstens eine Million Mark, verschlang 1949 die schon im März 1946 gebildete und bereits mit gesamtzonalen Vollmachten ausgestattete Sequesterkommission. Sie hatte ebenfalls sowjetische Wurzeln. 1948 mauserte sie sich zunächst zum Amt bzw. Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums, 1949 zur Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums im Innenministerium der DDR und schließlich 1950 zum selbständigen Ministerium für Staatssicherheit der DDR. In dieses Sicherheitssystem ist institutionell nicht eindeutig die ebenfalls mit Polizeibefugnissen ausgestattete Zentrale Kontrollkommission einzuordnen, deren Etat 1949 nach veröffentlichten Angaben zehn Millionen Mark betrug.

Was die Zahlen angeht, so ist zu berücksichtigen, daß die Ausgaben 1949 noch größtenteils in den Landeshaushalten eingestellt waren, wobei die tatsächlichen Kosten nicht einmal dem zuständigen Finanzminister bekannt waren. Der sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ (einschließlich der ihm damals unterstellten „Inneren Truppen“) verursachte 1949 Kosten von 120,6 Millionen Rubel⁴⁷, das entsprach nach der offiziellen Umrechnung 240 Millionen Reichsmark.

2. 1946 entstand „zur Leitung sämtlicher Einrichtungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“⁴⁸, wie es im Bildungsbefehl nicht zutreffend

43 Sokolowski/Bericht über die Tätigkeit der SMAD im IV. Quartal 1946, in: GARF R-7317/7/36, Bl. 14.

44 AsD, Ostbüro/03226.

45 Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der zonalen deutschen Verwaltungen für 1949, in: Zentralverordnungsblatt, Teil I, Jahrgang 1949, S. 421.

46 Gold, Franz (1919–1977), 1932 Mitglied der KP der Tschechoslowakei, im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee, 1946–48 Personalchef des SNB Sachsen, 1948–50 Direktor der Tarnagentur Deutsches Institut für sozialökonomische Probleme in Berlin-Weißensee, 1950 Personalchef beim Berliner Rundfunk, danach Abteilungsleiter bei der Deutschen Volkspolizei bzw. im Staatssicherheitsdienst, 1972 Generalleutnant.

47 Bericht vom 2. März 1950, in: Rossijski gosudarstvennyj archiv ekonomiki, d. i. Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft, Moskau 7733/36/10.

48 Verordnung über die Deutsche Verwaltung des Innern in der SBZ. Entwurf, ohne Datum. [1946], in: BStU-Archiv, Sekretariat des Ministers/336, Bl. 12–15.

hieß, die Deutsche Verwaltung des Innern. Erich Mielke erklärte dazu: „Die Deutsche Verwaltung des Innern arbeitet unter direkter Leitung der Abteilung für Innere Angelegenheiten der SMAD und ist bestrebt, alle Anordnungen und Hinweise aufs sorgfältigste zu erfüllen.“⁴⁹ Der politische Kontext ergibt sich aus der Ankündigung der SMAD, im Herbst 1946 Kommunal- und Landtagswahlen in der SBZ stattfinden zu lassen. Mit Blick darauf war einige wenige Monate zuvor die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) entstanden.

Ulbricht plädierte im Oktober 1947 für die Schaffung eines zentralen Nachrichtenamtes bei der Deutschen Verwaltung des Innern und forderte: „Wir müssen überall Vertrauensleute haben und müssen wissen, was los ist.“⁵⁰ Ab Herbst 1947 wurden die unter der Bezeichnung K5 für „Aufträge der Besatzungsmacht“ und politische Straftaten zuständigen Kommissariate/Dezernate der Kriminalpolizei als „spezialisierte Arbeitsgruppen“ für die „unmittelbare Zusammenarbeit mit lokalen Stellen der Besatzungsmacht“ aufgebaut.⁵¹ „Das Kommissariat K 5 hat die Aufgabe, die demokratischen Einrichtungen, ihre Entwicklung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der sowjetischen Besatzungszone vor Störungsversuchen zu schützen.“⁵² „Die gesamte Tätigkeit und das Aufgabengebiet des Referats K 5 wurde 1948 zu einer Auftragsangelegenheit der Besatzungsmacht“ erklärt.⁵³

Gegen den Widerstand sowjetischer Sicherheitsfachleute gab Stalin Ende 1948 dem Antrag der SED-Führung statt, in der SBZ die „Staatliche Sicherheit“ zu verstärken.⁵⁴ Im Mai 1949 wurden die K 5-Einheiten aus der allgemeinen Polizeistruktur ausgegliedert und zentral Berlin unterstellt, ihr Geschäftsbereich wurde von der übrigen Polizeiarbeit separiert. Die politische Polizei übernahm auch den Verwaltungskurierdienst und damit die Kontrolle über den internen Schriftverkehr. Die Zahl der Mitarbeiter

49 Erich Mielke auf der Konferenz vom 30. Okt. 1946, zit. nach: Laufer, Jochen: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland. Zur Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern in der Sowjetischen Besatzungszone (1946), in: Florath, Bernd u.a. (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146-168, hier S. 158.

50 Bericht über die Innenministerkonferenz vom 12. Okt. 1947, in: SAPMO BArch IV 2/13/109, Bl. 71 und Bl. 74.

51 Vizepräsident Wagner/SMAD Karlshorst/15. Juni 1948, in: BArch D 01/7/365.

52 Entwurf eines Memorandums „Allgemeines über die Aufgaben und den Arbeitsbereich des Kommissariats 5“, o. D. [1948], zitiert nach Laufer, Die Ursprünge des Überwachungsstaates 1992, S. 162.

53 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern Wagner/Hauptmann Patoka von der SMAD/15. Juni 1948, in: BArch D 01/7/365, Bl. 285.

54 Ergebnis der 4-stündigen Besprechung am 18. Dez. 1948, in: Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 259-262.

der K 5 stieg 1949 auf 1.600. Nachdem im Januar 1949 verboten worden war, in der Polizei frühere Kriegsgefangene der Westmächte zu beschäftigen⁵⁵, – bald galten auch verwandtschaftliche Verbindungen nach Westdeutschland als „schwere Belastung“ –, wurden etwa zehn Prozent von ihnen in die „Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums“ im Innenministerium der DDR übernommen⁵⁶. Wie schon erwähnt, wurde sie im Februar 1950 in ein selbständiges MfS überführt. Hier will ich nur darauf aufmerksam machen, daß die Akten oft einen falschen Schein erzeugen: Wenn man der deutschen Aktenüberlieferung folgt, waren die Vorläufer des MfS im Bereich der Deutschen Verwaltung für Inneres angesiedelt, faktisch war jedoch dieser geheimpolizeiliche Arbeitsbereich separiert und – nimmt man die sowjetische Aktenlage dazu – überwachten die MfS-Vorläufer unter sowjetischer Leitung die gesamte ostdeutsche Verwaltung einschließlich der zentralen Verwaltung für Inneres. Dabei bleibt grundsätzlich zu beachten, daß solche Details in der Regel auch den Akteuren nicht bekannt waren und daß sich die Wirklichkeit nicht immer nach den Papieren richtete.

1950 übertrug der Chef der Deutschen Volkspolizei der DDR-Staatsicherheit die Vollmacht zur Bearbeitung von „Verstößen gegen Artikel III A III der Kontrollrats-Direktive Nr. 38“.⁵⁷ Dieser Artikel erklärte Personen, die nach dem 8. Mai 1945 politische – nicht nur nationalsozialistische – Verbaldelikte begangen haben oder noch begehen werden, summarisch zu „belasteten Aktivisten“ im Sinne der alliierten Entnazifizierungsbestimmungen. Das MfS schuf sich seine Feinde selbst. Im Herbst 1950 legte das MfS eine Zentralkartei über Personen an, die die „Grundlagen der DDR in Frage stellen“.⁵⁸ Ähnliche Karteien sind auch in der UdSSR, Polen, der CSR und Ungarn belegt.

Der forcierte Ausbau der „Staatssicherheit“ korrespondierte mit Ulbrichts Politik, die zentralisierte zonale Polizeiverwaltung zum Vorbild für die gesamte „Staatsorganisation“ zu machen⁵⁹ und die SED als stalinistische

55 Wenzke, Rüdiger: Auf dem Wege zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53, in: Thoß, Bruno (Hg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947 bis 1952, München 1994, S. 205–272, hier S. 231–234.

56 Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter 2000, S. 58. – In russischen Quellen wurde die Zahl der Angehörigen der Kriminalpolizei in der SBZ zum 1. Nov. 1948 mit 4.150 angegeben. Vgl. Geschichte der Militärverwaltung der SMAD, Juli 1945–Nov. 1948. Berlin 1948, in: AWP RF 0457/1/13/5, Bl. 156.

57 Chef der Deutschen Volkspolizei/Richtlinie zu der Dienstanweisung Nr. 13/50 vom 17. Feb. 1950/27. Feb. 1950, in: BStU-Archiv AS 607/66, Bl. 16.

58 Richtlinien über die Erfassung von Personen, die eine feindliche Tätigkeit durchführen und die von den Organen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR festgestellt wurden. 20. Sept. 1950, in: BStU-Archiv, MfS/BdL/2505.

59 Referat Lampka, in: Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948, S. 51.

„Partei neuen Typus“ zu disziplinieren. Die 1949 erlassenen „Richtlinien für die Personalarbeit der staatlichen Verwaltung in der DDR“ schrieben vor, daß die Beschäftigung im öffentlichen Dienst der DDR grundsätzlich vom Innenministerium individuell zu genehmigen war.⁶⁰ Der sowjetische Bericht kommentierte dies mit der knappen Feststellung: „Die Ernennung aller Beschäftigten erfolgt erst nach Überprüfung und Bestätigung durch das ZK der SED.“⁶¹ Die 1951 erfolgte Zusammenlegung der Abwehr- und Westapparate der KPD/SED in einen dem Ministerrat der DDR unterstellten „Außenpolitischen Nachrichtendienst“, formell dem Außenministerium der DDR angeschlossen und als „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) getarnt, und seine Eingliederung in das MfS 1953 stellte lediglich eine Petitesse dar.

3. 1953 zählte das MfS der DDR nach sowjetischen Angaben 10.000 hauptamtliche Mitarbeiter (etwa genausoviel wie die politische Geheimpolizei in der CSR, in Polen 33.000 Mitarbeiter) und verfügte über 21.034 Informanten⁶². Die ostdeutschen Angaben lagen etwas höher⁶³, über 90.000 Angehörige verfügte außerdem die DDR-Volkspolizei. Nach dem 17. Juni 1953 geriet die Staatssicherheitsarchitektur der DDR ins Wanken, als eine nach Ost-Berlin entsandte Inspektion des sowjetischen Innenministeriums vom MfS-Minister Zaisser⁶⁴ zunächst am 20. Juni 1953 die Überführung der Volkspolizei in das MfS forderte – einen entsprechenden Beschluß des SED-Politbüros hatte der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission vor einem Jahr außer Kraft gesetzt.⁶⁵ Vier Tage spä-

60 Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 56 vom 15. Nov. 1949, in: SAPMO BArch DY 30/IV 2/2/56, Bl. 87–89.

61 Iljitschow/Gribanow/9. Feb. 1950/Bericht über Ergänzung des Regierungsapparats der DDR, in: AWP RF 082/37/14/200, Bl. 71–73, hier Bl. 73.

62 Angaben nach Petrow, *Formirowanije nemezkich organow gosbesopasnosti*, Manuskript 2007, S. 15.

63 Gieseke, Mielke-Konzern 2001, S. 56 nennt 30.000 inoffizielle Mitarbeiter im Jahr 1952.

64 Zaisser, Wilhelm (1893–1958), Volksschullehrer, ab 1921 Angestellter der KPD; 1924 militärpolitischer Lehrgang an der M[ilitär]-Schule der Komintern in Moskau; Mitarbeiter des Generalstabs der Roten Armee bzw. dessen Hauptverwaltung Aufklärung (GRU), ab 1926 leitender Mitarbeiter des M[ilitär]-Apparats der KPD, 1927–39 Mitarbeiter der Komintern in Moskau; 1936–38 militärischer Berater in der spanischen Volksarmee (1936 Brigadegeneral), 1940 Erwerb der sowjetischen Staatsbürgerschaft, ab 1941 Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, 1943–47 Angestellter des ZK der WPK (B). 1947 Rückkehr nach Deutschland (SBZ); 1947–48 Chef der Landespolizei von Sachsen-Anhalt, 1948–49 Innenminister des Landes Sachsen und stellvertretender Ministerpräsident, ab Juni 1949 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern in der SBZ, ab 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, mit der Bildung des MfS ab Feb. 1950 Minister für Staatssicherheit; Juli 1953 wegen „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“ aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen und als Minister abgesetzt, 1954 SED-Ausschluß, danach Übersetzer.

65 Lindenberger, Thomas: *Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968*, Köln 2003, S. 54.

ter, am 24. Juni, forderten die Inspektoren paradoxerweise wiederum die Eingliederung der „Staatssicherheit“ in das Innenministerium der DDR. Letzteres wurde als „Meinung Berijas“ legitimiert.⁶⁶ „Das kopflose“ SED-Politbüro gehorchte und vollzog am 30. Juni den Befehl des bereits seit vier Tagen inhaftierten Berija: Von August 1953 bis November 1955 bestand lediglich ein Staatssekretariat für Staatssicherheit im Innenministerium der DDR. Berija soll sich während der Juni-Krise in Berlin aufgehalten haben und bei seiner Rückkehr am 26. Juni auf dem Moskauer Flughafen verhaftet worden sein. Die Nachricht über seine Verhaftung wurde aber erst am 10. Juli 1953 veröffentlicht. Aus dem dabei angefallenen Datenmüll wurden und werden noch heute viele Legenden gestrickt. Sie belegen lediglich, daß weder Ulbricht noch Honecker, der die Legenden seines Vorgängers fortgesponnen hatte, über authentische Informationen verfügten, sondern lediglich geschichtspolitisch improvisierten.

Sicherheitspolitisch relevant war aber, daß sich die Zuständigkeit für die „Regime-Sicherheit in der DDR“ vom Geheimdienst zu den Militärs verlagerte: Die Existenz der DDR garantiere nur die Anwesenheit der Besatzungstruppen, notierte Malenkow in den Entwürfen zu seiner Anklagerede gegen Berija im Juni 1953.⁶⁷ Bereits im April 1952 waren in der DDR wieder Militärkommandanturen aufgebaut worden und erst 1956 wurden 25 Kommandanturen in Städten und Regionen geschlossen, in denen keine sowjetischen Truppen stationiert waren.⁶⁸ Das Fragezeichen sollte stehen bleiben, denn einige Kontrollinstanzen waren schon ab 1945 unmittelbar bei den Besatzungstruppen untergebracht (so die Fernmeldeverbindungen), wobei etliche institutionelle Strukturen bisher nicht entzerrt sind. Man stützt sich einseitig auf die deutsche Aktenüberlieferung, die in hohem Maße auch „profilsüchtige Nervosität“ transportiert.

Die Stimmung zwischen Moskau und Ostberlin war gereizt. 1954 drängten sowjetische Sicherheitsberater die SED-Führung, die Bezirksverwaltungen der Volkspolizei den regionalen Leitungen der Staatssicherheit zu unterstellen. Man verständigte sich zunächst darüber, daß sich der Erste Bezirkssekretär der SED „möglichst täglich“ mit den Leitern der Bezirksverwaltungen der Volkspolizei und des Staatssekretariats für

66 Berija, Lawrenti Pawlowitsch (1899-1953), ab 1921 führende Positionen in Sicherheitsorganen, 1934-53 Mitglied des ZK der WKP(B), 1938-45 und März bis Juli 1953 Volkskommissar/Minister für Inneres der UdSSR, 1941-46 stellvertretender und 1946-53 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; 1945 Marschall; ab 1946 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

67 Hierzu: Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-54, München 2012, S. 118-119.

68 Molotow an das ZK der KPdSU vom 28. Mai 1956, sowie ZK-Beschluß vom 16. Juni 1956, in: a.a.O.

Staatsicherheit „bespricht“⁶⁹ Nachdem die Volkspolizei bereits im Dezember 1953/Januar 1954 gegenüber dem Staatssekretariat für Staatssicherheit für unbeschränkt auskunftspflichtig erklärt und ihm damit faktisch unterstellt worden war⁷⁰, ordnete der Chef der Deutschen Volkspolizei im Befehl Nr. 49/55 „über die Arbeit mit geheimen Informatoren der Volkspolizei“ vom 15. August 1955 an, daß sie nur noch nach ausdrücklicher Genehmigung durch das (bald wieder zum Ministerium aufgewertete) Staatssekretariat für Staatssicherheit angeworben werden dürfen. Das überarbeitete MfS-Statut vom 15. Oktober 1955 schrieb die vereinheitlichten Organisations- und Arbeitsnormen fest.⁷¹ Erst damit errang der DDR-Sicherheitsapparat ein Monopol auf dem Gebiet der politischen Verfolgung, das der analoge sowjetische Fachdienst in der SBZ/DDR bereits ab Kriegsende ausübte. Ein letzter Höhepunkt der sicherheitspolitischen Konzentration wurde nach der Ungarn-Krise Ende 1956 erreicht. Als Vorsorge für den Notstand wurden sogenannte Kreis- und Bezirkseinsatzleitungen geschaffen: Unter der Leitung des 1. Vorsitzenden der Bezirks-/Kreisleitung der SED gehörten ihm die 2. Sekretäre der SED – sie nahmen regulär den Kontakt zum MfS wahr –, die Vorsitzenden der Räte bzw. der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, die Chefs des Wehrkommandos, der Volkspolizei und der MfS-Dienststelle an.⁷² Einer Bewährungsprobe wurde dieses Sicherungssystem nicht ausgesetzt: Die „DDR-Staatssicherheit“ hing noch 1989/90 vom Wohlwollen der Schutzmacht ab.

Fazit

Das heutige Bild von der DDR-„Staatssicherheit“ als einer „historisch neuen Form der Herrschaftsausübung“, die neben der Unterdrückungsfunktion „umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktionen“ in allen Bereichen der Gesellschaft wahrgenommen habe, wie es wörtlich in einer älteren Publikation des „Bundesbeauftragten“ hieß, reflektiert ihr eigenes überzogenes Selbstbild, dessen Funktion in der prophylaktischen gesellschaftlichen Einschüchterung bestand. Furcht bildete zwar noch vor der Ideologie das wichtigste Bindemittel der stalinistischen Diktatur, die empirischen Resultate der politischen Abschreckung blieben jedoch erwiesenermaßen begrenzt. Auch das MfS als „Schild und Schwert der Partei“ unterlag schließlich den allgemeinen Zwängen

69 ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Aktennotiz vom 9. Jan. 1954, in: SAPMO BArch DY 30/IV 2/12/119, Bl. 1-9.

70 Herbstritt, Georg: Die Deutsche Volkspolizei als Geheimpolizei?, in: Melis, Damian van: Sozialismus auf dem platten Land. Tradition und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1952, Schwerin 1999, S. 389-414, hier S. 392-393.

71 Ebda., S. 393, S. 404.

72 Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen. Anlage zum Beschluß des Politbüros des ZK der SED Nr. 57/56 vom 8. Nov. 1956, in: SAPMO BArch DY 30 / J IV 2/2/511, Bl. 8-16, sowie Großmann/Schwanitz, Fragen an das MfS 2010, S. 115.

des hierarchisch gegliederten zentralisierten Systems: Das MfS wußte zwar viel, weil es selbstverständlich auch die 1954 förmlich verbottene innerparteiliche Aufklärung betrieb, und dies sogar innerhalb des Politbüros, das MfS traute sich aber in der Regel nicht, von seinen vertraulichen Informationen Gebrauch zu machen, um den äußeren Schein der politischen Systemstabilität nicht zu stören oder auch nur um den Generalsekretär der SED nicht zu vergraulen.

In der Aufbauphase waren die ostdeutschen Sicherheitsstrukturen unmittelbar vom sowjetischen Sicherheitsapparat abhängig und durch ihn effektiv begrenzt. Die Bewertung der Leistungsfähigkeit des ostdeutschen Staatsschutzes in dieser Zeit ist problematisch: **Erstens** bleibt eine „schlechte“ Polizei ein „gutes“ Repressionsinstrument, **zweitens** ist die chaotische Nachkriegssituation und die herrschende akute Kriegspsychose zu berücksichtigen: Kriminalität war damals so stark verbreitet, daß Volkspolizisten dafür statistisch sogar anfälliger waren als die zivile Gesellschaft. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die Tagesration der privilegierten sowjetischen Soldaten erst 1948 von 300 auf 500 Gramm Brot erhöht wurde, braucht man hier nicht weiter zu bohren.

Mit Brutalität, dazu zählten zahlreiche Entführungen aus Westdeutschland und gut oder schlecht getarnte Morde, politische Erpressung, kompensierte man professionellen Dilettantismus. Da zum Polizeidienst in der SBZ/DDR keine früheren Mitglieder der NSDAP oder Berufssoldaten, keine früheren Kriegsgefangenen der Westmächte oder Jugoslawiens bzw. Personen mit Westverwandtschaft zugelassen waren, war die personelle Basis des MfS recht schmal. Ab 1953 genossen bei der Personalrekrutierung in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft „bewährte“ SED-Mitglieder neben politischen Remigranten aus der UdSSR und aktiven Widerständlern gegen das NS-Regime besondere Protektion.⁷³ Der bevorzugte Einsatz von Absolventen sowjetischer Antifa-Schulen für deutsche Kriegsgefangene, die nach dem Krieg nebenbei in die unmittelbare Kompetenz des sowjetischen Innenministeriums fielen (und deren Absolventen förmlich als dessen „inoffizielle Mitarbeiter mit schriftlicher Verpflichtungserklärung“ betrachtet werden können, was nebenbei auch manchen politischen Fehler wie etwa frühere NSDAP-Zugehörigkeit aufhob), stieß allerdings von Anfang an bei Altkommunisten und Rückkehrern aus der sowjetischen Emigration auf Widerstände. Sehr brüchig war außerdem die Berufung auf Traditionen des kommunistischen Widerstandes gegen das NS-System. Die blutrünstigen osteuropäischen Schauprozesse gegen solche Widerständler demoralisierten große Teile der SED-Funktionsschicht und

73 Dienstanweisung 43/53 des Staatssekretärs für Staatssicherheit vom 6. Nov. 1953/ Richtlinien für die Kader- und Schulungsarbeit, zitiert nach: Schumann, Die Parteiorganisation der SED 1996, S. 92.

belasteten das Klima so nachhaltig, daß ein Mitarbeiter des Sekretariats des ZK der SED 1951 in einer sowjetischen „operativen Meldung“ mit dem Satz zitiert wurde: „Die Lage in der SED ist heute so, daß wenn die Russen heute beschließen würden, Deutschland zu verlassen, so würde ich dafür sorgen, daß ich mit ihnen gehe.“⁷⁴ Noch bis zum Untergang der DDR wirkte im MfS ein vollkommen abgeschotteter Arbeitsbereich, dessen einzige Aufgabe darin bestand, „Beweise“ zu sammeln, daß sich die osteuropäischen „Schauprozesse“ von 1948-52 – speziell im Fall Slansky⁷⁵ – damals tatsächlich gegen amerikanische Agenten richteten.⁷⁶ Das trug zweifellos krankhafte Züge. Dabei muß man nicht einmal berücksichtigen, daß in der Aufbauphase des MfS gleich mehrere spätere – sudetendeutsche – MfS-Generäle große Rolle spielten, die mit Slansky unmittelbar an Widerstandsaktionen beteiligt waren.

74 Auszug aus OP Nr. 0246 vom 8. Jan. 1951, in: Arbeitsarchiv J.F. Exzerptheft Moskau/9, Bl. 33-34 (Schutz personenbezogener Daten).

75 Slánský, Rudolf (1901-1952), 1945-51 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, 1951 verhaftet und im Nov. 1952 in einem Schauprozess als „Rädelsführer einer staatsfeindlichen Verschwörung“ zum Tode verurteilt, am 3. Dez. 1952 zusammen mit zehn weiteren Mitangeklagten hingerichtet. 1963 gerichtlich und 1968 auch von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei politisch rehabilitiert.

76 So die Information eines ehemaligen MfS-Oberstleutnants, der diesen kleinen Sonderbereich leitete, in der Diskussion des Vortrags von Bernd-Rainer Barth über „Staatsverschwörung“ bei Staatsgründung? Wirkungen und Folgen des Rajk-Prozesses und der Noel-Field-Affäre in der DDR 1949-1989, in Berlin am 31. Mai 2011.

Vortrag „Feindbilder“: Der Staatssicherheitsdienst im „Roten Ochsen“: (1950–1953), Dr. André Gursky (Halle)

Die Situation Mitte 1950: Einerseits hielt im „Roten Ochsen“ die sowjetische Besatzungsmacht nach wie vor alle Fäden in der Hand, andererseits sollten den deutschen Behörden Teile der Haftanstalt für eine eigene Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Die Übergabe von drei Hafthäusern durch die sowjetischen an die deutschen Organe erfolgte im Sommer 1950. Dies betraf den Bereich des Strafvollzuges.

Die Deutsche Volkspolizei (DVP) musste jedoch schon wenige Monate später, Ende August/Anfang September 1950 das ihr von den Sowjets übertragene Terrain wieder räumen. Nach einer größeren Verhaftungswelle in der DDR, insbesondere nach der Besetzung der Zentrale des deutschen Zweiges der Zeugen Jehovas (ZJ) in Magdeburg (Bibelhaus), waren dem neu gegründeten ostdeutschen Geheimdienst im „Roten Ochsen“ Zellen zur Verfügung zu stellen. Es war dies die Geburtsstunde für das Untersuchungsorgan des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im „Roten Ochsen“, welches bis dahin noch unweit dieser Haftanstalt, aus einem einst von den Sowjets besetzten und kontrollierten Dienstkomplex nahe der Peißnitzstraße operierte.

Der Zeitraum selbst – Frühjahr bis Herbst 1950 – bildet gleichsam ein Vakuum, was detaillierte Aussagen zur Bildung einer eigenen Untersuchungshaftanstalt (UHA) des MfS in Halle betrifft. Dokumentarisch belegt ist das Übergabeprotokoll der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) an die DVP, darüber hinaus die erfolgten Überführungen von über einhundert ZJ allein Anfang September 1950 in den MfS-UHA-Komplex Am Kirchtor 20 a.

Im Doppelhafthaus B/D errichtete der Staatssicherheitsdienst einen umfassenden Untersuchungshaftbereich, die Opfer des MfS wurden nach der Untersuchungshaft zunächst im Hafthaus C – im Strafvollzug – untergebracht.¹ Dort befanden sich Zeitzeugenberichten zufolge unmittelbar nach Kriegsende hunderte Menschen in Gewahrsam, mit denen offenbar kaum jemand gerechnet hatte. Ihre Sprache war vorwiegend russisch, Stalin-Gegner verschiedener Couleur, in Ungnade gefallene Rotarmisten, Deserteure sowie kriminelle russische Rekruten.

Aber auch Angehörige der Wlassow-Armee, die einst auf Seiten der deutschen Wehrmacht für ein befreites nationales Rußland gegen die stalinistische Diktatur kämpfte, ebenso befreite sowjetische Kriegsgefangene aus deutschen Lagern, denen man Verrat und Feigheit vor dem Feinde vorwarf.

¹ Ausführlich vgl. Bohse, Daniel: Sowjetische Militärtribunale im „Roten Ochsen“ (1945–1952); Gursky, André/Vesting, Justus: Der „Rote Ochse“ als Untersuchungs- haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1950–1989), in: Der ROTE OCHSE Halle (Saale). Politische Justiz 1933–1945 / 1945–1989, hrsg. von Joachim Scherrieble, Berlin 2008.

Die Zeitdauer einer solchen Zwischenepisode einer Belegung mit sowjetischen Inhaftierten ist bis heute nicht verifizierbar, ebenso wenig die konkreten Belegungsmodalitäten deutscher Gefangener oder von Ausländern im „Roten Ochsen“ durch die sowjetische Besatzungsmacht.

Hinweise gibt es mitunter in Berichten ehemaliger Häftlinge, die nach Ankunft in den westlichen Zonen oder später in der Bundesrepublik gegenüber den dort wirkenden Geheimdiensten und antikommunistischen Widerstandsgruppen entsprechendes aussagten. In bestimmter Form zugänglich sind heute in diesem Kontext die Archive verschiedener Parteien, die seinerzeit so genannte Ost-Büros² unterhielten.

Das MfS³, darunter natürlich die Untersuchungsabteilung mit ihren jeweils spezifischen Verwahrmöglichkeiten (bis 1989 Abt. IX im „Roten Ochsen“), entstand nicht voraussetzungslos, wie es einprägsam dessen erster Leiter in den späten 80er Jahren rückblickend formulierte: *„Als ich eingesetzt wurde zum Aufbau der Verwaltung für Staatssicherheit im Land Sachsen-Anhalt hatte ich die Ehre, die Uniform eines Chefinspektors zu tragen.“* Weiter schreibt Martin Weikert: *„Die Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft, die bis 1950 ein selbständiges Organ war, wurde [...] in das Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Erich Mielke war damals bereits Leiter der Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft, und das ging dann automatisch in die Staatssicherheit über.“*

Unten in den Ländern, in den Kreisen, gab es damals schon das Dezernat D. Das Dezernat D war ein Abzweiger des K 5, was die Voraussetzung geschaffen hat in der Jentzsch-Straße in Halle, das Ministerium für Staatssicherheit zu bilden. In das große Gebäude in der Jentzsch-Straße waren im Wesentlichen die Büros untergebracht. Nach der Bildung der Staatssicherheit kamen wir dann in den Rundbau am Robert-Franz-Ring. Neben dem Rundbau ist noch das Nebengebäude von den Freunden dazu gekommen.“⁴

Die Jentzsch-Straße ist die heutige Ernst-König-Straße. Bereits in der zweiten Hälfte der 40er Jahre kooperierten dort in insgesamt drei Häusern deutsche ehemalige Emigranten, die in der Geheimdienstarbeit zum Teil bereits in der Sowjetunion vor Kriegsende geschult worden waren, konspirativ mit dem sowjetischen Geheimdienst NKWD/MWD⁵ zusammen.

Nicht das K 5 als politische Polizei, sondern dessen Dezernat D bildete nach Weikerts Auskünften den strukturellen und auch personellen Grundstock

2 Vgl. auch Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

3 Grundlegend Giesecke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, München 2006.

4 MfS BV Halle, Abt. OT, Sa Nr. 458.

5 Volkskommissariat bzw. Ministerium für innere Angelegenheiten in der Sowjetunion.

für den ostdeutschen Geheimdienst und dessen Tätigkeit begannen nicht erst mit der Institutionalisierung des MfS im Jahre 1950.

Eine der ersten großen Bewährungsproben bildete das repressive Vorgehen gegen die Zeugen Jehovas – und zwar bereits vor dem Verbot der Religionsgemeinschaft. Zur Inhaftierung von politischen und vermeintlich politischen Gegnern des neuen Systems nutzte das Dezernat D in der Jentzsch-Straße auch einige Kellerräume, später ebenso am Robert-Franz-Ring. Politische Fälle, so Weikert, bearbeitete jedoch vor Gründung der DDR nahezu ausschließlich der sowjetische Geheimdienst.

In Bezug auf das repressive Vorgehen gegen die Zeugen Jehovas liegen der Gedenkstätte eine Reihe von Unterlagen vor, aus denen verbreitete und organisierte Denunziationen hervorgehen mit dem Ziel, den Opferstatus von Zeugen Jehovas als Verfolgte des Naziregimes (VdN) aberkennen zu lassen.

So, wie der Landrat Herber aus Rudolstadt im August 1949, wandten sich beispielsweise auch andere verantwortliche Regionalpolitiker an den Landesvorstand der VdN. *„Leute, die sich so verhalten“* (Bibelforscher) *„können keinesfalls anerkannte Opfer des Faschismus sein. Ihr wollt über den Zentralvorstand eine Entscheidung treffen lassen, dass Odf-Leuten, die Zeugen Jehovas sind, die Odf-Zugehörigkeit abgesprochen wird.“*⁶

Der 1. Landessekretär der VdN in Sachsen, Wätzig, forderte in diesem Zusammenhang eine erhöhte Wachsamkeit und die VdN zur Mitwirkung auf, *„alle Agenten und Kriegstreiber aus den verantwortlichen Stellen und aus dem öffentlichen Leben entfernen zu helfen.“*⁷ Folgerichtig erscheint dann auch ein Schreiben des Kreisvorstandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Plauen, der unter der Überschrift:

*„Die VVN trennt sich von Kriegs- und Antisowjethetern“*⁸

gestellt wurde.

In der Ausstellungsdokumentation der Gedenkstätte befinden sich weitere konkrete Informationen über die damaligen politisch motivierten Aktionen im Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, Institutionen, Organisationen und der Geheimpolizei der DDR – hier konkret zur Inhaftierung von Konrad Drebing, der schon unter den Nazis im Zuchthaus „Roter Ochse“ eingesperrt worden war.

Eine Reihe von ZJ musste in ihrem Leben diese doppelte Diktaturerfahrung machen. Im Vorgehen gegen die ZJ arbeiteten sowjetische und deutsche Geheimdienstmitarbeiter Hand in Hand, verbündet mit dem Erkennungs- bzw. Suchdienst der VVN.

Der VVN-Erkennungsdienst fahndete nach Kriegsende nach Nazi-

6 SAPMO, BAarch DY 55 V 278/4/78.

7 Ebd.

8 Ebd.

Aktivisten und Kriegsverbrechern, arbeitete in dieser Zielstellung eng zusammen mit dem Kommissariat 5.

Es gab auch Fälle, in denen sich der VVN-Erkennungsdienst für bestimmte Opfer der Sowjetischen Militäradministration (SMA) einsetzte. Zu ihnen gehörte der Ingenieur Heinz Damare, der offenbar in die Sowjetunion deportiert werden sollte.

In einem Schreiben vom 25.02.1950 schreibt VVN-Chefermittler Hamersky an die Ehefrau des vom sowjetischen Geheimdienst inzwischen im „Roten Ochsen“ Inhaftierten, dass die VVN eine Entlassung befürworte. Dies sei der SMA-Behörde mitzuteilen. Von seinem politischen Einfluss völlig überzeugt erteilt Hamersky der Ehefrau des Inhaftierten Anweisungen für ein Schreiben an die SMA. Diese Anweisungen sollten beachtet werden. *„Auf diese Art“,* heißt es bei Hamersky, *„haben Sie die beste Gewähr, in kürzester Frist Ihren Mann freibekommen zu können.“* Aus der Sicht der VVN sei dem Angeschuldigten *„wieder Gelegenheit zu geben, sein intellektuelles Können in den Dienst des Aufbaus stellen zu können und seine politische Qualifikation zu beweiskräftigen [...] Wir erachten diese Befürwortung als eine sozialistische Pflicht, um im Zeichen der ‚Nationalen Front‘ Genüge leisten zu können.“* Die Familie solle nach Hamersky ihre *„Anpassungsfähigkeit“* im neuen Staat bekräftigen und bereit sein, *„sich im Aufbau den gegebenen politischen Verhältnissen in der DDR ohne Vorbehalt anzugliedern. Dies besonders deshalb, da für den Aufbau die berufliche Qualifikation Ihres Mannes auch als Notwendigkeit erscheint“*.⁹

Heinz Damare wurde trotz Fürsprache von VVN und SED in einen Gulag der Sowjetunion deportiert, um dort Zwangsarbeiten zu verrichten.

Um solch einem Schicksal zu entgehen, flüchteten schon bis zur Gründung der DDR Tausende Menschen nach Westdeutschland. Diejenigen, die für einen solchen Schritt keinerlei Veranlassung sahen oder – im Visier des Geheimdienst stehend – nicht mehr dazu kamen, ein solches Vorhaben zu realisieren, verschwanden in den so genannten Speziallagern der sowjetischen Besatzungsmacht¹⁰. Der „Rote Ochse“ spielte in diesem Gesamtkontext eine entscheidende Rolle – sowohl im Rahmen der Inhaftierungszeit selbst als auch nach Auflösung der Lager im Jahre 1950 und den Transporten von ehemals Verurteilten sowjetischer Militärtribunale (SMT) nach Halle in diese Haftanstalt, nunmehr in Zuständigkeit des Ministeriums des Innern (MdI) der DDR stehend.

Was die Problematik von politischen Flüchtlingen betrifft erscheint ein

9 SAPMO, BAArch, DY 55 V 278/4/77.

10 Weiterführend vgl. von Plato, Alexander (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945–1950, Bd. 1 und 2, Berlin 1998; Reif-Spirek, Peter/Ritscher, Bodo (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, Berlin 1999.

Schreiben vom April 1949 aufschlussreich. Der stellv. Chef der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, Paulsen, orientiert in diesem Schreiben den Landesvorstand der VVN dahingehend, politische Flüchtlinge in die Bundesrepublik nicht als solche registrieren und schon gar nicht über westdeutsche VVN-Organisationen anerkennen zu lassen. „Zur Information wird mitgeteilt“, so Paulsen, „dass es aus der Ostzone keine politischen Flüchtlinge gibt und niemand das Recht hat, sich als politischer Flüchtling auszugeben. Jeder, der von hier nach dem Westen flüchtig“, heißt es weiter in unmissverständlicher Feststellung, „hat für irgendein kriminelles Delikt sich vor den ordentlichen Gerichten zu verantworten. Wenn jemand die Ostzone freiwillig verlässt und sich in der Westzone als politischer Häftling ausgibt, so ist er ein Betrüger und muss entsprechend den deutschen Gesetzen bestraft werden.“ Paulsen fordert die VVN dazu auf, diese orientierende Stellungnahme zu politischen Flüchtlingen „unter den verantwortlichen Freunden der VVN“¹¹ bekannt zu machen.

Neben der Zusammenarbeit von Polizei-Staatssicherheit und VVN-Suchdiensten beruhte auch von Anfang an das Verhältnis von MfS und Staatsanwaltschaft bzw. dem halleschen Bezirksgericht auf kooperativen Grundlagen, die in operativer Perspektive des MfS wichtig erschienen. Die Verflechtung von ehemals antifaschistischen Widerstandskämpfern, den VdN, staatlichen Repressivorganen der sich entwickelnden DDR, wie den Gerichten und der Staatsanwaltschaft und dem Geheimdienst der DDR, wie Dezernat D des K 5 oder Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft etablierte sich in den Jahren der Staatsbildung auf einer tragfähigen Grundlage, die bis zum Ende der DDR 1990 ausgebaut werden konnte und auch Bestand hatte. In welcher Form – darüber berichtete kurze Zeit vor dem Ende der DDR Martin Weikert in einem ausführlichen Erinnerungsbericht:

„Leiter der Untersuchungsabteilung, also Abt. IX war 1949/50 der Gen. Dierl, Otto, er kam aus der Tschechoslowakei. [...] Sie, also seine Frau, wurde Ende 1950 die Vorsitzende von der Strafkammer I des Gerichtes in Halle. Sie hat die ganzen Prozesse von uns mit durchgeführt, und nicht schlecht. Sie hat uns keine Schwierigkeiten bereitet, weder vorher noch im Prozessverlauf. Das Urteil wurde abgesprochen und von ihr entsprechend verkündet, was rauskommen muss und dass hat auch geklappt. Dierl, Otto wurde nach seiner Entlassung bei uns Staatsanwalt in Halle und mit ihm haben wir auch gut zusammengearbeitet.“¹²

Folgende biographische Hintergründe sind für die Entstehung der MfS-UHA „Roter Ochse“ nicht zuletzt auch für diese kooperative Perspektive von bemerkenswerter Wichtigkeit:

11 SAPMO, BArch, DY 30 IV 3/54.

12 BStU, MfS BV Halle, Abt. OT, Sa 458, S. 8 f.

Martin Weikert: 1934/35 Internationale Lenin-Schule in Moskau, 1942-44 Speziallehrgang in Ufa und Moskau, 1944 Funker des Hauptstabes der Partisanen in der Slowakei, 1945/46 Mitarb. der KPC, 1947 Chef des K 5 in Sachsen-Anhalt, 1949 Personalchef der Polizei in Sachsen-Anhalt, anschl. Chef der Hauptverwaltung/MfS, später stellv. Minister des MfS.

Franz Schkopik: 1943 Komintern-Schule in Ufa; anschl. Politinstrukteur in der Roten Armee, Instrukteur für Antifa-Arbeit in Kriegsgefangenenlagern, 1949 Einstellung in der Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft/MfS, Personalchef des MfS in Halle.

Gustav Borrmann: 1919 Mitbegründer der KPD in Halle, 1924-33 Chef Rot-Frontkämpfer-Bund Halle, Gau Halle-Merseburg, 1937 Leiter Politemigranten in Karaganda, 1946 stellv. Leiter der Landespolizeibehörde in Sachsen-Anhalt, 1950 MfS, Leiter Hauptabteilung I (Allgemeines / Personal).

Robert Mühlforte: 1944 zur Roten Armee übergelaufen, 1945 KPD Bezirksleitung Halle-Merseburg, 1950 MfS, Leiter Abteilung VI (Staatsapparat, Aufklärung bürgerliche Parteien).

Otto Walter: 1929/30 Sekretär und Politleiter der KP in Oberschlesien, 1945: KP Landesleitung in Sachsen-Anhalt, 1945-50 Mitarbeiter beim Aufbau der Hauptverwaltung des MfS in Sachsen-Anhalt, 1950-53 1. Sekretär der SED-Landesleitung/Bezirksleitung MfS in Sachsen-Anhalt, MfS-Kaderchef, ab 1951 stellv. Minister MfS.

Max Brautzsch (Ehemann von Martha Brautzsch¹³): Parteisekretär.

Ein nicht geringer Teil der im MfS-Beschäftigten in der Jentzsch-Straße kam laut Erinnerung von **Hans Pomplitz** aus den sudetendeutschen Gebieten. Pomplitz selbst war der erste Verantwortliche für die Häftlingsversorgung im „Roten Ochsen“, teilweise auch für die Überwachung zuständig. Erster Leiter der MfS-UHA im „Roten Ochsen“ war **Erich Voigt**, der jedoch schon nach wenigen Wochen „wegen der Größe des dort zu führenden Kollektives“ versetzt wurde. Weikert bemerkte über den frühen Tod des MfS-Offiziers:

„Erich Voigt hatte kein gutes Ende gefunden. Er ist im Puschkin-Haus von einer Empore gestürzt und hatte sich den Schädel zerschlagen. Er hatte an diesem Abend einen gezwitschert und beim Heruntergehen der Treppen hatte er auf Grund seiner Länge das Übergewicht verloren. Er hatte ja schon einmal einen Autounfall. Bei diesem Unfall hatte er sich auch schon

13 Zur Instrumentalisierung der „Antifa“-Biographie von Martha Brautzsch vgl. Hirschinger, Frank: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien. Das Beispiel Halle/Saale 1945-2005, Göttingen 2007, S. 49 ff.

*den Schädel zerschlagen. Die Stirn klappte bereits auf und er klappte selbige runter und ging selbst in das Krankenhaus. Er war ja Boxer, vom Rot-Sportbund. [...].*¹⁴

Neben den bisher genannten geheimdienstlichen Aktivitäten kommt nicht zuletzt aus struktureller Sicht noch die von Fritz Lange geführte Zentrale Kontrollkommission (ZKK) bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) hinzu.

Lange „*hatte immer eine besondere Spinnerei mit der konspirativen Arbeit*“, urteilt Martin Weikert. „*Und der hatte sich damals schon Genossen gesucht, mit denen er Werbungen durchführte.*“¹⁵ Unterbunden wurde Lange die konspirative Arbeit durch die sowjetische Besatzungsmacht.

Der bekannte Schauprozess gegen Leo Herwegen und Willi Brundert im Jahre 1950 wurde wesentlich durch Fritz Lange in Zusammenarbeit mit Martin Weikert vorbereitet.¹⁶

In den in den Hinterlassenschaften des MfS überlieferten Erinnerungsberichten von Mitarbeitern der ersten Stunden befindet sich auch Aufzeichnungen von Ursel Simon, der ersten weiblichen Untersuchungsführerin in der UHA des MfS „Roter Ochse“ in Halle.

Alle genannten Erinnerungsberichte waren Teil eines im Frühjahr 1989 von MfS-Mitarbeitern der UHA „Roter Ochse“ begonnenen Interview-Projektes über verdiente MfS-Offiziere, die in den frühen Jahren nach Gründung der DDR am Aufbau der Länder- bzw. Bezirksverwaltung maßgeblich beteiligt waren.

„*Am 5. Dezember 1949*“, heißt es in einem Vermerk über das Gespräch mit Ursula Simon, „*hat sie die Verpflichtung in der damaligen Jentzsch-Straße unterschrieben.*“ Mit Otto Dierl und Ursula Simon war die damalige MfS-Untersuchungsabteilung IX tatsächlich – zumindest kurzzeitig – komplett. Es gab noch keine weiteren Mitarbeiter, so der Bericht. Nachfolger von Otto Dierl in der Abt. IX wurde Ludwig Grabner – ein Name, der auch in den überlieferten Unterlagen des SPD-Ostbüros in Bonn registriert ist.

Ursula Simon verhörte von Anfang an (bis zum Jahre 1960) die von der sowjetischen Verwaltung übergebenen Inhaftierten, darunter den damaligen stellv. Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Willi Brundert. Aus Sicherheitsgründen – der „Rote Ochse“ erschien seinerzeit auf Grund der noch fehlenden Umfassungsmauer – zu unsicher, war Brundert in Gommern eingesperrt worden. Simon und Dierl fuhren täglich von Halle nach Gommern und zurück. „*In dieser Zeit wurde sie verpflichtet*“, heißt es in dem Vermerk, „*die Fahrerlaubnis zu machen, damit abwechselnd gefahren werden konn-*

14 Vgl. wie Anm. 4.

15 Ebd.

16 Vgl. auch Gursky, André: Die Vorgeschichte des Dessauer Schauprozesses, hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Sachbeiträge (13), Magdeburg 2000.

te." So schwer waren die Anfänge in jener Zeit – täglich eben „diese langen Strecken“, wie die Genossin in der Rückerinnerung 1989 ausführte.

Aus dem Bericht erfährt der Leser auch Details über die seinerzeit getragenen Uniformen im MfS. *„In den ersten Jahren trugen alle Mitarbeiter, außer die in operativen Dienst, eine Uniform. Zuerst war es die VP-Uniform und ab 1952 die Uniform der KVP mit rotem Spiegel.“*¹⁷

Folgt man den Erinnerungsberichten, sollen allein 1951/52 über 1.000 ZJ in den „Roten Ochsen“ zugeführt worden sein. Die Abt. IX wurde nun auch personell verstärkt. Innerhalb der Abteilungen waren sowjetische Instrukteure als Berater tätig.

Sekretärin in der Abteilung IV – Landesverwaltung und Bezirksverwaltung (BV) Halle / Spionageabwehr war zu jener Zeit **Ilse Krüger**. Sie schrieb die Vernehmungsprotokolle im Prozeß gegen Leo Herwegen im Jahre 1950. Nach eigener Auskunft war sie *„von dem Vorgehen und den Methoden, die sie erstmalig kennen gelernt hatte, tief beeindruckt.“*¹⁸

Der Dessauer Schauprozeß, die Verhaftungswellen gegen die ZJ, der beginnende Kirchenkampf, der Kampf gegen Spione und Saboteure und Anhänger bürgerlicher Parteien und nicht zuletzt der 17. Juni 1953 waren – neben dem Wirken der sowjetischen Besatzungsmacht – die vorläufigen Höhepunkte in den Anfangsjahren der politischen Strafrechtspflege im „Roten Ochsen“. Aus diesem Jahr (1953) ist auch das bislang letzte Urteil eines Sowjetischen Militärtribunals im „Roten Ochsen“ bekannt.

Eine wichtige Quelle für die Recherchen der Ereignisse und Abläufe in den Anfangsjahren des „Roten Ochsen“ bilden die so genannten Informationsberichte im SPD-Ostbüro. V-Männer, offenbar Informanten, die für westliche Parteien an verschiedenen Positionen in der DDR-Gesellschaft tätig waren, berichteten aus dem inneren Zirkel der Macht, auch aus der Haftanstalt „Roter Ochse“. Inwiefern Aussagen über vorhandene Gaskammern am halleischen Kirchtor oder über Folter, die sogar an Minderjährigen verübt worden sein soll (die Rede ist von 14-jährigen), zutreffend sind, konnte bislang nicht verifiziert werden. Jedoch ist der Einsatz von Belasteten des nationalsozialistischen Regimes in der halleischen Strafrechtspflege zumindest nicht abwegig oder undenkbar. *„Der ehemalige SS-Obergruppenführer Müller – Leiter der Gestapo – ist nicht, wie allgemein angenommen wird, im Führungsorgan des SSD, sondern lediglich an einer, dem V-Mann unbekannten Stelle, als Instrukteur eingesetzt“*, heißt es in einem Quelle-Bericht vom August 1950 an das Ostbüro der SPD.¹⁹

Eine der frühen politisch prominenten Gefangenen in der Haftanstalt war Prof. Dr. Willi Brundert, der nach erfolgter Haftentlassung und Ausreise

17 MfS BV Halle, Abt. OT, Sa Nr. 459.

18 MfS BV Halle, Abt. OT, Sa Nr. 462.

19 AdsD, SPD-Ostbüro, 0046.

1957 in die Bundesrepublik zuletzt bis zu seinem Tode im Jahre 1972 Oberbürgermeister von Frankfurt/M. war. Von Brundert befindet sich in den Akten des Ost-Büros ein Bericht²⁰, in dem er über vom sowjetischen Geheimdienst organisierte Kontaktaufnahmen an seiner Zellentür im „Roten Ochsen“ berichtet.

Die Namen Wengeroth und v. Bülow tauchen in anderem Kontext dieser Zeit erneut auf. Das Haus der Geschichte in Bonn dokumentierte in den 90er Jahren ein Faksimile von einem Flüchtling nach Westdeutschland (vermutlich Ende der 50er Jahre), wo Zelleninformanten, also Spitzel des Geheimdienstes erwähnt werden. Der Erinnerung des Flüchtlings nach sei im „Roten Ochsen“ unter den Häftlingen eine Frau bekannt gewesen, deren Identität offenbar mehrfach gewechselt habe: sie sei bekannt gewesen unter dem Namen Maria Noack, Maria von Bülow oder – Erna Dorn. War es die spätere, als berüchtigte Kommandeuse eines Konzentrationslagers (KZ) in den DDR-Medien titulierte, Rädelsführerin des 17. Juni 1953 in Halle, die im Auftrag des NKWD/MGB seinerzeit im „Roten Ochsen“ auf Willi Brundert angesetzt war?²¹

Und Wengeroth? Ebenso eine dubiose Figur im Sumpf der Geheimdienste, wie die folgenden Ausführungen zeigen: Das Jahr 1951 bildete in Bezug auf das im „Roten Ochsen“ tätige Personal des MfS einen Wendepunkt. Ein Informant des Ost-Büros berichtet über diese Ereignisse wie folgt: Wengeroth, Walter führte bis 1918 den Namen Waldersee. *„Er war Berufssoffizier und hatte während des Krieges 1939-1945 als Offizier z.B.V. im Stab von Admiral Canaris gearbeitet. Am 20. Juli 1944 war er zum Tode verurteilt worden, konnte aber über die Schweiz ins Ausland entkommen. Nach seinen eigenen Angaben hatte er nach dem Kriege zunächst als Ingenieur beim Sender Beromünster gearbeitet und hatte sich auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland der aktiven Spionage gegen das Sowjetsystem im Wismut-Gebiet Aue-Oberschlema zur Verfügung gestellt. Angeblich soll er in den Diensten des französischen Geheimdienstes gestanden haben. Dieser Mithäftling mußte jedenfalls zu jener Zeit im ‚Roten Ochsen‘ für Offiziere des NKWD Skizzen über den französischen Geheimdienst anfertigen. Für diesen Zweck waren ihm Buntstifte, Papier und Zigaretten in die Einzelzelle gereicht worden, zu der Quelle jederzeit Zutritt hatte, weil sie nicht abgeschlossen war. Weiter konnte er feststellen, daß dieser ehemalige Abwehroffizier sehr oft zu Verhören vor dem NKWD geführt wurde.“*²² Beauftragte ihn der sowjetische Geheimdienst auch da-

20 In der Bundesrepublik veröffentlichte Willi Brundert seine Hafterinnerungen unter dem Titel: „Es begann im Theater... ‚Volksjustiz‘ hinter dem Eisernen Vorhang“, Berlin 1958.

21 Vgl. auch Gursky, André: Erna Dorn: „KZ-Kommandeuse“ und „Rädelsführerin“ von Halle – Rekonstruktion einer Legende, in: „... und das Wichtigste ist doch die Einheit.“ Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, hrsg. von Hermann-Josef Rupieper, Münster 2003, S. 350 ff.

22 Vgl. wie Anm. 19.

mit, an Willi Brundert heranzutreten? Der weitere Bericht des Informanten, in dem er sich als Kalfaktor im Bereich des Staatssicherheitsdienstes (SSD) im „Roten Ochsen“ zu erkennen gab, gleicht einer Sensation. Er habe, wie er detailliert beschreibt, 1951 einen Ausbruchversuch unternommen, und zwar gemeinsam mit inhaftierten CDU-Mitgliedern, mit Willi Brundert und mit Hilfe durch Bedienstete des Staatssicherheitsdienstes. Involviert war auch: Walter Wengeroth. Das Vorhaben im August 1951 mißlang, offenbar durch Verrat des Planes von Wengeroth an den NKWD. Der sowjetische Geheimdienst hatte bereits Brundert aus dem Hafthaus B/D in den C-Block verlegen lassen. Es setzte weiter eine Häftlingsrotation ein.

„Im November 1951“, so der Bericht weiter, „rollte in diesem Zusammenhange ein Prozeß gegen das Personal des „Roten Ochsen“ ab, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur für Angehörige des SSD, geführt wurde. Die Urteile lauteten:

Anstaltsleiter Volkmar: 10 Jahre Zuchthaus
3 Schließer erhielten 7 bzw. 4 Jahre Zuchthaus.“²³

In der Tat: Polizeirat Volkmar aus Halle schmachtete von nun an selbst in den DDR-Haftanstalten, wie der bekannte Publizist und ehemalige Bautzen-Häftling, Karl-Wilhelm Fricke zu berichten weiß.²⁴

1952 habe sich der SSD in den Block A des „Roten Ochsen“ zurückgezogen, die Russen hatten die Haftanstalt als Diensteinheit verlassen. „Ein Vorkommando von etwa 70 Häftlingen mußte unter Leitung des Oberkommissars Mattusch aus der StVE Naumburg die Aufräumarbeiten leisten.“²⁵ Unter den zu beseitigenden Spuren aus der SSD-Zeit für den entstehenden Strafvollzug in den Hafthäusern B/D und C nannte die Quelle auch Wasserzellen und Zugluftbunker. Hierüber gibt es auch Zeitzeugenberichte von noch lebenden ehemals Inhaftierten aus jenen Jahren. An der Spitze der Anstalt stand nun Max Bloßfeld, jener Inspekteur, der am 17. Juni 1953 den Schießbefehl auf die demonstrierenden Menschen vor dem Kirchtor erteilte. Den politischen Charakter des Strafvollzuges faßte die Quelle wie folgt zusammen: Kontrollratsdirektive (KD)-38, Artikel 6 der Verfassung der DDR, SMT oder Sondergericht Waldheim. „Kriminelle, die später eintraten, blieben in der Minderheit und waren darum stets ohne Bedeutung.“²⁶

Eine derartige Wertung kann auf Grundlage des vorliegenden Haftbuches aus diesem Bereich bestätigt werden. Bis April 1954 war eine solche Situation gegeben. Erst jetzt erfolgte erneut eine Umorganisation des Strafvollzugswesens in Halle. Der „Rote Ochse“ mit den Hafthäusern C und B/D wurde Frauengefängnis – bis 1989. Block A blieb bis zum Ende der DDR Untersuchungshafthaus des MfS.

²³ Ebd.

²⁴ Auskunft Karl-Wilhelm Fricke an den Autor.

²⁵ Vgl. wie Anm. 19.

²⁶ Ebd.

Weitere Ausführungen im Quelle-Bericht erfolgen zu den kulturellen und medizinischen Abläufen in der Strafanstalt zwischen 1952 und 1954.

Folgende Arbeitskommandos für diese Zeit werden aufgelistet:

Tischlerei für VP, HO-Bäckerei, Wäscherei für Anstalt und VP,
HO-Kartoffelschälerei, Kartonnagenanfertigung.

Der Lohn der Häftlinge betrug pro Arbeitstag 30 Pfennige.

Schrottkommando, Pantoffel- und Hausschuhproduktion, Fuß-, Hand-,
und Medizinballproduktion, Schneiderei.

Hier erfolgte die Bezahlung nach den Industrie-Tarifen.

HO-Verrechnungskommando (50-70 Pfg. pro Tag).

Erlebnisberichte über die Einsperrung in einem sogenannten Karzer sind in den Ost-Büro-Akten ebenso erhalten.²⁷

Über den politischen Charakter der 1954 eingerichteten Frauenhaftanstalt „Roter Ochse“ berichteten bereits die zeitgenössischen Medien, die Berichte befinden sich in Abschrift in den Akten des Ost-Büros.²⁸

Einen gesonderten Schwerpunkt in den Ost-Büro-Akten bilden Informationsberichte über den Aufbau des Justizwesens in der DDR. Dabei spielt die geheimdienstliche Unterwanderung der Volksrichterschulen einen besonderen Schwerpunkt. Auch hier besteht ein enger Zusammenhang zum „Roten Ochsen“, namentlich zum ersten Leiter der Untersuchungsabteilung IX, Otto Dierl. Genannt wird auch der Schulleiter für Volksrichter Ende der 40er Jahre in Halle, Hans Gerats, der gemeinsam mit Dierl das Spitzelwesen an der Schule aufgebaut habe. Überhaupt fallen diverse Familienbande von SED- und MfS-Funktionären auf. *„Gerats zweite Frau“, so der Berichterstatte an das SPD-Ostbüro, „ist am Obersten Gericht (Benjamin) als Abteilungsleiterin tätig (Buchverwaltung). Sie ist gelernte Bibliothekarin. Gerats Bruder war während des Krieges nach Moskau emigriert und ist jetzt Kaderleiter im Landesvorstand der SED Halle. Vorgenannter ist sehr oft in Babelsberg und hält sich dann tagelang in der Wohnung des G. auf. Er kommt mit einem Wagen der Landesregierung, der immer mit mehreren Personen besetzt ist. Der Fahrer ist ein Volkspolizist.“*²⁹ Und um es abzurunden: Der hier mit erwähnte Bruder des halleschen Schulleiters Hans, nämlich Josef Gerats, zeichnete über Jahre bis zu seinem Tod für den Interessensverband der VdN (IVdN) im Lande Sachsen-Anhalt verantwortlich – eine Funktion, deren Wahrnehmung so manche und wohl auch nicht immer korrekte Presseverlautbarung entstehen ließ, worauf Hirschinger hinweist. Buchautor Hirschinger weiß heute die Angaben des Ost-Büros in zwei Punkten zu konkretisieren: Josef Gerats war nicht nach Moskau emigriert, sondern ging mit seinem Bruder vor Kriegsende 1945 nach Holland. Auch war er nicht Kaderleiter, sondern Abteilungsleiter Kader im Landesvorstand der SED. An

27 AdsD, SPD-Ostbüro, 0418, 10-17.

28 AdsD, SPD-Ostbüro, 0049 A-C.

29 Ebd.

der Volksrichterschule, an der auch der Geheimdienstoffizier Dierl wirkte, unterrichtete laut Hirschinger auch der langjährige Vorsitzende des IVvN im Lande Sachsen-Anhalt, Josef Gerats.³⁰

So schließt sich in gewisser Weise auf der Ebene der Justiz, die in der SBZ/DDR grundlegend politisch ausgerichtet war, der namentliche Kreis hauptverantwortlicher Funktionsträger, deren konspiratives und abgestimmtes Handeln bei der Verfolgung von Feinden der sich entwickelnden Parteidiktatur am Beginn der 50er Jahre wesentlich und bestimmend ist.

Häftlingsberichte und personenbezogene Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes geben einen weiteren Fingerzeig sowohl auf das sich formende als auch auf das bereits ausgeprägte „Feindbildverständnis“ der etablierten Geheimpolizei.

Ein Beispiel ist der als Pionier der WTG Zeugen Jehovas und zwei Jahre nach dem Verbot der Religionsgemeinschaft ins Visier geratene Dieter Pape aus Thale/Harz. Das war 1952, es folgten Verhaftung, Untersuchungshaft im „Roten Ochsen“ und Strafvollzug. Bereits 1960 reiste Dieter Pape nach Polen, nur hatte er zu diesem Zeitpunkt – quasi vorübergehend – einen anderen Namen. Als Erich Mager, Bundesbürger, suchte er die Kontakte zu dort im Untergrund agierenden polnischen Glaubensbrüdern. Sein konspirativer Auftrag: Illegale Unterkünfte und Organisationsstrukturen aufklären. Auftraggeber waren neben dem MfS der polnische Geheimdienst und der sowjetische KGB. Dieter Pape hatte sich nach vier Jahren Haft verpflichtet, für den Geheimdienst zu arbeiten. Entsprechend verlief seine Legenerierung, nämlich ein Geschichtsstudium an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Diplom-Historiker, der sich kritisch mit den Lehren der Wachturmgesellschaft (WTG) auseinandersetzte. Er war Mitbegründer und führender Kopf in der vom MfS initiierten Organisation „Christliche Verantwortung“ (CV), deren gleichnamiges Publikationsorgan weit über die Grenzen der DDR bis zum Ende 1989 – und auch darüber hinaus – publiziert und verbreitet werden sollte. Heute sind die einzelnen Ausgaben der CV im Internet komplett eingestellt und für Interessierte abrufbar. In CV schrieben viele Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS, ehemalige ZJ, aber auch solche ohne MfS-Anbindung und, wie es heißt, im „guten Glauben“.

Dieter Pape stand namentlich für das Strafvollzugskonzept einer Umerziehung im Haftbereich für inhaftierte ehemalige Glaubensbrüder in der DDR. Im Polen-Einsatz aus dem Jahre 1960 trug er auch dafür Sorge und Verantwortung, daß viele ZJ vom polnischen Geheimdienst verhaftet werden konnten und in den kommunistischen Kerkern, auch der Sowjets verschwanden – nicht selten spurlos und ohne weiteres Lebenszeichen.³¹

30 Vgl. Hirschinger wie Anm. 13, S. 13 ff.

31 Vgl. Gursky, André: Zwischen Aufklärung und Zersetzung. Zum Einfluss des MfS auf die Zeugen Jehovas in der DDR am Beispiel der Brüder Pape, hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Sachbeiträge (27), Magdeburg 2003.

Offener Justizterror in der SBZ/DDR – Reflexionen nach dem Ende des sowjetisch dominierten Ostblocks: Einführungsreferat zum Podiumsgespräch auf dem Halle-Forum 2012:

Ergänzte Ausführungen von Dr. Falco Werkentin (Berlin)

Schauprozesse, das äußere Symbol des bekennenden Justizterrors, seitens deutscher Gerichte begannen auf Weisung der sowjetischen Militäradministration bereits 1946 – zunächst gegen NS-Täter. Demgegenüber gab es in der SBZ nahezu keine Schauprozesse von Seiten sowjetischer Militärtribunale gegen deutsche Bürger mit Ausnahme des sogenannten Sachsenhauses-Prozesses in Berlin-Pankow im Oktober 1947 gegen Anton Kaendl, letzter Kommandant des KZs Sachsenhausen, und 15 weitere Angeklagte. Dies überrascht, war doch die Sowjetunion das „Mutterland“ der Schauprozesse.

Wenn man in die Akten der deutschen Zentralverwaltung für Justiz blickt so findet man schon aus dem Jahre 1946 Berichte von Eugen Schiffer, Chef der deutschen Zentralverwaltung für Justiz, an die SMAD über durchgeführte Schauprozesse. Dabei wurde der Begriff ganz naiv und unverdeckt benutzt. Wie Sie wissen, handelt es sich bei Schauprozessen um nur äußerlich am strafrechtlichen Verfahren orientierte Gerichtsinszenierungen, die auf propagandistischer Massenwirksamkeit zielten. Zu ihren Merkmalen zählten bereits im Vorfeld beginnende und das Verfahren begleitende Propagandakampagnen, geständige und sich selbst politischer oder wirtschaftlicher Verbrechen anklagende Beschuldigte und sorgfältig ausgesuchte Zuschauer.

Dass bereits in den frühen Nachkriegsjahren die Justiz der SBZ Schauprozesse inszenierte findet seine Erklärung darin, dass die Justiz unter strikter Kontrolle der Besatzungsmacht stand – wie im übrigen auch die Justiz in den westlichen Besatzungszonen. Das hatte gute Gründe. Denn das grauenhafte Bild, das die deutsche Justiz zwischen 1933 bis 1945 geboten hatte, gab jeden Anlass, der im Neuaufbau befindlichen Justiz streng auf die Finger zu schauen. Allerdings ging es den jeweiligen Besatzungsmächten um höchst unterschiedliche Ziele. Während die westlichen Besatzungsmächte darauf achteten, dass in ihren Zonen wieder eine rechtsstaatliche Justiz aufgebaut wurde, ging es in der SBZ von vorn herein darum, die Justiz am sowjetischem Vorbild zu orientieren, auch wenn man zunächst in den ersten zwei, drei Jahren die Justizverwaltung den bürgerlichen Blockparteien überließ. Sie wissen, es gab keinen einzigen KPD- oder SED-Justizminister bei der Bildung der neuen Länder. Diese Aufgabe wurde Juristen aus den Blockparteien überlassen – zu

unwichtig war zunächst die Justiz. Priorität hatte der Zugriff auf das unmittelbarste und direkteste Machtinstrument, auf die Polizei. An der Verfolgung echter oder vermeintlicher politischer Gegner der sich entwickelnden neuen Diktatur war die deutsche Justiz zunächst nicht beteiligt. Dies übernahmen der sowjetischen Geheimdienst und die sowjetischen Militärtribunale. Erst nachdem man mit den Volksrichterlehrgängen sich einen eigenen neuen Körper parteiergebener Justizfunktionäre geschaffen hatte, begannen auch deutsche Gerichte der SBZ mit politisierten Prozessen, die den Charakter von Schauprozessen annehmen konnten. Zunächst ging es um Prozesse wegen des Vorwurfs nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, alsbald dann auch um sogenannte Sabotage- und Wirtschaftsverbrechen, deren vorrangiges Ziel die Enteignung mittelständischer und Kleinbetriebe war, um den volkseigenen Sektor in der Wirtschaft zu vergrößern.

Einen Einblick in die sorgfältige Inszenierung von Schauprozessen in den frühen Nachkriegsjahren liefert der Bericht eines hohen Justizfunktionärs über den Prozess gegen Hans Meinshausen, in den Jahren der NS-Diktatur Oberbürgermeister von Görlitz, und Bruno Malitz, 1941-45 NSDAP-Kreisleiter der Stadt. Angeklagt wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, wurden sie 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Bericht wird hier ausführlich zitiert, da in ihm sehr detailliert geschildert wird, mit welchem Aufwand und welcher Sorgfalt Schauprozesse vorbereitet wurden.

„Die Besonderheit des Verfahrens liegt nicht so sehr im juristischen Tatbestand, wie in der äußeren Form, in der sie durchgeführt wurde und der dahinterstehenden Organisation. Da sie als Muster für etwa späterhin durchzuführende Schauprozesse dienen kann, habe ich in einer längeren Unterredung mit dem Polizeiinspektor Mellmann die näheren Einzelheiten darüber ermittelt; Mellmann hat nicht nur die Untersuchung geführt, sondern war auch die Zentralstelle für die organisatorischen Arbeiten.

Die Vollkommenheit, mit welcher eine reibungslose Abwicklung des in seinem Umfang einzigartigen Verfahrens und das Ziel einer Beteiligung der Bevölkerung im größtmöglichen Maßstabe erreicht wurde, kann nach meiner Überzeugung nur auf die besonders nahe und gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Justizbehörden, Polizeibehörden und der Stadtverwaltung- in dieser wiederum die Zusammenarbeit der Blockparteien - zurückgeführt werden.

Unter dem Vorsitz von Mellmann wurde zunächst ein aus 5 Personen (Vertreter der Stadtverwaltung und der Parteien) Organisationskomitee gegründet; jedes Mitglied des Komitees wurde Vorsitzender eines Unterausschusses, zu dem weitere Parteivertreter hinzugezogen wurden“.

Und weiter heißt es in diesem Bericht:

„Für die Verhandlung wurde von der Stadtverwaltung kostenlos die über 2.000 Personen fassende Stadthalle zur Verfügung gestellt (...).

In der Mitte der Bühne war auf einem besonderen Podest der mit grünem Tuch bekleidete Richtertisch aufgestellt, (...) die gesamte Rückwand der Bühne wurde durch eine riesige weiße Leinwand gebildet, auf welcher die in der Verhandlung zur Sprache kommenden Urkunden und dass Bildmaterial projiziert wurden.

(...)

Darüber hinaus waren Lautsprecher nicht nur in den unter dem Saal gelegenen Gastwirtschaftsräumen und im Garten der Stadthalle, sondern auch auf alle größeren Plätzen der Stadt verteilt, (...) so dass auch diejenigen, die keine Eintrittskarten mehr erhalten hatten, die Verhandlung verfolgen konnten. Die Seitenlogen waren für die Behördenvertreter und Parteiführungen reserviert. Im Übrigen wurden zunächst die angeforderte Zahl Eintrittskarten an die Parteileitungen ausgegeben und der verbleibende Rest frei vergeben. Eintrittsgelder wurden nicht erhoben (...).

Vom Organisationskomitee war auch der Besuch der Verhandlung durch Delegationen der Betriebe organisiert worden (...). Im Vorsaal der Stadthalle befand sich ein besonderes Büro, in welchem für auswärtige Zuhörer Quartiere vermittelt und Essenmarken verteilt wurden.“¹

In der Folgezeit begann eine ganze Welle von Schauprozessen, die insbesondere von der 1948 gebildeten Zentralen Kontrollkommission (ZKK) unter Leitung von Fritz Lange organisiert wurden. Propagandistisches Ziel dieser Inszenierungen war es, die Enteignung mittelständischer Unternehmen unter dem Vorwurf der Wirtschaftssabotage zu begründen – eine Praxis, die sich bis zum Abschluss der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 fortsetzte. Am Anfang stand der sogenannte Glauchau-Meeraner Textilschieberprozess im November/Dezember 1948 unter Vorsitz des Volksrichters Fleming. Wegen des Vorwurfs der Wirtschaftssabotage wurden sechs Textilunternehmer zum Tode verurteilt – Urteile, die 1949 das Politbüro der SED in Haftstrafen umwandelte. In einem Protokoll der SED-Landesleitung Sachsen vom 15.11.1948 heißt es zur Vorbereitung dieses Verfahren u.a.:

„Gen. Edel berichtet über die Vorbereitungen des Prozesses. Er nimmt dazu Stellung, ob in dem Prozess die Todesstrafe zur Anwendung kommen soll und spricht sich in dem Sinne aus, dass dann eine Handhabe hierfür vorhanden sein müsse.

1 Bericht über die Dienstreise nach Görlitz in der Zeit vom 19.-21. April 1948, gez. Nathan, BArch DP-1-VA-320.

Zur Berichterstattung müsse mit der A.D.N. ein Abkommen getroffen werden, damit die Berichte nicht wieder zu spät kommen und unnötig viel Geld ausgegeben wird (...). In einer besonderen Aussprache müsse die Publikation im Rundfunk besprochen werden.

Zur Vorbereitung in Glauchau selbst:

In Glauchau und Meerane sind Versammlungen vorgesehen, wo Mitglieder des L.V. (Landesvorstand) sprechen. Es soll durch die Massen gefordert werden, dass die Todesstrafe zur Anwendung kommt. Der Saal fasst 150 Zuhörer."²

Mit Gründung der DDR im Oktober 1949, der Bildung eines Obersten Gerichts (OG) mit Hilde Benjamin als Vizepräsidentin und der Berufung von Ernst Melsheimer als Generalstaatsanwalt der DDR begann 1950 eine ganze Serie von Schauprozessen des Obersten Gerichts – Schauprozesse, die auch die Funktion hatten, den Richtern an nachgeordneten Gerichten in den Ländern der DDR beispielhaft vorzuführen, wie fortan politische Prozesse zu führen sind. Daher wurden Richter und Staatsanwälte per Dienstanweisung verpflichtet, die Prozesse des OG zu studieren und auszuwerten.

Hilde Benjamin gab ihr Debüt als vorsitzende Richterin eines Schauprozesses des OG im April 1950 buchstäblich auf der Bühne des Stadttheaters von Dessau im Herwegen-Brundert- bzw. Deutsche Continental Gas-Gesellschaft (DCGG)-Prozess. Das Ziel dieses Prozesses hatte am 28. Februar 1950 das Politbüro der SED festgelegt:

„Der Prozess ist so zu führen, dass die Rolle des Monopolkapitals, seine Zersetzungsarbeit mit Hilfe käuflicher Agenten und deren verbrecherische Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik deutlich zu Tage tritt“³. Darüber hinaus legte das Politbüro fest, welche SED-kontrollierten Massenorganisationen Delegationen zu Prozess zu schicken hatten und dass die Anklageschrift vor ihrer Veröffentlichung dem Sekretariat des ZK zur Kontrolle vorzulegen sei.

Fortan wurde es bis in die frühen 60er Jahre hinaus ständige Praxis, dass das Politbüro, das Sekretariat des ZK oder SED-Generalsekretär Walter Ulbricht über politisch als bedeutsam erachtete Prozesse entschied, von der Frage der Anklageerhebung über das Urteil bis gegebenenfalls über das Gnadenverfahren. Im DCGG-Prozess wurden die Hauptangeklagten

2 Dieses Protokoll ist zu finden in Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Bestand: SED-Landesleitung, Bd. 784. Ausführlicher zum Prozess Nils Klawitter: „Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR: Die Verfahren gegen die "Textilschieber" von Glauchau-Meerane und die "Wirtschaftssaboteure" der Deutschen Continental-Gas-AG1", In: „Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR". Band 4 der Reihe Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

3 Politbüro-Sitzung vom 28.02.1950, BArch SAPMO DY 30 / IV 2/74.

Leo Herwegen, Willi Brundert und Friedrich Methfessel zu je fünfzehn Jahren verurteilt.⁴ Hilde Benjamin als Vorsitzende Richterin war in dieser Rolle letztlich auch nur eine Strohfigur der Partei. Nicht sie, sondern das Politbüro fällte das Urteil im DCGG-Verfahren. Hilde Benjamin hatte nur vorzutäuschen, dass das vom Politbüro ausgesprochene Urteil ein Ergebnis ihrer eigenen Beweiswürdigung und juristischen Abwägung sei. Zu den gespensterhaften Details dieses Verfahrens zählte, dass Fritz Lange, der Chef der ZKK, der diesen Prozess organisiert hatte, in einer Loge des Dessauer Stadttheaters saß und über einen Boten Hilde Benjamin Spickzettel mit Anweisungen über die richtige Prozessführung schickte. Wie bereits angesprochen, bildete der DCGG-Prozess den Auftakt für eine ganze Serie von Schauprozessen des OG im Jahre 1950, zu denen u.a. der Solvay-Prozess in Bernburg und der Prozess gegen Angehörige der Zeugen Jehovas gehörten. Dies wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen. Der ehemalige Richter am OG der DDR, Rudi Beckert, hat 1995 eine gute Übersicht über die Schauprozesse, aber auch über die Geheimverfahren des OG vorgelegt, auf die hier verwiesen werden kann.⁵

Nachdem sich die neu gebackenen Volksrichter und Volksstaatsanwälte bereits vor Gründung der DDR in Wirtschaftsstrafverfahren und den Verfahren nach Befehl 201 der SMAD vom August 1947 über die beschleunigte Beendigung der Entnazifizierung bewährt und auch die Bewährungsprobe der Waldheimer Prozesse im Frühjahr 1950 bestanden hatten, übernahmen sie nun auch Prozesse gegen echte und vermeintliche politische Gegner des neuen Regimes. Sie entlasteten damit sowjetische Militärtribunale, die ab 1955 Prozesse gegen DDR-Bürger völlig einstellten.

Dabei waren politische Schauprozesse – oder „Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit“, wie sie ab 1950 offiziell genannt wurden – nur die Spitze des Eisberges. Denn auf wenige Schauprozesse vor ausgewähltem Publikum kamen Tausende Geheimprozesse hinter verschlossenen Türen, für die sich das Regime letztlich so schämte, dass den Verurteilten nicht einmal die Urteile ausgehändigt wurden.

4 Ausführlicher zum DCGG-Prozess André Gursky: „Die Vorgeschichte der Dessauer Schauprozesses“, Teil 13 der Reihe Sachbeiträge, Hrsg: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, und Nils Klawitter: „Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR: Die Verfahren gegen die „Textilschieber“ von Glauchau-Meerane und die „Wirtschaftssaboteure“ der Deutschen Continental-Gas-AG“, In: „Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR“, Band 4 der Reihe Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

5 Die erste und letzte Instanz – Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR, Goldbach 1995.

Neben den großen Schauprozessen des OG der DDR und den Prozessen der Landgerichte, ab Mitte 1952 dann vor den politischen Strafsenaten der Bezirksgerichte, wurden auch auf lokaler Ebene kleine Schauprozesse inszeniert, so etwa 1952 in dem kleinen sachsen-anhaltinischen Dorf Dähre. Auf Anweisung des Ministers für Landwirtschaft, Maikath, sollten zwei vom Minister benannte Bauern verurteilt werden. Der Staatsanwalt erhielt gegen 12 Uhr einen Anruf, ein Richter gegen 14 Uhr, des Inhalts, dass sie um 18 Uhr in Dähre einen Schauprozess zu machen hätten. Und so geschah es gegen 18 Uhr im Schulhaus des Dorfes. Vor den Augen der Dorfgemeinschaft wurde ein Bauer wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Doch die Botschaft dieses dörflichen Schauprozesses ging in diesem Fall nicht auf. Statt eingeschüchtert zu sein befreiten Bauern des Dorfes den Verurteilten, der in die Bundesrepublik fliehen konnte.⁶

Obwohl sich mit dem Begriff „Schauprozess“ die Vorstellung von Öffentlichkeit verbindet, gab es Varianten der Schauprozesspraxis, von denen die Öffentlichkeit nie etwas erfuhr, wohl aber ausgewählte Berufsgruppen. So wurde z.B. am 1. September 1951 der Wirtschaftsstaatsanwalt Fohrmann in Anwesenheit von 164 persönlich eingeladenen Richtern und Staatsanwälten zu 15 Jahre Zuchthaus verurteilt, weil er der Partei zu lasch war bei der Verfolgung mittelständischer Unternehmer. Eine Presseberichterstattung gab es nicht – wohl aber sprach sich unter allen Richtern und Staatsanwälten der DDR herum, was geschehen kann, wenn die eigenen Urteile und Strafanträge auf den Unwillen der SED-Führung stoßen. Und vergleichbar waren Schauprozesse gegen Mitarbeiter des MfS, die als Verräter zum Tode verurteilt wurden. Auch über diese Prozesse erfuhr die Öffentlichkeit nichts, wohl aber einige Mitarbeiter des MfS, die als Zuschauer eingeladen worden waren und später alle Mitarbeiter, denen per Tagesbefehl mitgeteilt wurde, dass der Verräter X. zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sei.

Die tagespolitische Zielsetzung der von der SED kontrollierten Schauprozesse zeigt sich besonders deutlich in den Wochen nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Mit einer Vielzahl von Schauprozessen des Obersten Gerichts und der politischen Strafkammern an den Bezirksgerichten versuchte die Partei den Nachweis zu erbringen, dass westliche Agenten und unbelehrbarer Faschisten am 17. Juni einen Putsch gegen die Regierung versucht hätten.

Ein neuer Höhepunkt der Schauprozesspraxis entwickelte sich im Umfeld des Mauerbaus im August 1961. Jetzt ging es darum, den

6 Zum Fall siehe Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 75ff.

Nachweis zu erbringen, dass die Fluchtwelle eine Folge systematischer Abwerbung von DDR-Bewohnern durch die Bundesrepublik sei, wie im Prozess des OG gegen Hans Adamo und Andere im Juli 1961. Als neues Instrument der Inszenierung von Schauprozessen wurde nun die Fernsehberichterstattung genutzt, um breitenwirksam die Legende von der Abwerbung zu verbreiten. Nicht nur die „Aktuelle Kamera“, also die abendliche Hauptnachrichtensendung des Adlershofer Fernsehens berichtete, sondern es wurden auch Sondersendungen ausgestrahlt, um die Wirkung von Schauprozessen zu vertiefen.⁷ Nach dem Mauerbau, der von einem neuen Höhepunkt des Justizerrors in der DDR begleitet wurde, dienten Schauprozesse vor allem dazu, westliche Fluchthelfer als „Menschenhändler“ abzustempeln, wie zum Beispiel im Dezember 1962 der Prozess gegen Harry Seidel, einst ein bekannter Radrennfahrer der DDR.⁸

Im Laufe der Jahre nach dem Mauerbau wurde die SED in ihrer Justizpropaganda schamhafter, die Berichterstattung in den Medien über politische Prozesse ging zurück, wurde nahezu eingestellt. Die SED buhlte um die internationale Anerkennung der DDR und um die Aufnahme in die Vereinten Nationen. Zudem ließen die innerdeutschen Verhandlungen, die 1972 im sogenannten Grundlagenvertrag einmünden, es opportun erscheinen, möglichst wenige Einblicke in die politische Justizpraxis zuzulassen, die zwangsläufig mit jedem Schauprozess verbunden sind.

Es gibt allerdings einen Bereich, indem die SED und ihre Justiz alle Anstrengungen unternahmen, um ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu treten. Schauprozesse gegen mutmaßliche NS-Täter wurden vorbereitet und inszeniert wie Fernsehspiele, ging es doch innen- wie außenpolitisch darum, den Nachweis zu erbringen, dass die DDR der bessere Teil Deutschlands sei, soweit es den Bruch mit der gesamtdeutschen nationalsozialistischen Vergangenheit und die Ahndung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen betrifft. Zu nennen ist z.B. der Abwesenheitsprozess des OG der DDR gegen den Bundesminister für Vertriebene, Theodor Oberländer, im Frühjahr 1960, der sehr bewusst zu einem Zeitpunkt organisiert wurde, als mit dem Eichmann-Prozess in Jerusalem die Ahnung von NS-Verbrechen von der Weltöffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wurde.⁹ Die Genossen der Justiz hatten sich mit der Terminierung präzise an eine Anweisung des Politbüros der SED aus

7 Siehe hierzu Klaus Marxen, Annette Weinke (Hg.), Inszenierungen des Rechts: Schauprozesse, Medienprozesse und Prozessfilme in der DDR, Berlin 2006.

8 Vgl. die Berichterstattung in „Neues Deutschland“ vom 27.-29. und 31. Dezember 1962.

9 Vgl. Philipp-Christian Wachs, Der Fall Theodor Oberländer, Frankfurt/M – New York 2000. Zum Prozess S. 266-308.

dem Jahre 1951 gehalten, in der für Schauprozesse festgelegt worden war: „Dabei ist auf richtige Auswahl von Zeit, Ort und Zuhörerkreis zu achten“.¹⁰

Das gleiche Ziel wie beim Oberländer-Prozess verfolgte der wiederum in Abwesenheit des Angeklagten geführte Schauprozess des OG im Juli 1963 gegen Hans Globke, Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Globke hatte 1935 einen Kommentar zu den nationalsozialistischen Rassengesetzen veröffentlicht. Beide Schauprozesse waren Bestandteil einer Propagandaoffensive der DDR gegen die Bundesrepublik, die 1957 mit der „Blutrichterkampagne“ begann und zum Ziel hatte, Funktionseleiten in der Bundesrepublik unter Verweis auf ihre Verstrickung in NS-Verbrechen zu diskreditieren.

Zu nennen ist schließlich der mit umfangreicher medialer Präsenz geführte Prozess des OG gegen den ehemaligen KZ-Arzt Horst Fischer, der bis 1965 unentdeckt in der DDR als Landarzt praktiziert hatte.¹¹ Ihn verurteilte das OG am 25. März 1966 zum Tode, wobei auch im Vordergrund dieses Prozesses der propagandistische Versuch stand, die Bundesrepublik anzuklagen. Die im Prozess und im Urteil verbreitete These hieß, dass Fischer letztlich nur ein Handlanger des IG Farben-Konzerns gewesen sei, dessen Rechtsnachfolger und Manager in der Bundesrepublik wieder wichtige Positionen innehätten.

Aber auch bei Strafverfahren gegen NS-Täter gab es Einschränkungen. Zum einen wurden nicht alle Prozesse wegen des Vorwurfs von NS-Verbrechen öffentlich gemacht, da sie gezeigt hätten, dass nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR viele NS-Täter lebten. Zum anderen führte die Ächtung der Todesstrafe durch die Vereinten Nationen dazu, dass nach 1972 die DDR-Medien über Todesurteile generell nicht mehr berichten durften, mithin auch nicht über Todesurteile gegen NS-Täter, so sehr ansonsten Strafverfahren gegen NS-Täter eine herausragende Ressource der Selbstlegitimation der SED-Herrschaft waren.

10 Politbüro der SED, Beschluss vom 11.12.1951, betr: Maßnahmen zur Verbesserung der Organe der Justiz und ihrer Arbeit in der DDR und in Berlin, BArch DY 30 SAPMO NL 90/440.

11 Vgl. Christian Dirks, „Die Verbrechen der anderen“ – Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn 2006.

Offener Justizterror in der SBZ/DDR – Reflexionen nach dem Ende des sowjetisch dominierten Ostblocks: Podiumsgespräch auf dem Halle-Forum 2012:

Ausführungen von Dr. Klaus-Dieter Müller (Dresden)

Ich möchte zu Beginn sagen, dass ich einige Probleme mit dem Begriff Justizterror in Bezug auf die sowjetische Besatzungsmacht habe, insbesondere aber mit dem Adjektiv „offen“. Falco Werkentin hat ja darauf abgehoben, dass Schauprozesse ein Mittel, v.a. der deutschen Justiz waren, um Justizterror auszuüben. Schauprozesse sind tatsächlich ein Mittel, um die Öffentlichkeit zu beeindrucken und auch bestimmte Abschreckungsmaßnahmen hervorzurufen.

Terror hat mindestens eine doppelte Bedeutung. Die eine Bedeutung liegt darin, auch Schrecken nach innen zu verbreiten und damit gleichzeitig Feinde auszuschalten mit Hilfe der Justiz. Das haben die Sowjets eindeutig gemacht, gegenüber denen, die sie als Feinde betrachtet haben. Der zweite Aspekt ist aber die Abschreckung, und die Abschreckung kann natürlich nur dann maximal funktionieren, wenn man dies tatsächlich öffentlich macht.

Schauprozesse auf sowjetischer Seite hat es praktisch in der SBZ und frühen DDR nicht gegeben. Der einzige SMT-Prozess, der als offener Prozess tatsächlich mit umfassender Pressebegleitung geführt worden ist, war 1947 der Sachsenhausenprozess gegen die Bediensteten des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Er ist auch entsprechend vorbereitet worden, es gab Beweismittel und Zeugenvernehmungen. Zudem war er gegen die Verantwortlichen des KZ Sachsenhausen gerichtet, also gegen Täter. Alle anderen, das sind immerhin rund 35.000 Menschen, die Zahl ist ja schon genannt worden, sind zwischen 1945-1953 verurteilt worden, aber eben in Geheimprozessen.

Andererseits ist der Begriff Terror nicht völlig unangemessen, denn im sowjetischen System war die Justiz von einer Aura der Geheimhaltung umgeben. Gleichwohl haben die Menschen natürlich mitbekommen, dass ihre Angehörigen verhaftet worden sind, weil sie entweder bei der Verhaftung dabei waren oder weil die Angehörigen verschwunden blieben. Nur manchmal erhielten sie nach ein paar Tagen Zugang zu ihnen, indem dann etwa irgend ein deutscher Kommandant mitteilte, bringen sie Ihrem Mann noch eine Decke oder eine Jacke: *Ihr Mann ist jetzt hier...*, aber: ab einem bestimmten Zeitpunkt war der Verhaftete trotzdem weg, verschwunden, der Weg verlор sich. Und der Verhaftete war wirklich weg. Kontakte gab es nicht mehr. Erst nach Jahren konnte er ggf. aus dem Gulag oder aus deutschen Gefängnissen schreiben, und häufig blieb er

verschwunden, bis er schließlich wie viele Tausende Mitte der 50er Jahre wieder vor der Tür stand. Manche blieben bis 1990 verschwunden, als sich die ersten russischen Archive öffneten und erstmals Familien Näheres über die Schicksale ihrer Angehörigen erfahren konnten. Und teilweise erhalten Menschen erst heute Nachricht, wenn sie etwa im Rahmen des russischen Rehabilitierungsgesetzes Nachforschungen anstellen. [Anm. d. Red.: siehe www.dokst.de]

Und ich denke, die Behandlung der Verhafteten und Verurteilten ist ähnlich wie bei den Speziallagern, bei denen es auch sehr viele Gerüchte gegeben hat und die Menschen über Jahre verschwunden waren, denn auch bei denen gab es keinen offiziellen Schriftverkehr mit den Insassen dieser 11 Speziallager. Auch diese Menschen blieben verschwunden. Generell, um auf die Frage zurück zu kommen, würde ich eher von indirektem Terror sprechen, weil Menschen in Unsicherheit gehalten worden sind. Prozesse gegen Brundert und andere sind sicherlich als politische Prozesse zu betrachten.

Es gibt aber z.B. einen großen einen Prozess, der nicht in die große Reihe der politischen Prozesse passt. Das ist ein Prozess in Dresden, der 1947 geführt worden ist, der Dresdner Euthanasieprozess. Er wurde gegen Ärzte und Mitarbeiter der T4-Aktion und der „Euthanasie“-Anstalt Sonnenstein geführt. Er endete mit mehreren Todesurteilen. Und dies ist ein Prozess, der zwar auch öffentlich geführt worden ist, als Zeichen, dass man sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzt und dass man versucht, tatsächlich Schuldige zu finden und diese auch mit Beweisen zu überführen. Aber wenn man diesen Prozess, wir haben dazu eine Sammelband herausgebracht, wenn man diesen Prozess beurteilt, so ist dieser tatsächlich kein politisch gelenkter Prozess. Die damaligen Richter, die dem Gericht vorgesessen haben, haben ihn weitestgehend nach den Regeln eines rechtsstaatlichen Verfahrens geführt. Es gab natürlich Verteidiger und es sind tatsächlich auch Beweise erhoben worden, es gab auch Freisprüche. In manchen Bereichen hat die frühe deutsche Justiz zwar auch offene Prozesse gemacht, aber in dem Sinne aber sind es keine Schauprozesse gewesen. Der Dresdner Prozess ist tatsächlich trotz Druckes der SED nach rechtsstaatlichen Prinzipien geführt worden. Zwar hat die SED noch versucht, die „Werk tätigen“ zu aktivieren. Dies hatte auf den Ausgang des Prozesses aber keine unmittelbare Auswirkung. Es gab Proteste dagegen, dass den Angeklagten angeblich zu viele Rechte eingeräumt würden, dass sie ihre Meinung offen darstellen könnten. Man hat also schon versucht, Einfluss zunehmen, aber es ist eben nicht von oben so gesteuert worden und konnte nicht so gesteuert werden, wie das bei den anderen frühen Prozessen der Fall war. Es waren (noch) keine SED-Juristen, die da bei Gericht saßen.

Dann – ich hatte es schon gesagt – heißt das eben auch, dass die sowjetische Besatzungsmacht, abgesehen von dem Punkt „Verfolgung von NS-Verbrechen“, natürlich ab einem gewissen Zeitpunkt mit Hilfe ihrer Geheimprozesse und dem, was sie aus Prozessen in der Sowjetunion gelernt hatten, versucht hat, Gegner auszuschalten. Es wurden sowohl Gegner der Besatzungsmacht, als auch Gegner der SED, also der sich langsam etablierenden Diktatur, ausgeschaltet. Geheimhaltung war eben das Signum, was den Prozessen insgesamt, auch dem Untersuchungsprozess selbst, zu eigen war. Hier kommt ins Spiel, dass die Sowjetunion, das ist eben der Unterschied zu den westlichen Besatzungsmächten, insgesamt als eine totalitäre Macht aufzufassen ist, die relativ schematisch ermittelte. Es wurde ermittelt und Recht gesprochen auf der Grundlage russischer Vorschriften und Gesetze. Diese wurden häufig einfach schematisch auf die SBZ übertragen. Das bedeutet in der Regel eben, bis auf den offenen Prozess in Sachsenhausen, dass es keine Verteidiger gibt, dass im Untersuchungsverfahren alles soweit vorformuliert ist, dass im Prinzip die Gerichte im Wesentlichen das übernehmen können, was die Ermittlungsbehörden zusammengetragen haben und was dann auch von den Angeklagten jeweils unterschrieben worden ist. Die Verhörprotokolle sind auf jeder Seite z. B. unterschrieben. Der Prozess ist im Prinzip eigentlich eine Art Nachvollzug des Untersuchungsverfahrens. So eine Verfahrensweise ist natürlich eindeutig nicht rechtsstaatlich.

Geführt als Geheimprozesse, gibt es relativ wenig Möglichkeiten, auch Entlastungsargumente einzubringen. Manchmal findet sich in der Akte, dass jemand explizit widerspricht, in der Akte heißt es dann: *Ich erkläre mich für unschuldig, ich erkenne nicht an ...* – das gibt es auch.

Was überhaupt nicht vorkommt, und darum passt der Begriff *Anwendung von unrechtmäßigen Mitteln* zumindest im Inneren sehr gut, sind Hinweise auf die Anwendung von Gewalt: Viele der Häftlinge sind gefoltert worden, oder wurden solchen nächtlichen Dauerverhören unterzogen, dass hier der Begriff Folter passt. Aber in den Akten tauchen solche Aussagen selbst selten auf. In manchen – wenigen Akten – habe ich solche Hinweise gefunden, wenn man etwa das Glück hatte, mal über ein gesamtes Gerichtsprotokoll zu verfügen. So heißt es denn etwa, *ich widerrufe mein Geständnis, ich bin bedroht worden von denen, ich bin geschlagen worden von denen ...*. Was hat das Gericht dann getan? Es hat diesen Fall schnell abgetrennt und der Rest der Angeklagten wurde dann programmgemäß verurteilt.

Das heißt, wie die Angeklagten untergebracht waren und wie die Vernehmer sich verhalten haben, findet sich eben in den Akten so nicht wieder. Es gibt Hinweise auf die Zeitpunkte der Verhöre, wie auch der vie-

len Nachtverhöre, dort steht dann eben in der Akte: *Beginn des Verhörs, Verhör bis ...* und so weiter. Das notieren wir dann, wenn die Angehörigen so etwas wissen möchten, wie auch die wenigen Angaben, wie jemand behandelt worden ist.

Gestern war schon die Rede davon, welche Funktionen denn Sowjetische Militärtribunale haben. Mit dem Kalten Krieg, zumindest für die erste Phase nach 1945, denke ich, hat das weniger zu tun. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Spionagemagie erinnern, die es schon aus den 30er Jahren gab. Herr Petersen hat erwähnt, was alles Komintern-Leute, wie Erwin Jöris, nicht machen sollten, wenn sie denn bei der Komintern in irgendwelche Schulen gehen: Kontakte mit Ausländern waren da mindestens suspekt, im Grunde aber verboten. Die Sowjetunion fühlte sich von einer feindlichen Umwelt umgeben. Und das wurde auch mittransportiert in die SBZ, als die Spannungen zwischen den Alliierten zunahmen.

Das bedeutet, dass die Abschottung der Kontakte gegenüber anderen, vor allen Dingen in den Westen, immer von besonderer Bedeutung war. Zum anderen spielte, wie schon gesagt, der Spionageverdacht eine besondere Rolle. Wenn z.B. einem Verhafteten tatsächlich nicht nur vorgeworfen werden konnte, er habe lediglich einfach illegal die Grenze überschritten, sondern er sei auch ein Spion gewesen, der angeblich irgendwelche Informationen nach Westberlin gebracht oder von dort erhalten habe, der von dort politische Informationen bekommen und auch verteilt habe, so wurde die Anklage immer auf diese Punkte erweitert und bildete den Schwerpunkt.

Das ist aus meiner Sicht durchaus auch eine Übertragung der sowjetischen Erfahrungen aus den 30er Jahren auf das Gebiet der SBZ, der DDR, bzw. der Westzonen. Ganz grundlos ist dies auch nicht, weil die Sowjetunion bezüglich der aufkommenden Diktatur in der SBZ/DDR natürlich vermeiden wollte, dass möglichst zu viel unabhängige Informationen, auch über die politische Entwicklung in der SBZ/DDR, über Vorbereitungsmaßnahmen zur Errichtung der Diktatur, überhaupt bekannt werden. Und der Kalte Krieg begann tatsächlich ja schon 1946, quasi nach Churchills Rede, in der er einen Eisernen Vorhang anprangerte.

Es ist der Sowjetunion jedoch nicht gelungen, ihre Zone wirklich abzuschotten. Andererseits muss man konstatieren, dass vieles von dem, was Deutsche an Informationen in den Westen gegeben haben, öffentlich zugängliche Information waren, die dann von den Sowjets als Geheiminformation gewertet wurden, obwohl sie dies nicht waren. Darin liegen die Hauptgründe, die heute dazu führen, dass in der Regel die

Menschen, die wegen Spionage verurteilt worden sind, rehabilitiert werden. Sie bilden die größte Einzelgruppe unter den SMT-Verurteilten und sie werden meist rehabilitiert, weil die Militärstaatsanwaltschaft heute feststellt, sie hätten allgemein zugängliche Informationen gesammelt, die damals fälschlich als geheim erklärt wurden. Das Urteil sei daher politisch begründet und wird aufgehoben.

Es hat einfach mit der politischen Situation zu tun, dass man offen eine bestimmte Oppositionshaltung nicht zeigen konnte. Dies führte dazu, dass dann das, was man gemacht hat, statt dessen kriminalisiert wurde. Der Begriff Terror passt auch insofern nicht wirklich gut, weil vielen, die aus diesen politischen Gründen verurteilt wurden, gar nicht bekannt war, in welche Gefahr sie sich begeben hatten. Wenn ich mich richtig entsinne, waren es Horst Hennig und einige andere, die mir z.B. erzählt haben, dass sie sich durchaus nicht bewusst waren, dass man wegen Protestes gegen die Studentenratswahl oder ähnlichen Dingen mit einem Todesurteil bedroht könnte, oder ersatzweise mit 25 Jahren Haft. Das Strafmaß, das drakonische Strafmaß aus der Sowjetunion, was auch in der DDR für kleinere mögliche oppositionelle Handlungen galt, war der Mehrheit der Verurteilten nicht bekannt. Es hätte sicherlich mehr abschreckende Wirkung gehabt, wenn solche Urteile veröffentlicht worden wären. Lediglich einige Todesurteile, die mit den Ereignissen des 17. Juni zu tun hatten, wurden veröffentlicht. So vollstreckte man zwei Todesurteile in Magdeburg sofort nach der Verurteilung, aus Abschreckungsgründen, und plakatierte dies auch.

Wo es dann darum ging, politischen Widerstand niederzuhalten, wie den der KGU, des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen und anderer Gruppen, sind diese Strukturen zerschlagen worden, indem man sie vorher infiltriert hatte, indem es gelang, Kuriere zu verhaften. In den 50er Jahren ist selbst dieses selten in offenen Prozessen gemacht worden. Die Organisationen mit ihren Ablegern in der DDR sind zerschlagen worden. Das heißt also, die sowjetischen Militärtribunale hatten tatsächlich auch im Inneren die Funktion, Gegner auszuschalten, aber nicht die Funktion, so zu wirken, dass möglichst keine neuen Gegner entstanden. Es gab zwar ab und zu interne Diskussionen, solche Prozesse auch einmal offen zu führen, um zu sagen: *Seht, dass kann passieren ...* Es ist hierzu jedoch nicht gekommen.

Ganz klare Richtlinien, welche Prozesse von den sowjetischen Gerichten und welche von den deutschen Gerichten geführt werden sollten, gab es nicht, sie sind uns jedenfalls nicht bekannt. Man kann ersatzweise vielleicht als allgemeines Kriterium annehmen, das Militärtribunale eingesetzt wurden, um die Verurteilungen wirklich geheim zu halten und sicher

zu stellen, dass nichts in den Westen geriet. Vor allem das Schicksal vieler Angeklagter blieb im Dunkeln, weil sie nach der Verurteilung in die UdSSR deportiert wurden und damit im Gulag verschwanden. In diesen Fällen haben also die sogenannten Freunde, also die Russen, die Verfahren übernommen, weil dort der Grad der Geheimhaltung insgesamt größer gewesen ist.

Die DDR-Justiz und auch die ostdeutsche-Justiz, war ja – ich will nicht sagen offen wie ein Buch –, aber doch sehr durchlässig. Was dort passierte, war nicht wirklich geheim zu halten, denken wir z.B. an die Verfahrensmängel der Waldheimer-Prozesse, die schon am nächsten Tag in Westberlin bekannt waren. Die DDR-Justiz hatte die allergrößten Probleme, den tatsächlichen Verlauf der Prozesse in Waldheim geheim zu halten, was ja schließlich auch nicht gelang.

Die schwereren Anschuldigungen und vor allen Dingen auch Anschuldigungen wegen Spionage oder Terror sind faktisch in sowjetische Hände gekommen. Aber eine klare Regelung, wer soll wie mit wem zusammenarbeiten, wie soll das geregelt werden, ist bislang nicht nachweisbar. Auch die russischen heutigen Ministerien geben zu diesen Fragen der Durchführung von Prozessen, soweit ich das sehe, keine Informationen ihrer Archive frei. So verfügen wir über alles, was zu den internen Gefängnissen des NKWD gehört, wo die Verhöre stattfanden, wo die Menschen teilweise monatelang in Untersuchungshaft gewesen sind, über keine Informationen. Das ist zumindest uns nicht zugänglich, es gibt weder Hafteingangsbücher noch Belegungslisten, keine Verlegungslisten. Solche Informationen gibt es nur zu den Groseinrichtungen, den sowjetischen Speziallagern, und das eher aufgrund damals, Anfang der 90er Jahre, zufällig einmalig günstigen Archivbedingungen.



Abbildung: Haftanstalt „Roter Ochse“(Verwaltungsgebäude).

Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik des Landes Sachsen-Anhalt
 Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg
 E-Mail: lstu@justiz.sachsen-anhalt.de
 Internet: www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de
 Druck: eindruck Inh. Mathias Garloff, Magdeburg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Referenten die Verantwortung.

Das Halle-Forum 2012 war eine Kooperationsveranstaltung zwischen

- der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt/Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)
- der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloss Wendgraben
- der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
- der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- dem Verein Gegen Vergessen–Für Demokratie e. V.
- der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e. V.





SACHSEN-ANHALT

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen
Demokratischen Republik
in Sachsen-Anhalt

www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de